



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

„Der Transformationsprozess Sloweniens“

Verfasser:

Alexander Panzhof

angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.- Prof. Dr. Otmar Höll

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	6
VORWORT	7
1. EINLEITUNG UND THEORETISCHE BASIS.....	8
1.2 Theoretische Basis	10
1.3 Sozialismus - Historischer Rückblick und Ideologie.....	10
1.3.1 Der Leninismus und seine sozialen Auswirkungen	11
1.3.2 Der Stalinismus – Diktatorischer Sozialismus	11
1.4 Die in der Arbeit verwendeten Ansätze verschiedener Teiltheorien der Transformation	12
1.4.1 Grundzüge der Modernisierungstheorie	12
1.4.2 Grundzüge der politischen Theorie des Rational Choice	13
2. JUGOSLAWIEN – HISTORISCHER ÜBERBLICK	15
2.1 Die verschiedenen Staatengebilde der südslawischen Völker	15
2.1.1 Das jugoslawische Vorläufermodell – Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen	15
2.1.2 Proklamation einer Königsdiktatur - Das Königreich Jugoslawien	17
2.1.3 Der Niedergang des Königreichs Jugoslawien - Die Kriegsgeschehnisse in den Jahren 1941 - 1945.....	19
2.2 Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien – Eine von Tito geschaffene Nation..	20
2.2.1 Jugoslawien als sowjetischer Satellitenstaat - die Zeit von 1945 – 1953.....	21
2.2.2 Jugoslawien geht seinen eigenen Weg – Die Abwendung von der Sowjetunion.....	22
2.2.3 Versöhnungspolitik nach Stalins Tod.....	23
2.3 Beginn der Föderalisierung Jugoslawiens – die verschiedenen Verfassungen ...	23
2.3.1 Das politische und ideologische Konzept Jugoslawiens - Grundzüge des Wesens des Titoismus.....	26
2.3.2 Die Arbeiterselbstverwaltung	26
2.3.3 Probleme der Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung.....	27
2.4 Der Tod Titos und der Zerfall der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien	28
2.4.1 Ausgangspunkt des jugoslawischen Zerfalls – Unruhen im Kosovo	30
2.4.2 Der Karrierebeginn von Slobodan Milošević	30
2.4.3 Slowenien kehrt Jugoslawien den Rücken - Der 14. Kongress der Jugoslawischen Kommunistischen Partei	31
2.4.4 Die Wahl des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman – Unruhen in Kroatien	32
2.4.5 Dissonanzen im jugoslawischen Staatspräsidium und die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens.....	33
3. SLOWENIENS ABSPALTUNG UND DIE DAMIT VERBUNDENEN KRIEGSGESCHEHNISSE IN SLOWENIEN.....	35
3.1 Hintergründe des slowenischen Sezessionskrieges	35
3.2 Ursachen des Kriegsausbruchs	35
3.2.1 Die slowenischen Souveränitätsbestrebungen.....	35
3.2.2 Slowenien verweigert die Abgabe der Zollgebühren	36

3.3	Beginn des „Minikrieges“ in Slowenien.....	36
3.3.1	Mobilisierte Verbände der JVA versuchen die Bundesgrenzen wieder einzunehmen.....	37
3.3.2	Die Gefechte zwischen JVA und slowenischer Territorialverteidigung nehmen zu....	38
3.3.3	Verhandlungen führen zur Beendigung des Konfliktes.....	39
3.4	Die Rolle Österreichs und der Europäischen Gemeinschaft bei der internationalen Anerkennung Sloweniens.....	40
3.4.1	Unterschiedliche Sichtweisen der EG-Mitgliedsländer	40
3.4.2	Die österreichische Sichtweise	41
3.4.2.1	Anfängliche Unstimmigkeiten in der österreichischen Parteienlandschaft.....	41
3.4.2.2	Österreichs Engagement in der Anerkennungspolitik Sloweniens	42
3.4.2.3	Die Anerkennung Sloweniens aus der anfänglichen Sicht des österreichischen Außenministers	43
3.4.2.4	Unentschlossenheit in der österreichischen Anerkennungspolitik	45
4.	GESELLSCHAFTSPOLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN.....	47
4.1	Gründe der absichtlich eingeleiteten Desintegration Sloweniens aus der SFR Jugoslawien	47
4.2	Sloweniens ökonomische und gesellschaftliche Vorteile für den Systemwandel	48
4.2.1	Erleichterung der slowenischen Eigenständigkeit durch kommunistische Hinterlassenschaften.....	48
4.2.2	Sloweniens Privatisierungsmaßnahmen.....	49
4.2.2.1	Gesellschaftlicher Unmut hinsichtlich unterschiedlicher Privatisierungsstrategien	49
5.	DER SLOWENISCHE SYSTEMWANDEL.....	50
5.1	Grundlegende Voraussetzungen für eine bevorstehenden Transformation	50
5.1.2	Sloweniens Ausgangslage	50
5.2	Transformation des sozialistischen Systems	51
5.2.1	Erste Vorzeichen slowenischer Eigenwilligkeit	51
5.2.2	Spezifische Aspekte der slowenischen Abwendung vom Kommunismus.....	52
5.2.3	Sloweniens Institutionalisierung in eine neue politische Ordnung.....	52
5.2.3.1	Das slowenische Parlament	53
5.3	Sloweniens Transformation auf der wirtschaftlichen Ebene – die Hinwendung zur kapitalistischen Marktwirtschaft	53
5.3.1	Das Wesen der wirtschaftlichen Transformation	53
5.3.2	Sloweniens Pfad zur kapitalistischen Marktwirtschaft	54
5.3.2.1	Formen des jugoslawischen Sozialismus	54
5.3.2.2	Jugoslawiens Wirtschaft – ein Nährboden für slowenische Transformationstendenzen	55
5.3.2.3	Slowenische Besonderheiten innerhalb der wirtschaftlichen Umwandlung	56
5.3.3	Neoliberale Strategie (Schocktherapie) versus Institutioneller Ansatz (Gradualismus) – ein kurzer Überblick.....	56
5.3.3.1	Die Schocktherapie als rasante Form der Transformation.....	56
5.3.3.2	Gradualismus als bedachte Option der Transformation - der Institutionelle Ansatz als Schrittweise Systemumwandlung	57
5.3.4	Sloweniens politische Kräfte wählen den gradualistischen Weg.....	58
5.3.5	Mechanismen der Auflösung gesellschaftlichen Eigentums.....	59
5.3.6	Zeitgleiche Abkehr von der sozialistischen Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie	61

5.3.7	Vermächtnisse der alten Ordnung	62
5.4	Gesellschaftliche Transformation	62
5.4.1	Aufrechterhaltung sozialistischer Ideologien im politischen Alltag Sloweniens.....	64
5.4.2	Sloweniens vorbildliche Minderheitenpolitik	65
5.4.3	Verzögerte Gestaltung der inneren Transformation	66
5.4.3.1	Neue Schritte in Richtung innere Transformation	68
6.	SLOWENIEN WIRD INTERNATIONAL – EIN AUSZUG DER BEDEUTENDSTEN MITGLIEDSCHAFTEN.....	69
6.1	Die Aufnahme in die Vereinten Nationen.....	69
6.1.2	World Health Organization (WHO) - Sloweniens Engagement in der Weltgesundheitsorganisation.....	70
6.1.3	Vom Kreditnehmer zum Kreditgeber – Sloweniens Entwicklung innerhalb der Weltbank	71
6.2	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).....	72
6.3	The North Atlantic Treaty Organization (NATO)	74
6.3.1	Die Entstehung der NATO	74
6.3.2	Sloweniens Mitwirken in der NATO	74
6.3.2.1	Sloweniens Streitkräfte in internationalen Einsätzen	75
6.4	Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 77	
7.	SLOWENIENS ANSTRENGUNGEN FÜR EINEN EU-BEITRITT	80
7.1	Frühere Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Europäischen Gemeinschaft (EG)	80
7.2	Slowenische Überlegungen eines möglichen EU-Beitrittes - Euphorie versus Zurückhaltung.....	80
7.3	Anfängliche Schwierigkeiten	81
7.3.1	Italien blockiert	81
7.3.2	Konflikte mit dem Nachbarstaat Kroatien	82
7.4	Anforderungen der EU – die Kopenhagener Kriterien	83
7.4.1	Aquis communautaire – der gemeinschaftliche Besitzstand	84
7.4.2	Kopenhagener Treffen 2002 – der Weg zum EU-Beitritt ist trotz Sloweniens Rückstand geebnet	85
7.5.1	Strukturelle Veränderungen Sloweniens – Förderungsmaßnahmen der Europäischen Union.....	86
7.5.1	Das PHARE-Programm und die INTERREG-Initiativen	86
7.5.1.1	Nationales Programm	86
7.5.1.2	Grenzüberschreitende Arbeitsprogramme.....	87
7.5.1.3	Mehrländerprogramm.....	88
8.	SLOWENIEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION (EU).....	89
8.1	Sloweniens EU-Beitritt.....	89
8.2	Erste Einbindung in den Europapolitischen Entscheidungsprozess.....	91
8.2.1	Direkte Demokratie innerhalb der EU	91

8.2.2	Europawahl 2004	91
8.2.3	Slowenien führt den Euro ein	92
8.3	Der Vorsitz des Rates der Europäischen Union.....	93
8.3.1	Die slowenische Ratspräsidentschaft	94
8.3.2	Hauptanliegen des slowenischen EU-Rat Vorsitzes.....	94
8.4	Europawahl 2009	96
ZUSAMMENFASSUNG		97
LITERATURVERZEICHNIS		101
INTERNETQUELLEN		108
ONLINEDOKUMENTE		113
DRUCKSCHRIFTEN		114
FILMQUELLEN		116
PERSÖNLICHE GESPRÄCHE		117

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: ABSOLUTE MACHT DES JUGOSLAWISCHEN PRÄSIDENTEN.....	25
ABBILDUNG 2: JUGOSLAWIEN VOR SEINEM ZERFALL	29
ABBILDUNG 3: 1991 ENTSTEHT EIN NEUER STAAT AUF DER WELTKARTE.....	34
ABBILDUNG 4: AUSGEWÄHLTE SOZIOGRAPHISCHE DATEN 1983	63
ABBILDUNG 5: NEUBEITRITTE ZUR EU 2004	90

Vorwort

Nach dem Zusammenbruch des nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Weltbildes zweier konkurrierender politischer Ideologien und der daraus folgenden Ereignisse, änderte sich der Aufbau der Weltkarte. Ehemalige kommunistische Staaten flüchteten regelrecht in die Ideologie des ehemaligen politischen Feindes. Diktaturen wurden durch Demokratien ersetzt.

Die Transformationsprozesse der neuen Nationen verliefen jedoch äußerst unterschiedlich ab. Während es die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik verstanden, eine Wiedervereinigung zustande zu bringen, wurde Rumäniens Diktator exekutiert. 1990 beklagte Litauen einige Tote nachdem die Sowjetunion die Unabhängigkeit nicht anerkannte. Etwas mehr als ein Jahr danach, begann am Balkan der furchtbarste Krieg in Europa seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Ungarn und die Tschechoslowakei wurden diesmal nicht wie 1956 und 1968, durch Panzer der Warschauerpaktstaaten bei ihren Souveränitätsbestrebungen behindert. Letztlich meisterten auch die baltischen Staaten, Polen, Bulgarien, die restlichen Republiken des sich im Zerfall befindlichen Jugoslawien sowie einige ehemalige Sowjetrepubliken ihren Weg zur Unabhängigkeit. Die Ereignisse gingen um die Welt, und trotzdem verstand es ein kleines Land, sich immer wieder hervorzuheben – Slowenien.

Das vorliegende Werk entstand aus der Idee heraus, den wirtschaftlichen Aufschwung Sloweniens nach seiner Abspaltung aus der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawiens zu beleuchten. Ebenso war es mir ein Anliegen, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in ein neues System darzustellen. Mein Dank gilt insbesondere meinem Diplomarbeitsbetreuer, dem Direktor des Österreichischen Institutes für Internationale Politik, Herrn Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll, für sein unterstützendes Engagement zur Verwirklichung meiner Diplomarbeit.

1. Einleitung und Theoretische Basis

Mit 1. Jänner 2008 hat erstmals ein post-sozialistischer Staat den Vorsitz über einen „Staatenbund“ mit beinahe 500 Millionen¹ Bürgerinnen und Bürgern übernommen. Unter der slowenischen Leitung der EU-Ratspräsidentschaft wurde klar, dass auch ein ehemaliges kommunistisches Land die Geschicke Europas in die Hand nehmen kann. Bemerkenswert daran ist allerdings nicht der Zeitpunkt, der durch das Rotationsprinzip der Europäischen Union für die EU-Ratspräsidentschaft sowieso vorgegeben ist, sondern die 2004 vorangegangene Integration Sloweniens in die Europäische Union, die überhaupt erst nach einem Systemwechsel der jungen Nation möglich wurde.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Transformationsprozess Sloweniens von einer ehemaligen Teilrepublik eines kommunistischen Staatenbundes – nämlich Jugoslawien – zum westlich orientierten und demokratisch funktionierenden souveränen Nationalstaat zu analysieren. Insbesondere den Mechanismen – welche für den slowenischen Systemwechsel von Bedeutung waren bzw. sind, werden besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies betrifft nicht nur die ökonomische Ebene, wo als Beispiel die staatlich eingeleitete Entstaatlichung in Form von Restitutionen von Alteigentum oder Aktienverkäufen angeführt werden kann, sondern auch die politische Ebene, die Rechtsebene und die Verhaltensebene.

Um den relativ schnellen und äußerst erfolgreichen Vorgang der slowenischen Transformation zu verstehen, sind für mich folgende Fragestellungen vorrangig:

Niemand hatte mit einem – vor allem schnellen – Sieg der kleinen Teilrepublik über die Jugoslawische Volksarmee gerechnet. Ist dieses Phänomen Slowenien alleine zuzurechnen, oder wurde es durch andere Kräfte wie z.B. die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens dabei unterstützt bzw. wollte die

¹ Vgl.: http://www.allesgelingt.de/blog/wie_viele_einwohner_hat_die_europaeische_union_eu.html (09 04 2008).

jugoslawische Regierung Slowenien gar nicht mehr im jugoslawischen Staatenbund behalten?

War die weitgehend homogene ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung für die schnelle Transformation maßgeblich?

Sowohl im Bildungswesen als auch in der Einkommens- und Regionalpolitik war Slowenien die am weitesten entwickelte Teilrepublik. Kann davon ausgegangen werden, dass dies zentrale Faktoren für den schnellen Transformationsprozess in Slowenien waren?

Wurde die alte „kommunistische Garde“ in Slowenien völlig aufgelöst oder solidarisierte sie sich mit den westlichen Ideologien?

Konnte sich Slowenien nur auf Grund ausländischer Investitionen so hervorragend bei den EU-Beitrittsverhandlungen etablieren, oder war/ist die nationale Wirtschaft so gestärkt, dass ein EU-Beitritt zur Gänze aus eigener Kraft möglich war?

Die Analyse, und damit verbunden, der Erklärungsversuch des raschen sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs Sloweniens im Zuge des Transformationsprozesses ist jedoch nicht ohne historischen Kontext möglich. Ein kurzer historischer Abriss über die Entstehung Jugoslawiens mit seinem charismatischen Führer Tito und ein kleiner Einblick in das Wesen dieses Vielvölkerstaates sowie die Beschreibung des politischen Systems Ex-Jugoslawiens sind daher unabdingbar.

Die Arbeit gliedert sich daher in acht Kapiteln, wobei das erste der theoretischen Basis gewidmet ist. Das zweite Kapitel enthält einen historischen Rückblick, in dem auch die nationalen Unterschiede aufgezeigt werden, die zum dritten Kapitel führen, welches sich mit dem „Minikrieg“ in Slowenien und der internationalen völkerrechtlichen Anerkennung befasst, um dann im vierten Kapitel die daraus resultierenden gesellschaftlichen und ökonomischen

Entwicklungen in Slowenien zu beleuchten. Das fünfte Kapitel widmet sich größtenteils den Mechanismen des Transformationsprozess. Im sechsten Kapitel wird Slowenien auf der „internationalen Bühne“ analysiert, um im siebenten Kapitel die Entwicklungen, die zum EU-Beitritt Sloweniens führten, zu beschreiben. Im abschließenden achten Kapitel, wird die politische Arbeit Sloweniens sowie die gesellschaftspolitische Einstellung der Bevölkerung, innerhalb der Europäischen Union untersucht.

1.2 Theoretische Basis

Um die Transformation einer Nation deskriptiv darzustellen, bedarf es der Analyse mehrerer Faktoren (z. B.: wirtschaftliche und politische) welche für eine Gesamttransformation eines Staates unabdingbar sind. Der komplexe Prozess der Umwandlung einer autoritär-sozialistisch regierten Teilrepublik zur demokratisch legitimierten, souveränen Nation erfordert es, mehrere Theoriestränge in diese Arbeit einfließen zu lassen. Ebenso erforderlich ist es, das Wesen einiger sozialistischer Ideologien zu skizzieren. Die Vernetzung von sozialen Strukturen und gesellschaftlichem Handeln in einem Vielvölkerstaat mit kommunistischem System, und der letztendlich daraus resultierende Wunsch, aus diesem auszubrechen, kann nur so verdeutlicht werden.

1.3 Sozialismus - Historischer Rückblick und Ideologie

Der Sozialismus kann als politische Lehre angesehen werden, die sich auf Grund wirtschaftlicher Entwicklungen und der damit verbundenen sozialen Auswirkungen als Gegenmodell zum Kapitalismus entwickelte. Die sozialistische Ideologie orientiert sich allenfalls ungleich bestehende gesellschaftliche Missstände zu beseitigen, indem soziale Gleichheit und Gerechtigkeit hergestellt wird. Diese „Gleichheitsprinzipien“ sollen in einer entsprechend organisierten Gesellschaftsordnung verwirklicht werden. Natürlich bedarf es somit auch einer politischen Bewegung, die diese Gesellschaftsordnung anstrebt. Die zentrale Aufgabe bei der Umsetzung der

sozialistischen Idee ist daher die Auflösung des Kapitalismus, also Absage an eine Gesellschaftsform, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, um so wiederum die gesellschaftlichen Vorstellungen des Sozialismus zu verwirklichen.²

1.3.1 Der Leninismus und seine sozialen Auswirkungen

Die Ideen Lenins³, eine Erziehungsdiktatur als notwendige Bedingung für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen, fassten nach 1917 Fuß. Der von der herrschenden Klasse des zaristisch regierten Russlands geschaffene Apparat der Staatsgewalt wurde vernichtet und für Lenin war damit die Befreiung der unterdrückten Klasse vollzogen. Ab diesen Zeitpunkt wurden die Ideen des Sozialismus in der Sowjetunion real umgesetzt. Gekennzeichnet, wie oben bereits erwähnt, durch gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln (in der Regel Staatseigentum) kam noch das Prinzip gesamtgesellschaftlicher Planung durch den Staat – also einer Zentralverwaltungswirtschaft – hinzu. Der Staat hatte somit eine „gesamtwirtschaftliche“ Verantwortung übernommen und einzelne Individuen wurden für das Gesamtkonstrukt des Staates uninteressant.⁴ Vielmehr bestimmte die Partei die Interessen des Staates. Die Herrschaft der Partei, die eigentlich im Interesse der Arbeiterklasse agieren sollte, führte in Wirklichkeit jedoch zur Entfremdung zwischen Partei und Bevölkerung was seit Ende der 1980er-Jahre zunehmend zum Verfall des Kommunismus beitrug.

1.3.2 Der Stalinismus – Diktatorischer Sozialismus

Nach Lenins Tod trat Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin (der Stählerne), dessen Nachfolge an. Das neue Staatsoberhaupt verstand es, Lenin als den „großen Führer“ zu stilisieren was zur Herausbildung eines Personenkults rund um den nunmehr unantastbaren Lenin führte. Stalin

² Vgl.: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Marxismus> (11.05.2008).

³ Vgl.: Fritzsche, Klaus, Sozialismus: Geschichte und Perspektiven gesellschaftlicher Egalität, In: Neumann, Franz, (Hrsg.), Handbuch politische Theorien und Ideologien, 2. Auflage, Verlag Leske + Budrich GmbH, 2000, Seite 27 – 32.

⁴ Vgl.: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Marxismus> (11.05.2008).

unterschied sich gegenüber Lenin jedoch in einem schwerwiegenden Punkt. Er baute ein System der terroristischen Gewalt auf, eine Herrschaft der allgegenwärtigen Bespitzelung überzogen von einem gigantischen Personenkult, der nun nicht mehr Lenin alleine, sondern auch ihm selber galt. Zwar trifft es zu, dass unter Stalin Lebensstandard und Bildungsniveau anstiegen, jedoch erklärte die Willkür des Diktators soziale, ethnische und politische Gruppen sowie zahllose Einzelne zu Feinden, die die Konsequenzen von Stalins unbeschränkte Macht tragen mussten. Die Gewaltherrschaft kostete durch Bürgerkriege, die permanente Bedrohung von Außen und den Zwang zur schnellen Industrialisierung Millionen von Sowjetbürgern das Leben. Stalins Schreckensherrschaft hat in jeder Hinsicht die Ideen Lenins missbraucht und die Hoffnung auf den Sozialismus als humane Perspektive für Millionen von Menschen zerstört.⁵

1.4 Die in der Arbeit verwendeten Ansätze verschiedener Teiltheorien der Transformation

1.4.1 Grundzüge der Modernisierungstheorie

Die Entwicklung zu einer höher entwickelten Gesellschaftsform sieht Talcott Parsons in der Herbeiführung von sozialer Schichtung nach Prestige auf der Basis von erbrachten Leistungen statt bloßer Statuszuschreibung durch Herkunft. Dadurch wird die Rigidität der sozialen Organisationen durch Verwandtschaft durchbrochen.⁶

Auf diesen Grundsatz aufbauend, hat Seymour Martin Lipset die Kernbedingungen erfolgreicher Demokratisierung herausgearbeitet, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Not und Armut. Somit ist längerfristig die marktwirtschaftliche Modernisierung der Wirtschaft, und mit ihr der Gesellschaft, die fundamentale Voraussetzung eines florierenden

⁵ Vgl.: Fritzsche, Klaus, Sozialismus: Geschichte und Perspektiven gesellschaftlicher Egalität, In: Neumann, Franz, (Hrsg.), Handbuch politische Theorien und Ideologien, 2. Auflage, Verlag Leske + Buderich GmbH, 2000, Seite 32 – 35.

⁶ Münch, Richard, Talcott Parsons, Modernisierungstheorien, In: Kaesler, Dirk, Klassiker der Soziologie, Band II, Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1999, Seite 40.

Demokratieprozesses.⁷ Mit diesem Ansatz können insbesondere der Entwicklungsstand bzw. die Entwicklungen vor und nach der Unabhängigkeit Sloweniens analysiert werden, da Slowenien im Bildungswesen, beim Einkommen, in der Regionalpolitik und hinsichtlich der Meinungsfreiheit die am höchsten entwickelte Teilrepublik war. Hier stellt sich also die Frage, ob die weitgehend homogene ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und der sozioökonomische Entwicklungsstand die zentralen Faktoren für den schnellen Transformationsprozess in Slowenien waren. Weiters wird die Modernisierungstheorie für die Analyse der EU-Beitrittsverhandlungen und letztendlich des EU-Beitritts herangezogen.

1.4.2 Grundzüge der politischen Theorie des Rational Choice

Basierend auf der Grundannahme,⁸ dass ein Akteur von gegebenen Umständen ausgeht, können seine Handlungen dann als rational angesehen werden, wenn:

- eine Reihe von Alternativen zur Auswahl stehen und stets eine Entscheidung gefunden werden kann,
- die möglichen Alternativen nach eigenen Präferenzen hierarchisch gegliedert werden,
- die „Wahl“ der für den Akteur besten Alternative gegenüber allen anderen möglichen Alternativen dominiert,
- die gewählte Alternative in der eigenen Präferenzordnung den höchsten Stellenwert einnimmt und wenn
- bei gleichen Alternativen immer die gleiche Entscheidung getroffen wird;

Im Grunde genommen wählt der Akteur somit jene Handlung, die seinen Nutzen bzw. den Erwartungswert des Nutzens maximiert. Die Liberalisierung des autokratischen Systems wird jedoch vielmehr als Abfolge wechselnder strategischer Situationen – hervorgerufen durch bestimmte politische Kräfte mit

⁷ Vgl.: Merkel Wolfgang / Puhle Hans-Jürgen, Von der Diktatur zur Demokratie, Kapitel 2, Die Bedingungen erfolgreicher Demokratisierung in den Transformationstheorien, 2.1 Modernisierungstheorie, Westdeutscher VerlagGmbH, Opladen/Wiesbaden 1999, Seite 21 – 25.

⁸ Vgl.: Behnke, Joachim, Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs, In: Brodocz, André/Schaal S. Gary (Hrsg) Politische Theorien der Gegenwart II, Kapitel XIV, Leske + Budrich, Opladen 2001, Seite 434 – 441.

unterschiedlichen Interessen – gesehen. Die Veränderungen von einer Situation zur anderen sind aber wiederum Akteurshandlungen. Eine erfolgreiche Transformation ist daher das Resultat rational agierender Akteure, die allerdings womöglich ihre eigene Macht auf Grund von Fehlwahrnehmungen abgeben müssen. Auch die Zusammenarbeit der gemäßigten Akteursgruppen des alten Regimes mit jenen der demokratischen Opposition setzt eine erfolgreiche Demokratisierung häufig voraus.⁹ Aus der Perspektive des Rational Choice Ansatzes heraus, werden insbesondere die Kriegsgeschehnisse in Slowenien sowie die alte und neue politische Konstellation beleuchtet. In der vorliegenden Diplomarbeit wird der Versuch unternommen, anhand einer Synthese der oben genannten System- und Akteurstheorien den Weg des Transformationsprozesses Sloweniens analytisch herauszuarbeiten und deskriptiv darzustellen.

⁹ ebenda.

2. Jugoslawien – Historischer Überblick

Um die Gründe für den Austritt Sloweniens aus einem Staatenbund – der üblicherweise den Wirtschaftsraum vergrößert – näher bringen zu können, ist es nötig, in einem kurzen historischen Abriss die verschiedenen Formen des ehemaligen Jugoslawiens darzustellen. Nur im geschichtlichen Überblick seiner Entwicklung ist es möglich, die unterschiedlichen Mentalitäten, und damit verbunden, die jeweiligen Interessen der verschiedenen Nationen – in diesem Fall Sloweniens – zu verstehen.

Jugoslawien war keine ethnisch homogene Nation, sondern ein plurinationaler¹⁰ Staat, dessen verschiedenen Volksgruppen den Südslawen zuzuordnen sind. Dadurch entstand im Laufe der Zeit die „Kunstbezeichnung“ Jugoslawien, die nichts anders als Südslawien bedeutet und die Bevölkerungen der verschiedenen südslawischen Völker wie z.B.: Serben, Kroaten und Slowenen in einem polyethnischen Staat zu Jugoslawen machte.

2.1 Die verschiedenen Staatengebilde der südslawischen Völker

2.1.1 Das jugoslawische Vorläufermodell – Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

Schon im 18. Jahrhundert gab es die Idee einer „Verschmelzung“ der südslawischen Völker zu einer Nation. Grundlage dafür war unter anderem die Sprachfamilie¹¹ (hier wird zwischen ostslawischen, westslawischen und südslawischen Sprachgruppen unterschieden)¹², der die einzelnen Völker angehörten. Sie war für führende kroatische, slowenische und serbische

¹⁰ Vgl.: Veiter, Theodor, Die jugoslawische Verfassung 1974: Grundrechte und Menschenrechte. In: Ermacora, Felix/Mayer, Franz (Hrsg.) Der Donauraum 20. Jahrgang, 1./2. Heft, Braumüller Verlag, 1975, Seite 4.

¹¹ Vgl.: Homberger, Dietrich, Sachwörterbuch zur Sprachwissenschaft, Reclamverlag, Stuttgart 2003, Seite 496, Sprachfamilie: ...“die Entdeckung der Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der indoeuropäischen Sprachen“....“dabei handelt es sich um eine Reihe von Sprachen, die sich auf eine (in ihren Einzelheiten rekonstruierbare) Protosprache zurückführen lassen“.

¹² Vgl.: Bußman, Hadumod, Lexikon der Sprachwissenschaft, 2., völlig neu bearbeitete Auflage, Kröner Verlag, 1990 Stuttgart, Seite 688, Slawisch: ...“Das Slawisch wird in drei Gruppen eingeteilt mit den folgenden (staatlich anerkannten) Sprachen: Ostslawisch (Russisch, Weißrussisch, Ukrainisch), Westslawisch (Polnisch, Tschechisch, Slowakisch, Serbisch), Südslawisch (Bulgarisch, Makedonisch, Serbokroatisch, Slowenisch)“.

Intellektuelle die philosophische Untermauerung, für die Forderung nach der Gründung einer Nation auf Basis der Sprachgemeinschaft,¹³ deren Angehörige in einem Staat als „Staatsvolk“ organisiert sein sollten.¹⁴

Die Beendigung des Ersten Weltkrieges ging mit der Auflösung der Habsburgermonarchie einher. Am 1. Dezember 1918 wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen proklamiert, welches die Völker Serbiens, Montenegros, Mazedoniens, Bosniens und der Herzegowina, Kroatiens und Sloweniens umfasste. Die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze zwischen den einzelnen Völkern machten sich jedoch schon bei der Staatsgründung bemerkbar, wo es unterschiedliche Auffassungen über die künftige Staatskonstruktion gab.

Die bis dahin zur k. u. k. Monarchie gehörende Bevölkerung trat für einen föderalen Staatsaufbau ein,¹⁵ während die Serben, die das zahlenmäßig größte Volk innerhalb der neuen Nation waren, die Hegemonie über die verbleibenden fünf Volksgruppen beanspruchten und somit einen zentralistischen Einheitsstaat bilden wollten.

Die Idee des neuen Staatengebildes, welche sich lapidar ausgedrückt auf Ähnlichkeiten in der Sprache gründete, hatte von Beginn an keine kulturelle und politische Grundlage im Bewusstsein der südslawischen Völker und fand ebenso wenig Anklang in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Trotzdem kam es – um italienischen Expansionsbestrebungen in Istrien und Dalmatien zuvorzukommen – zu einer schnellen Staatsgründung.

Kronprinz Aleksandar Karadjordjević– er war Serbe – hatte von Anfang an mit sozialpolitischen Problemen innerhalb seines Reiches zu kämpfen. Er wollte die totale Kontrolle über alle sechs Volksgruppen und oftmals wurde Widerstand

¹³ Vgl.: Homberger, Dietrich, Sachwörterbuch zur Sprachwissenschaft, Reclamverlag, Stuttgart 2003, Seite 498, Sprachgemeinschaft: (3)...“Als Sprachgemeinschaft gilt hier eine Gruppe, deren Mitglieder mindestens eine Sprachvarietät und die Regeln für deren angemessenen Gebrauch gemeinsam haben“.

¹⁴ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel III, Jugoslawentum und Jugoslawien, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 31.

¹⁵ Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Jugoslawiens (16 04 2008).

durch Militär- und Polizeigewalt gebrochen. Der Herrscher war absolut, stand über Verfassung und Gesetz und die Besetzung hoher Positionen in Politik und Militär wurden von ihm bestimmt. Diese waren wiederum Vertretern der Serben vorbehalten. Das Jugoslawentum war seitens des Machthabers somit serbischen Zielen untergeordnet was natürlich immer wieder zu nationalen Streitigkeiten innerhalb des Reiches führte. Es bildeten sich verschiedene nationale Gruppierungen die gegen die „jugoslawische Idee“ agierten sowie eine pro-jugoslawische Organisation, die sogar für ein „Großjugoslawien“ eintrat, welches auch Regionen Bulgariens, Italiens, Ungarns und Griechenlands einschließen sollte.¹⁶ Die größten Gegner der serbischen Hegemonie waren die Kroaten, die ihre Leitfigur in Stjepan Radić sahen, dem Führer der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei. Als dieser am 20. Juni 1928 im Belgrader Parlament erschossen wurde, waren nicht nur die Auflösung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen besiegelt, sondern auch minimale Demokratisierungsansätze, wie häufigere Wahlen und die Aufteilung der Macht zwischen verschiedenen nationalen und politischen Gruppierungen erloschen.¹⁷

2.1.2 Proklamation einer Königsdiktatur - Das Königreich Jugoslawien

Die Auflösung des SHS-Staates (Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca¹⁸), also dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, lag nicht nur in der Unfähigkeit des Königs, die verschiedenen Ethnien gesellschaftspolitisch zu vereinen, sondern vielmehr in der allgemeinen Abneigung gegen das Serbentum als Hegemonialmacht innerhalb des „Bundes südslawischer Staaten“. Eine politische Gleichberechtigung aller Völker war nicht vorhanden und höchste Positionen wurden wie gesagt ausschließlich von Serben besetzt.

Dies veranlasste den nunmehrigen König Aleksandar Karadjordjević, den Staatsnamen 1929 in „Königreich Jugoslawien“ zu ändern. Die Verfassung

¹⁶ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel IV, Herrschaftsformen, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 49.

¹⁷ Vgl.: ebenda, Seite 50.

¹⁸ Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Jugoslawiens (16 04 2008).

wurde außer Kraft gesetzt und jegliche Bürgerrechte sowie politische Bestrebungen, einen Konsens innerhalb der südslawischen Völker zu finden, fielen dem Regime zum Opfer.¹⁹ In der territorialen und administrativen Gliederung des neuen Staates wurde die frühere Verwaltungsstruktur abgeschafft und stattdessen neun Woiwodschaften²⁰ eingeführt, deren Führer direkt vom König bestimmt wurden.²¹

Unter dem Deckmantel des Jugoslawentums wurden Lösungsansätze für die existierenden Nationalitätenprobleme aufgeschoben (hohe Funktionsträger sahen sich jetzt nicht mehr als Serben, Kroaten oder Slowenen sondern als Jugoslawen), um die Realisierung großserbischer Ziele weiter voranzutreiben. Es lag also nicht im Interesse des Königs, sich mit den massiven Problemen der ethnischen Integration in der neu geschaffenen Nation zu befassen, sondern den serbischen Traum zu realisieren. Dem Staat, der aus einer Vielzahl an ethnisch, konfessionell, sprachlich und kulturell unterschiedlichen Völkern geschaffen wurde, hatte es bis 1918 auch an einer gemeinsamen staatlichen Tradition gefehlt. Im Juli 1917, lange vor Einführung der Diktatur und kurz vor der Entstehung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, sah der vorgesehene Kompromiss in der Erklärung von Korfu – ausgehandelt von der serbischen Regierung und dem Jugoslawischen Ausschuss als Vertreter der Südslawen der k. u. k. Monarchie – lediglich die Schaffung eines gemeinsamen Staates unter der serbischen Königsdynastie vor. Eine präzise Vorstellung von der Gestaltung des neuen Staates gab es von Beginn an nicht. Die schwierige innerstaatliche Konstellation, hervorgerufen durch eine hochgradige Multiethnizität sowie die unterschiedlichen staatlichen Zugehörigkeiten der einzelnen südslawischen Völker vor 1918 – wirtschaftliche, administrative und soziale Institutionen waren ebenso unterschiedlich wie Steuer- und Rechtssysteme, Agrarverfassungen, Bildungssysteme oder

¹⁹ Vgl.: ebenda.

²⁰ Vgl.: Duden, Deutsches Universalwörterbuch, 5. überarbeitete Auflage, Dudenverlag, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich, Seite 1827, Woiwodschaft: „Amtsbezirk eines Woiwoden“.

²¹ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel IV, Herrschaftsformen, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 50.

Währungen – machten ein absolutes Regieren unter serbischer Schirmherrschaft unmöglich.²²

Die Unfähigkeit und Kooperationsunwilligkeit des Königs führten schon früher zur Bildung mehrerer Untergrundorganisationen, unter denen die Ustaša-Bewegung wohl eine der Bekanntesten war. Sie sah sich als „nationale“ kroatische Kraft an und organisierte unter ihrem Führer Ante Pavelić einen Anschlag gegen den König. Am 9. Oktober 1934 besuchte König Aleksandar Karadjordjević trotz Warnungen vor einem möglichen Attentat die französische Stadt Marseille. Zusammen mit dem damaligen französischen Außenminister Louis Barthou sowie einem französischen General nahm er in einer offenen Limousine Platz. Der Wagen hatte erst einige Meter zurückgelegt, als es zum Schussattentat kam. Der Attentäter erschoss den König und den Außenminister aus nächster Entfernung und beide starben noch am selben Tag. Auf Grund seiner Minderjährigkeit konnte Aleksandar's Sohn, Petar II., nicht die Nachfolge als König antreten und es wurde ein Regentengremium eingesetzt, deren Vorsitz Fürst Pavle Karadjordjević, Onkel von Petar II, führte. Das Königreich Jugoslawien befand sich mittlerweile inmitten der Geschehnisse des 2. Weltkrieges und hatte seine inneren Konflikte nach wie vor nicht unter Kontrolle.²³

2.1.3 Der Niedergang des Königreichs Jugoslawien - Die Kriegsgeschehnisse in den Jahren 1941 - 1945

Die verschiedenen ideologischen Auffassungen der beiden größten Volksgruppen, nämlich Serben und Kroaten, veranlasste die Kroaten am 10. April 1941 einen eigenen Staat zu proklamieren. Einige Tage zuvor hatte das Dritte Reich Jugoslawien offiziell den Krieg erklärt. Die Kroaten wurden Verbündete der Deutschen und kämpften unter der Führung von Dr. Ante Pavelić gemeinsam mit der Wehrmacht gegen jugoslawientreue Soldaten. Unter Oberst Dragoljub Mihajlović – genannt Draža – begann auf serbischer

²² Vgl.: Höpken, Wolfgang, Die Balkanstaaten 1918 – 1989. In: Hinrichs, Uwe (Hrsg.) Handbuch der Südosteuropa-Linguistik, Slavistische Studienbücher, Neue Folge Band 10, Harrassowitz Verlag 1999, Wiesbaden, Seite 886 – 887.

²³ Vgl.: [http://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_I._\(Jugoslawien\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_I._(Jugoslawien)) (03.07.2008).

Seite der Widerstand gegen die Okkupation.²⁴ Mihajlović war in jener Zeit Anführer der Tschetniks und wie Pavelić, der Führer der kroatischen Ustascha-Bewegung, eine bedeutende Persönlichkeit auf dem damaligen politischen Parket Jugoslawiens. Die wohl bekannteste Persönlichkeit war jedoch Josip Broz, besser bekannt unter dem Namen Tito. Als Kommandant der jugoslawischen Partisanen kämpfte auch er gegen die Besatzungsmacht und ihre Verbündeten. Doch wurde auch hier – wiederum durch unterschiedliche Konzeptionen und gegensätzliche politische Positionen – eine Zusammenarbeit zwischen Tschetniks und Partisanen unterbunden. Die Tschetnik-Bewegung setzte sich für ein „Serboslawien“ ein, was weder das Ziel der Großmächte war, noch dem Willen der Völker des ehemaligen Königreichs entsprach. Da auch ein Teil der serbischen Bevölkerung gegen dieses Konzept war, hatten die Kommunisten unter Tito die größten Chancen auf die Verwirklichung ihrer Ideen. Am 29. November 1943 wurde in Bihać der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung (AVNOJ) einberufen. Unter dem Deckmantel der „Gleichberechtigung aller Völker“ und den Schlagwörtern „Brüderlichkeit und Einigkeit“ wurde das neue Jugoslawien verkündet, welches am 29. November 1945 gegen alle Proteste der Alliierten proklamiert wurde und sich nun aus Serbien (mit den beiden Provinzen Kosovo und Vojvodina), Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Montenegro zusammensetzte und den vollständigen Namen Föderative Volksrepublik Jugoslawien (FRJ) trug.²⁵

2.2 Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien – Eine von Tito geschaffene Nation

Da es Titos Partisanenbewegung verstand, Jugoslawien ohne direktes Eingreifen der Roten Armee von den Deutschen und ihren Verbündeten zu befreien, war Jugoslawien das einzige sozialistische Land ohne sowjetische Besatzungstruppen. Sein starkes Charisma und eine extrem ausgeprägte

²⁴ Vgl.: Wiener, Friedrich, Truppendienst Taschenbuch, Partisanenkampf am Balkan, 2. Auflage, Herold Verlag, Wien 1987, Seite 91.

²⁵ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel IV, Der Kriegszeitraum, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 56 – 58.

Persönlichkeit sicherten Tito nicht nur innerhalb des eigenen Volkes, sondern auch im Ausland hohes Ansehen.

Dies ermöglichte Tito unter anderem eine auf Unabhängigkeit und Gleichberechtigung beruhende Außenpolitik, zu der auch gute Beziehungen zum Westen zählten.

2.2.1 Jugoslawien als sowjetischer Satellitenstaat - die Zeit von 1945 – 1953

Mit Beendigung des zweiten Weltkrieges konstituierte sich ein, politisch gesehen, duales Weltbild, das die Länder der Erde zwischen Ost (Kommunistisch) und West (Kapitalistisch) aufteilte. Jugoslawien wurde auf Grund seiner politischen und ideologischen Struktur dem Ostblock zugeordnet. Die erste Verfassung der neu gegründeten Nation war de-facto ein Replikat der sowjetischen und beinhaltete unter anderem die Errichtung einer Einheitspartei nach sozialistischen Grundsätzen und die Verstaatlichung von Industrie, Handel und Banken.²⁶

Von Beginn an regierte Tito mit eiserner Faust die „Partisanendiktatur“ und begann sofort mit einer radikalen Umsetzung seiner kommunistischen Ziele sowie einer gründlichen Säuberung des Staates von seinen Widersachern. Tito schuf ein gefestigtes, mächtiges und revolutionär dynamisches Jugoslawien. Autonomistische und separatistische Tendenzen wurden von ihm klug unterbunden, indem er die jugoslawischen Völker davon überzeugte, dass sie bei einer Ausrichtung auf Belgrad viel früher zu ihren Rechten kommen würden, als wenn sie auf die südslawische Gemeinschaft verzichten würden.²⁷

²⁶ Vgl.: <http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/Jugoslawien> (13.08.2008).

²⁷ ebenda.

2.2.2 Jugoslawien geht seinen eigenen Weg – Die Abwendung von der Sowjetunion

Die Vorbehalte der sowjetischen Führung gegenüber Jugoslawien gründeten darin, dass sich Tito von der Sowjetunion nicht unterwerfen ließ. Ideologische Differenzen – hervorgerufen insbesondere durch die Idee der Arbeiterselbstverwaltung – ließen ein extrem schlechtes Verhältnis zwischen den beiden Führern der sozialistischen Länder, Stalin und Tito, entstehen. Um den „Alleingang“ der Jugoslawen zu unterbinden, versuchte der sowjetische Geheimdienst immer wieder ein Nachrichtennetz in Jugoslawien aufzubauen und die Streitkräfte, die Verwaltung sowie die Partei zu infiltrieren.²⁸

Vorwürfe wie derjenige, mit den Imperialisten unter einer Decke zu stecken, verursachten eine Krise innerhalb des jugoslawischen Volkes aus. Verbündete und kommunistische Nachbarländer Jugoslawiens wurden plötzlich zu Feinden. Albanien kündigte alle mit Jugoslawien geschlossenen Wirtschaftsabkommen. Rumänien stellte seine Erdöllieferungen ein, die Tschechoslowakei beendete alle Exporte, Polen lieferte nur noch die Hälfte der vorgesehenen Waren, Ungarn löste alle längerfristigen Abkommen und die Sowjetunion reduzierte ihre Handelsbeziehungen auf sieben Achtel. Diese Maßnahmen wurden getroffen, weil die kommunistischen Länder – unter sowjetischem Diktat natürlich – Jugoslawien vorwarfen, keinen Wert auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ostblockländern zu legen, sondern die imperialistischen Mächte zu bevorzugen. Auch die Teilnahme Jugoslawiens am Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) wurde verwehrt. Es begannen Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, die jedoch letztlich dem Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien dienen sollten.²⁹

²⁸ Fejtő, Francois, Die Geschichte der Volksdemokratien, Band I – Die Ära Stalin 1945 – 1953, Ausschluss Jugoslawiens - Kominformkrise, Styria Verlag, 1972, Seite 241.

²⁹ Vgl.: ebenda, Seite 267.

2.2.3 Versöhnungspolitik nach Stalins Tod

Nach dem Tode des sowjetischen Diktators Stalin wurde Nikita Chruschtschow der starke Mann im Kreml. Chruschtschow war der Meinung, dass der Bruch mit Titos Jugoslawien ein schwerwiegender politischer Irrtum gewesen sei. Eines seiner Hauptziele war die Wiedergutmachung von Stalins Fehlern gegenüber Jugoslawien und der Aufbau neuer freundschaftlicher Beziehungen. Tito war der Ansicht, dass jedes kommunistische Land das Recht hätte, sich den eigenen Weg zum Sozialismus zu erarbeiten. Die Sowjetführung gab dem jugoslawischen Staatsoberhaupt erstaunlicherweise Recht und erkannte zum ersten Mal ausdrücklich die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaftsform an, die sich von der ihren unterschied. Tito war mit seiner Eigensinnigkeit in Sachen sozialistischer Ideologie als Gewinner hervorgegangen. Er wurde nicht nur des Verdachtes des Verrats an die Imperialisten enthoben, sondern es waren plötzlich auch seine grundsätzlichen Anschauungen legitimiert, wodurch dem Vordringen der jugoslawischen Idee in andere Staaten die Türen geöffnet wurden.³⁰

2.3 Beginn der Föderalisierung Jugoslawiens – die verschiedenen Verfassungen

Da die jugoslawische Variante des Sozialismus seitens der Sowjetunion angenommen wurde, konnten Titos Ideen in eine neue Verfassung eingebaut werden. Mit den Verfassungen von 1953 und 1963 wurde versucht, demokratische Elemente in Wirtschaft und Verwaltung aufzunehmen sowie den Ausbau der föderalen Struktur zu verstärken. Ab diesem Zeitpunkt änderte Jugoslawien seine Bezeichnung auf Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) um. Unter anderem wegen der Ereignisse des „kroatischen Frühlings“ im Jahre 1971 – Kroatien zeigte öffentlich das Interesse an einem

³⁰ Fejtő, Francois, Die Geschichte der Volksdemokratien, Band II – Nach Stalin 1953 – 1972, Regelung der Beziehungen zwischen der UDSSR und den sozialistischen Staaten, Politik der Entspannung, Styria Verlag, 1972, Seite 67 – 74.

eigenen kroatischen Nationalstaat – wurde 1974 wiederum eine neue Verfassung kreiert.³¹

Die neue Verfassung sah im Wesentlichen innovative ökonomische Prozesse vor und reihte Bestimmungen für den Staatsaufbau weit hinten ein.³² Die beiden Regionen Kosovo und Vojvodina wurden autonome Provinzen und erhielten wie die übrigen sechs Teilrepubliken weitreichende Kompetenzen, indem sie z.B. Beschlüsse des Bundes blockieren konnten. Nur noch Agenden der Außenpolitik, der Staatssicherheit, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Rechtsordnung blieben im Kompetenzbereich des Bundes.³³

Einer der wichtigsten Punkte der neuen Verfassung war das Hervorheben der Macht des Volkes.³⁴ Die Selbstverwaltung sollte unter anderem gemeinschaftsbildend wirken. Der einzelne Arbeiter war somit für die Befriedigung der gemeinsamen Bedürfnisse der jugoslawischen Gesellschaft mitverantwortlich.

Die neue Verfassung wies allerdings auch diktatorische Züge auf. So wurde Tito zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt. Er war Oberbefehlshaber der Armee, bestimmte die Außenpolitik des Landes und wurde zum Vorsitzenden des Bundes der jugoslawischen Kommunisten mit uneingeschränkter Mandatsdauer gewählt. Tito war dadurch zu einer über Verfassung und System stehenden Macht geworden.

Das folgende Organigramm zeigt den jugoslawischen Verwaltungsaufbau der Verfassung von 1953. Es ist zwar ansatzweise ein bundesstaatliches Prinzip der Staatsorganisation bzw. der Staatsverwaltung zu erkennen, jedoch ist die

³¹ Vgl.: Luchterhandt, Otto, http://209.85.135.104/search?q=cache:tfeXX2l_a9cJ:www2.jura.uni-hamburg.de/ostrecht/ostrecht/ArbeitspapiereO1.doc+jugoslawische+verfassung+1946&hl=de&ct=clnk&cd=28&gl=at (13.08.2008).

³² Vgl.: Weiter, Theodor, Die jugoslawische Verfassung 1974: Gesellschaftspolitik – Grundrechte - Nationalitätenpolitik. In: Ermacora, Felix/Mayer, Franz (Hrsg.) Der Donauraum 20. Jahrgang, 1./2. Heft, Braumüller Verlag, 1975, Seite 1.

³³ Vgl.: Calic, Marie-Janine, <http://www.mgfa-potsdam.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meubihii14.pdf?PHPSESSID=92bb8> (28.09.2008).

³⁴ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel IV, Das Jugoslawien Titos, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 59.

uneingeschränkte Macht des Staatsoberhauptes an der Spitze nicht zu übersehen.

Organigramm der jugoslawischen Staatsführung

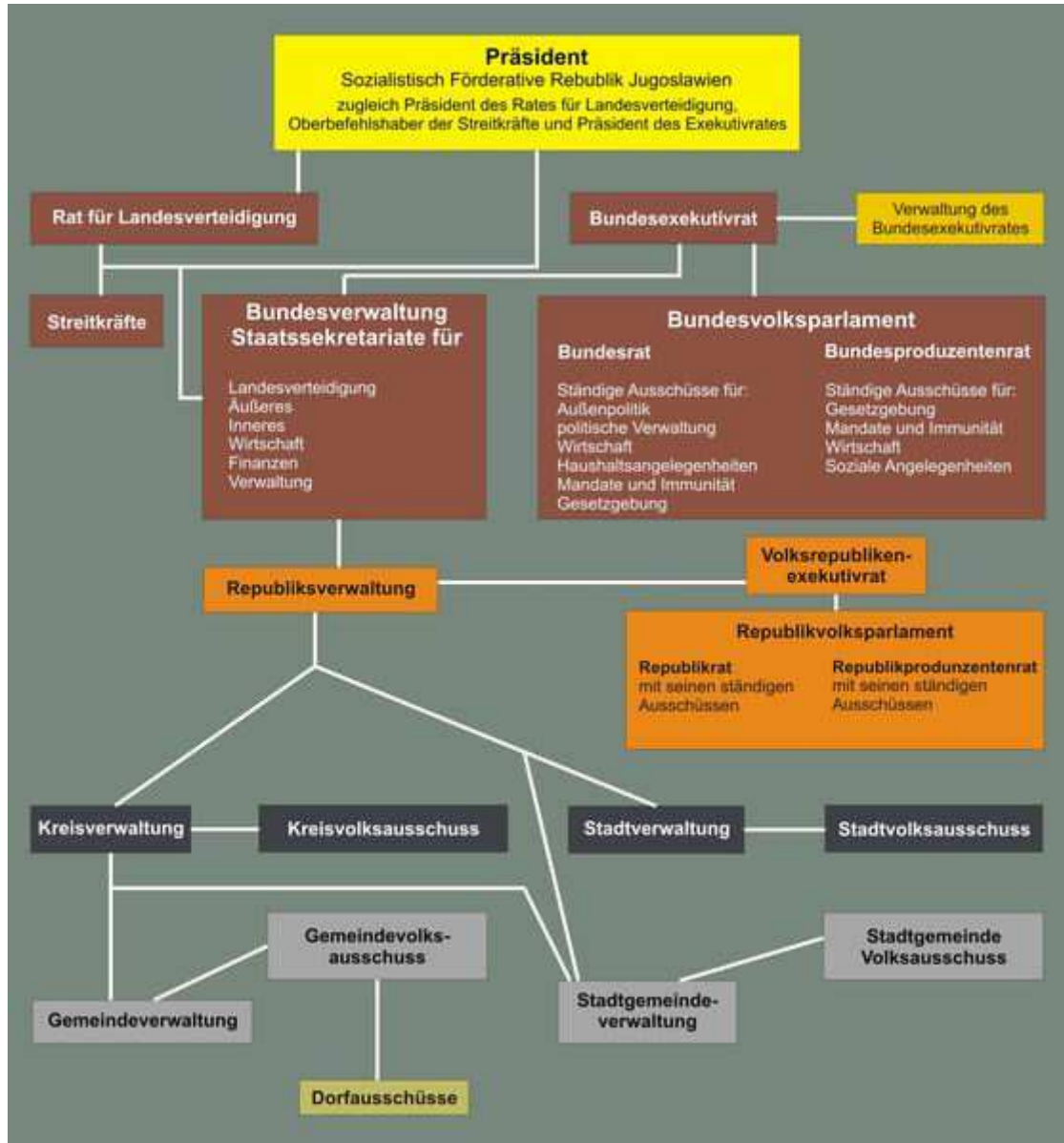


ABBILDUNG 1: ABSOLUTE MACHT DES JUGOSLAWISCHEN PRÄSIDENTEN.

(Quelle: Markert, Werner, Osteuropahandbuch Jugoslawien, Böhlau Verlag KÖLN/GRAZ, 1954, Regierungs- und Verwaltungsgliederung der FVRJ nach der Verfassungsreform vom 13. Jänner 1953, Seite 151, Grafik: Panzhof, Alexander)

2.3.1 Das politische und ideologische Konzept Jugoslawiens - Grundzüge des Wesens des Titoismus

Bedeutendstes Merkmal des Titoismus war die Arbeiterselbstverwaltung da sie Mitarbeitern eines jeden Betriebes Einfluss auf die Unternehmensführung gestattete (z.B. durch Wahl des Direktors, Mitbestimmung über Löhne und Gehälter). Außenpolitisch wurden die Ideen des Titoismus durch die Gleichberechtigung der Staaten und die Blockfreiheit, für die sich Jugoslawien einsetzte, getragen. Wenngleich es auch in Jugoslawien enorme bürokratische Strukturen gab, so war es im Vergleich zu anderen realsozialistischen Staaten dennoch gesellschaftlich offener.

2.3.2 Die Arbeiterselbstverwaltung

Grundgedanke der Arbeiterselbstverwaltung,³⁵ also der Selbstverwaltung der Betriebe, war einerseits die Verminderung des Staateseinflusses innerhalb der wirtschaftlichen Einrichtungen und andererseits der Versuch, die Betriebe zu demokratisieren. Arbeiterräte wurden in den Betrieben eingerichtet und die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und höheren Wirtschaftsverbände wurde in die Hände von Arbeitergemeinschaften (Arbeiterkollektiven) gelegt.

Den von der Belegschaft gewählten Arbeiterräten wurde nun zusätzlich zu ihrer beratenden und prüfenden Funktion, die Aufgabe der Leitung der Betriebe übertragen. Die Führung der Betriebe durch die Arbeiterräte war aber nur durch Zusammenarbeit mit den Verwaltungs- oder Leitungsausschüssen möglich. Der Hintergedanke für diese im Kommunismus eher unübliche Maßnahme war, die industriellen Unternehmen aus dem Besitz des Staates zu lösen und sie in die Hände der Arbeiter bzw. der Produzenten zu legen.

Der Arbeiterrat wurde für ein Jahr gewählt und war kein beratendes Gremium, sondern ein Vertretungsorgan des Kollektivs. Die Tätigkeitsfelder des Arbeiterrates erstreckten sich von der Genehmigung der planerischen

³⁵ Vgl.: Markert, Werner, Osteuropahandbuch Jugoslawien, Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung, Böhlau Verlag KÖLN/GRAZ, 1954, Seite 141 – 144.

Grundlage, der Endabrechnung, der Beschlussfassung über die Betriebsleitung und die Einhaltung des Jahresplanes bis hin zur Erstellung der Betriebsordnung, welche allerdings vom Verwaltungsausschuss des höheren Wirtschaftsverbandes bzw. des zuständigen Staatsorganes bestätigt werden musste. Die Vorschläge für die Grundpläne des Betriebes sowie die monatlicher Herausgabe der operativen Pläne wurden vom Verwaltungsausschuss umgesetzt. Ebenso war er für die Einhaltung der korrekten Geschäftsführung und für die Systematisierung von Arbeitsplätzen zuständig und erließ auch Maßnahmen zur Festigung der Arbeitsdisziplin. Die Direktoren waren Mitglieder der Betriebsführung und ihre primäre Aufgabe bestand darin, den Produktionsprozess zu organisieren und Verantwortung für die einwandfreie Geschäftsführung zu übernehmen.³⁶

2.3.3 Probleme der Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung

Die Arbeiterselbstverwaltung war den örtlichen KP-Leitungen unterstellt und natürlich auch durch kommunistische Parteimitglieder dominiert. Ein weiteres Problem war die Tatsache, dass die Macht und Größe der Wirtschaftsbürokratie immer mehr eingeschränkt wurde.³⁷ Der Entschluss, mehrere Tausend Beamte, die zuvor in den zentralen Wirtschaftsinstanzen tätig waren, in die Provinzbetriebe und -verwaltungen einzubinden, löste diverse Spannungen aus. Unzufriedenheit der in die verschiedenen Teilrepubliken versetzten Führungskräfte und Angestellten machten sich bemerkbar. Auch Reibungen zwischen den gewählten Verwaltungsausschüssen und den ernannten Betriebsdirektoren waren ziemlich häufig.

³⁶ ebenda.

³⁷ Markert, Werner, Osteuropahandbuch Jugoslawien, Die innenpolitische Abwendung vom Stalinismus nach dem Kominformkonflikt, Böhlau Verlag KÖLN/GRAZ, 1954, Seite 144.

2.4 Der Tod Titos und der Zerfall der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien

Am 4. Mai 1980 verstarb der jugoslawische Staatspräsident auf Lebzeiten, Josip Broz Tito, in einem Krankenhaus in Ljubljana. Der Marschall hatte es verabsäumt, einen adäquaten Nachfolger zu nominieren. Die Armee – sie bildete das Rückgrat Jugoslawiens – verlor ihren Oberbefehlshaber. Die Partei und der gesamte Staatsapparat konnten nicht mehr auf ihre Integrationsfigur zurückgreifen. Die Schulden des Landes waren katastrophal, interne Rangeleien innerhalb der politischen Führung brachten immer mehr nationale, und nicht jugoslawische, Interessen der Vertreter der einzelnen Teilrepubliken zum Vorschein. Zu dieser Zeit war Dragoslav Draža Marković jugoslawischer Ministerpräsident. Marković war ein sehr „jugoslawienorientierter“ Mensch der jedoch auf Grund der Demonstration albanischer Studenten im Kosovo 1981 die Verfassung von 1974 anzuzweifeln begann und in den beiden autonomen Gebieten Kosovo und Vojvodina serbische Staatlichkeit anstrebte.³⁸ Die desolate ökonomische Lage (1981 betrug die Verschuldung Jugoslawiens 20,646 Milliarden US-Dollar³⁹) sowie die soziale Krise veranlassten die Redakteure der slowenischen Zeitung „Mladina“ sich kritisch über den jugoslawischen Staat, die jugoslawische Gesellschaft und die Parteiführung zu äußern.

³⁸ Vgl.: Djurić Rajko / Bengsch Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, Kapitel IV, Jugoslawien nach Tito, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 76.

³⁹ Vgl.: Weißenbacher, Rudy, Jugoslawien Politische Ökonomie einer Desintegration, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien 2005, Seite 141.

Topographische Einteilung der einzelnen Teilrepubliken sowie autonomen Gebieten innerhalb Jugoslawiens bis 1991



ABBILDUNG 2: JUGOSLAWIEN VOR SEINEM ZERFALL

(Quelle: Harenbergs Weltreport, Harenberg Lexikon-Verlag, 1990, Grafik: Panzhof, Alexander)

2.4.1 Ausgangspunkt des jugoslawischen Zerfalls – Unruhen im Kosovo

Die wahren nationalen Probleme kamen aber erst 1987 zum Vorschein, als es wiederum im Kosovo zu Ausschreitungen zwischen der albanischen Polizei und der dort lebenden serbischen Minderheit kam. Der damalige Vorsitzende der Serbischen Kommunistischen Partei und spätere serbische Präsident, Slobodan Milošević, besuchte Kosovo Polje (Anm.: das Amselfeld) und wollte zu einer Konferenz in das Haus der Kultur. Die Menschenmasse erwartete jedoch einen Dialog und keine einseitige Rede seitens Milošević. Um ihren Unmut Nachdruck zu verleihen, begannen sie Steine auf das Haus der Kultur zu werfen und wurden durch die lokale Polizei – großteils aus Albanern bestehend – mit Gummiknüppeln zurechtgewiesen. Als Milošević hinausging erwarteten ihn Schreie „Sie schlagen uns, sie schlagen uns“. Milošević antwortete darauf: „Niemand darf euch schlagen“.⁴⁰ Dieser Satz hob mit einem Male die Brüderlichkeit und Einigkeit auf.

2.4.2 Der Karrierebeginn von Slobodan Milošević

Diese klare, und öffentlich erklärte, Zusage an das „Serbentum“ erregte allerdings auch innerhalb der Partei großen Unmut. Der Serbische Präsident Ivan Stambolić ließ Milošević über die Medien zurechtweißen. Milošević war dem Präsidenten jedoch voraus und definierte einige Tage später im serbischen Parlament seine, das Kosovo betreffend, politischen Ziele. Bei einer direkten Abstimmung ob die Delegierten dafür oder dagegen waren ging Milošević als klarer Sieger hervor und löste Ivan Stambolić als serbischen Präsidenten ab. Miloševićs nächstes Ziel war es, den Ausnahmezustand über das Kosovo zu verhängen. Für eine Verfassungsänderung brauchte er allerdings die Zustimmung der Mitglieder des Staatspräsidiums. Der slowenische Präsident, Milan Kučan erkannte jedoch die Gefahr, dass seine Teilrepublik die nächsten sein können und votierte dagegen. Bei einer Fernsehrede stellte sich Kučan hinter die Kosovo-Albaner, da er der Meinung war, dass sie sich für Jugoslawien einsetzten. Das serbische Fernsehen stellte den slowenischen

⁴⁰ Vgl.: BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, 1995/1996, Teil 1, Der Sprengsatz.

Präsidenten als Befürworter des Separatismus im Kosovo und Slowenien dar.⁴¹ Für Serbien war das slowenische Verrat und löste am nächsten Tag einen Protest in Belgrad aus. Serbische Fabrikarbeiter bekamen Dienstfrei um an dem Protest teilnehmen zu können. Der damalige jugoslawische Präsident und gebürtige Bosnier, Raif Dizdarević, versuchte der Menge die Gefahren über den wieder auflebenden Nationalismus klar zu machen und begann über Jugoslawien und Brüderlichkeit zu sprechen. Die tobenden Demonstranten hörten jedoch nicht auf den jugoslawischen Staatspräsidenten sondern stellten sich hinter die Forderungen des serbischen Präsidenten. Über das Kosovo wurde der Ausnahmezustand verhängt und alle Befugnisse des kosovarischen Parlaments wurden an die Serben übergeben. Die Taktik der - quasi organisierten - Demonstrationen ging in der Kosovofrage auf. Im selben Zeitraum wurde in der slowenischen Jugendzeitschrift „Mladina“ ein geheimes Protokoll des jugoslawischen Staatspräsidiums veröffentlicht. Dies war eine klare Nichteinhaltung jugoslawischer Gesetze doch der slowenische Präsident stellte sich hinter die Kritiker. Die serbische Führung mobilisierte darauf hin wiederum Kosovoserben um am 1. Dezember 1989 in Ljubljana zu demonstrieren. Der Großteil wurde jedoch schon an der Kroatisch-serbischen Grenze abgefangen und die wenigen Serben die es bis in die slowenische Hauptstadt schafften wurden festgenommen.

2.4.3 Slowenien kehrt Jugoslawien den Rücken - Der 14. Kongress der Jugoslawischen Kommunistischen Partei

Um die aufflammenden Probleme in den Griff zu bekommen, rief Milošević einen Sonderkongress der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ein. Den Vorsitz führte Momir Bulatović, Präsident von Montenegro und enger Vertrauter Miloševićs. Als die Slowenen mitbekamen, dass ihre Anträge allesamt abgelehnt wurden, verließen sie den Bundeskongress. Der serbische Präsident war der Meinung, dass der Bundeskongress auch ohne Slowenen abstimmen könne, doch dem widersetzten sich die Kroaten. Der Vorsitzende der kroatischen Delegation, Ivica Račan merkte völlig richtig an, dass es keine

⁴¹ ebenda.

jugoslawische Partei ohne Slowenen geben kann und die Kroaten verließen ebenfalls den Bundeskongress.⁴²

2.4.4 Die Wahl des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman – Unruhen in Kroatien

Im Jahre 1990 war Jugoslawien noch vereint doch Hegemonialbestrebungen seitens der Serben und ein wachsendes Nationalbewusstsein der einzelnen Völker waren nunmehr offensichtlich. Milošević versprach ein starkes Serbien und aus Reaktion daraus wählten die Kroaten den Nationalisten Franjo Tudjman. Die Wahl des neuen kroatischen Präsidenten erweckte in der Krajina Unmut, denn diese an Serbien grenzende südkroatische Region war vorwiegend von Serben bewohnt und diese sahen in Milošević und nicht in Tudjman ihre Autoritätsperson. Dies hatte zur Folge, dass wiederum Proteste seitens der Serben durchgeführt wurden – diesmal in Knin. Kroatische Vermittlungsversuche blieben erfolglos und die lokale Polizei in Knin – sie war hauptsächlich durch Serben gestellt – errichtete an diesem Knotenpunkt zwischen Dalmatien und Zagreb zahlreiche Straßensperren. Da der Tourismus als wichtigste Einnahmequelle der Kroaten gefährdet war, wurde der Versuch gestartet, die aufständische Polizei mit einer kroatischen Eliteeinheit zu entwaffnen. Dieses Vorhaben wurde jedoch von der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) unterbunden und die Kroaten begannen durch Waffenkäufe in Ungarn ihre eigenen Sicherheitskräfte auszustatten. Serbien sah das Vorgehen als Rebellion gegen Jugoslawien und Kroatien musste sich den Vorwurf gefallen lassen, eine Gegenarmee aufbauen zu wollen. Der kroatische Präsident stimmte Milošević zu, seine Einsatzkräfte zu entwaffnen, hielt dieses Versprechen jedoch nicht ein.⁴³

⁴² ebenda.

⁴³ ebenda.

2.4.5 Dissonanzen im jugoslawischen Staatspräsidium und die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens

Am 12. März 1991 wurde zum letzten Mal das jugoslawische Staatspräsidium als höchstes Gremium Jugoslawiens in seiner alten Form einberufen. Die damaligen Mitglieder waren Borisav Jović (Serbien), Vasil Tuporkovski (Mazedonien), Bogić Bogićević (Bosnien und Herzegowina), Janez Drnovšek (Slowenien), Stipe Mesić (Kroatien), Branko Kostić (Montenegro), Nenad Bućin (Vojvodina) und Riza Sapunčija (Kosovo).

Der jugoslawische Verteidigungsminister Vjelko Kadijević beantragte, auf Grund eines Planes über die angebliche Zerstörung Jugoslawiens, den Ausnahmezustand im gesamten Land. Fünf von acht Stimmen waren nötig. Da der slowenische Delegierte nicht erschien und vier von den restlichen sieben Stimmberechtigten für einen Einsatz waren, konnte die jugoslawische Volksarmee eingesetzt werden. Doch gerade General Vjelko Kadijević – ein sehr Jugoslawienorientierter Mann – machte Milošević einen Strich durch die Rechnung. Er konnte sich nicht durchringen, den Einsatzbefehl zu geben. Am 25. Juni wurde seitens der Slowenen die Republik Slowenien proklamiert. Als das slowenische Militär anlässlich der Feierlichkeiten antrat, wusste der slowenische Präsident Milan Kučan, dass er seine eigenen Truppen vielleicht schon bald gegen die jugoslawische Volksarmee einsetzen müsse.⁴⁴

⁴⁴ ebenda.

Slowenien tritt aus dem jugoslawischen Staatengebilde aus

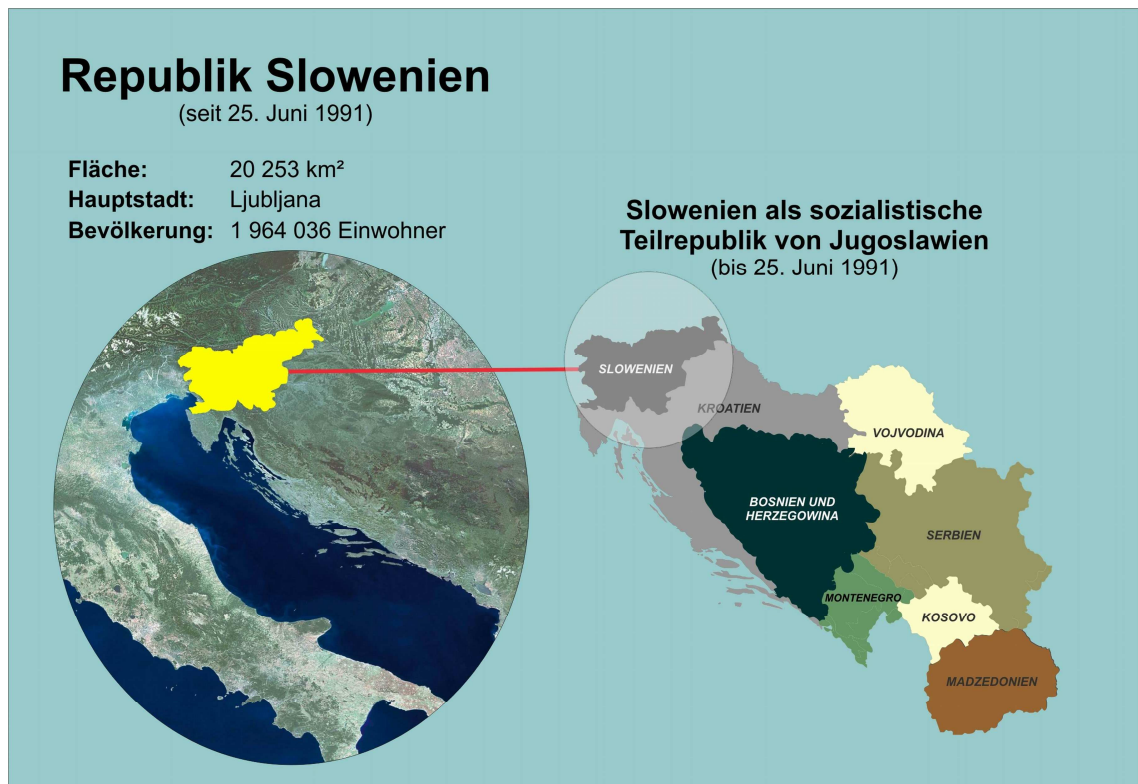


ABBILDUNG 3: 1991 ENTSTEHT EIN NEUER STAAT AUF DER WELTKARTE

(Quelle: Der Fischer Weltatlas 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 400, Satellitenfoto: http://earth.eo.esa.int/cgi-bin/satimgsql.pl?show_url=730 (26.08.2011), Grafik: Panzhof, Alexander)

3. Sloweniens Abspaltung und die damit verbundenen Kriegsgeschehnisse in Slowenien

3.1 Hintergründe des slowenischen Sezessionskrieges

Das sich Milošević de facto als Schutzherr der Serben, und nicht der Jugoslawen, sah, wurde in Slowenien schon relativ frühzeitig erkannt und mündete unter anderem auch in die Umstrukturierung der slowenischen Territorialverteidigung.

Der jugoslawische Verteidigungsminister hatte daraufhin Slowenien auf die Gefahr eines möglichen Bürgerkrieges hingewiesen. Zudem bekräftigte er, dass die Armee fest entschlossen war, die staatliche Einheit Jugoslawiens sowie den föderativen Charakter des Landes zu wahren. Den Grund für diese Aussage sah er – allerdings in seiner persönlichen Auffassung – im Aufbau nationaler Armeen in den einzelnen Teilrepubliken.⁴⁵

Der Zusammenbruch des Sowjetreiches einerseits und wirtschaftliche Gründe andererseits führten in Slowenien verstärkt zu Unabhängigkeitsbestrebungen. Solange die Gefahr eines möglichen sowjetischen Angriffs bestand, erkannte man im jugoslawischen Vielvölkerstaat innerhalb aller Nationen durchaus das gemeinsame sicherheitspolitische Interesse, nicht unter sowjetische Herrschaft zu fallen.

3.2 Ursachen des Kriegsausbruchs

3.2.1 Die slowenischen Souveränitätsbestrebungen

Mit dem Zerfall des „Sowjetreichs“ verschwand jedoch das Bedrohungsbild und gemeinsame Interessen Sloweniens gegenüber Restjugoslawien waren nicht mehr ersichtlich.⁴⁶ Das eine Abspaltung Sloweniens von Jugoslawien nicht ohne Folgen bleiben konnte, war den Slowenen bewusst. Allerdings ließ sich die slowenische Regierung nicht einschüchtern und der slowenische Präsident,

⁴⁵ Vgl.: Austria Presse Agentur, Jugoslawien/Krise/Armee, APA 206, 12. Dezember 1990, 1740 Uhr.

⁴⁶ Vgl.: Ströhm, Carl Gustaf, Zur Lage in Jugoslawien, Österreichische Militärische Zeitschrift 1/1990, Seite 45.

Milan Kučan, meinte sogar, dass Slowenien in seinem Streben nach Unabhängigkeit unglaublich scheitern würde, wenn es sich nicht verteidigte, falls es angegriffen werden würde.⁴⁷

3.2.2 Slowenien verweigert die Abgabe der Zollgebühren

Anfang 1991 weigerte sich die politische Führung Sloweniens, die Zollgebühren an die jugoslawischen Bundesbehörden abzuführen, worauf von der Bundesregierung ein Importverbot verhängt wurde, welches jedoch von den slowenischen Zollbeamten missachtet wurde.

Als die Abgabekriterien gegenüber den fünf anderen Teilrepubliken zumindest verrechnungstechnisch zu Gunsten Sloweniens entschieden wurden, war der slowenische „Zollkrieg“ wieder beigelegt.⁴⁸

3.3 Beginn des „Minikrieges“ in Slowenien

Trotz der Beendigung des Zollkrieges hielten die Slowenen am Bestreben ihrer Unabhängigkeit fest und sprachen diese, wie bereits in Kapitel 2.4.5 erwähnt, am 25. Juni 1991 aus.

Am darauf folgenden Tag wurde dies an den internationalen Grenzübergängen auch symbolisch umgesetzt, indem Bundessymbole durch slowenische ersetzt wurden. Die slowenischen Grenzübergänge waren nun mit slowenischen Zöllnern besetzt, was die Bundesregierung wiederum dazu veranlasste, die Grenzübergänge durch Bundespolizei und Bundeszollorgane unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Falle einer slowenischen Verteidigung sollte die JVA die Bundespolizei militärisch unterstützen.⁴⁹

⁴⁷ Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Slowenien und Kroatien fühlen sich bedroht – Dubiose Aktivitäten der jugoslawischen Generäle/Kritik an Markovič, 26. November 1990, Seite 6.

⁴⁸ Vgl.: Gustenau, Gustav, Zur Lage in Jugoslawien, Österreichische Militärische Zeitschrift 5/1991, Seite 390.

⁴⁹ Vgl.: Panzhof, Alexander, Der Krieg in Slowenien, Hintergründe, Ursachen, Verlauf und Typologisierung, Seminararbeit, Forschungsseminar (G2/G3/Diss) SE Forschungsseminar: Kriege, kriegerische Konflikte und Kriegsursachenforschung, Seminarleiter: Univ.- Prof. Dr. Helmut Kramer, Wien, 2006, Seite 16.

3.3.1 Mobilisierte Verbände der JVA versuchen die Bundesgrenzen wieder einzunehmen

Als erstes Mittel die Slowenen zum Einlenken zu zwingen um die Unabhängigkeitserklärung wieder zurückzuziehen, wurde seitens der JVA psychologische Kampfführung angewandt. Kampfflugzeugen überflogen in niedriger Höhe slowenisches Terrain. Diese Einschüchterungsmethode blieb jedoch wirkungslos. Die slowenische Regierung zeigte sich unbeeindruckt worauf die JVA am 26. Juni 1991 Kampfpanzer, Schützenpanzer und anderes schweres Gerät in die slowenische Hauptstadt in Marsch setzen. Die slowenische Territorialverteidigung errichtete allerdings schon rechtzeitig Straßensperren, was wiederum den Vormarsch der mechanisierten Truppe erheblich erschwerte. Noch am selben Tag gelang es den Slowenen, auch andere mechanisierte Verbände der Bundesarmee, die am Weg waren, die Grenzen zu Italien wieder zu übernehmen, zu stoppen bzw. zur Umkehr zu zwingen. Auch der Hauptflughafen in der Ortschaft Brnik, welche sich in der Nähe der slowenischen Hauptstadt befindet, wurde gesperrt. Am 27. Juni 1991 wurden daher zwei zusätzliche Panzerbataillone entsandt, um einerseits den Flughafen wieder einzunehmen und andererseits vor der slowenischen Hauptstadt in Stellung zu gehen. Zusätzlich wurde noch ein motorisierter Verband aus Maribor Richtung österreichischer Grenze nach Spielfeld entsandt. Der unerwartete starke Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung veranlasste die militärische Führung Jugoslawiens, Verbände der JVA aus Kroatien nach Slowenien zu befehlen. Diese wurden jedoch teilweise schon bei den kroatisch/slowenischen Grenzübergängen gestoppt. Lediglich die Grenzen zu Italien und fünf Grenzübergänge in Oberkrajn wurden seitens der JVA zurückerobert, wodurch die gesamte militärische Operation als taktischer Misserfolg in Frage gestellt werden konnte. Die unerwartete Demütigung der JVA lässt sich allerdings nicht nur auf die gut organisierte Territorialverteidigung zurückführen, sondern eine geringe Kampfmoral, verbunden mit zahlreichen Desertionen der Einheiten der Bundesarmee, hatte enorm zum Erfolg der slowenischen Kampfeinheiten beigetragen.⁵⁰

⁵⁰ ebenda.

3.3.2 Die Gefechte zwischen JVA und slowenischer Territorialverteidigung nehmen zu

Am 28. Juni 1991 wurde die Bombardierung des slowenischen Flughafens Brnik sowie Sperren der Territorialverteidigung fortgesetzt. Die Grenzübergänge Radkersburg und Lavamünd wurden von der Bundesarmee zwar wieder eingenommen werden, was aber in keiner Relation des Kräfteverhältnisses zwischen Territorialverteidigung und JVA stand. Ganz im Gegenteil. Trotz dessen, dass sechs Zerstörer aus den jugoslawischen Kriegshäfen (alle in Kroatien angesiedelt) Richtung Slowenien ausliefen und vor der slowenischen Küste in Stellung gingen, erfüllte die JVA ihren Kampfauftrag offensichtlich nicht. Auch nachfolgende Verbände, welche aus Kroatien geschickt wurden, konnten die Sperren der Territorialverteidigung nicht überwinden.

Der stellvertretende jugoslawische Verteidigungsminister Stane Brovet drohte, die Kampfhandlungen auf ganz Slowenien auszuweiten und sich nicht nur auf die Aufträge der Bundesregierung zu beschränken. Diese Aussage verübte auf internationaler Ebene große Irritation da sie den Eindruck erweckte, die Jugoslawische Volksarmee könne autonom und ohne Auftrag agieren. In Folge internationaler Verhandlungen – insbesondere auf Druck der Europäischen Gemeinschaft – wurde am Abend des 28. Juni 1991 ein Waffenstillstand durch den slowenischen Präsidenten Milan Kučan und den jugoslawischen Verteidigungsminister Veljko Kadijevič erzielt. Die Europäische Gemeinschaft und der jugoslawische Premierminister, Ante Marković, führten Gespräche über den Abzug der JVA aus Slowenien. Slowenien sollte dafür seine Unabhängigkeitserklärung für einen Zeitraum von drei Monaten einstellen.

Unmissverständlich waren die Slowenen zwar bereit, über den Abzug der jugoslawischen Streitkräfte, nicht aber über die Unabhängigkeitserklärung zu verhandeln. Am 29. Juni 1991 bekräftigte Slowenien seine Haltung, die Abspaltung von Jugoslawien nicht auszusetzen.⁵¹

⁵¹ ebenda Seite 17.

3.3.3 Verhandlungen führen zur Beendigung des Konfliktes

Die harte slowenische Haltung rief den jugoslawischen Generalstab auf, Slowenien ein Ultimatum zukommen zu lassen, in dem die bedingungslose Feuerpause ab dem 30. Juli 1991 festgelegt war. Das Ultimatum wurde entschieden zurückgewiesen. Die Lage der JVA in Slowenien wurde immer schlechter. Beinahe 800 Soldaten liefen zur Territorialverteidigung über und über 1.000 wurden festgenommen. Am 3. Juli 1991 wurde neuerlich angegriffen – diesmal jedoch mit starker Luftunterstützung. Dieser Militäreinsatz wurde offensichtlich ohne politischen Auftrag durchgeführt. Noch am selben Tag wurde dem Kommando der Bundesarmee der Befehl erteilt, alle serbischen Soldaten unverzüglich auf serbisches Territorium zurück zu beordern.

Nach mehreren Verhandlungen, insbesondere am 7. Juli 1991 auf der Insel Brioni, deren Hauptverhandlungspunkt die Neuordnung Jugoslawiens war, wurden am 10. Juli 1991 auf slowenischer Seite die Bestimmungen angenommen. Slowenien verzichtete jedoch weiterhin nicht auf seine Unabhängigkeit. Seitens der politischen Führung Jugoslawiens wurde am 18. Juli 1991 bei einer Sitzung des Staatspräsidiums der sofortige Abzug der Bundesarmee aus Slowenien angeordnet.⁵² Slowenien hatte den Durchbruch in die Souveränität geschafft und erhielt somit uneingeschränkte Machtbefugnisse auf seinem Territorium, was eine der drei Säulen der Souveränität bedeutet,⁵³ indem auf einmal ein eigenes, slowenisches und nicht jugoslawisches Staatsgebiet vorhanden war. Weitere Verhandlungen über die Unabhängigkeit Sloweniens wurden nicht mehr geführt, da sich das Interesse auf einen bevorstehenden Krieg in Kroatien verlagerte, hatte sich doch Kroatien am gleichen Tag wie Slowenien für unabhängig erklärt, mit dem großen Unterschied, dass dort Hunderttausende Serben lebten.

⁵² ebenda Seite 17 – 18.

⁵³ Vgl.: Stimmer, Gernot, Zum Begriff des Staates, Staatsdefinitionen, „Staat im soziologischen Sinne ist die mit ursprünglicher Herrschaftsmacht ausgestattete, auf einem bestimmten Gebiet zusammenlebende und –wirkende Verbandseinheit“, Materialien zur Vorlesung Politik und Recht, Seite 11.

3.4 Die Rolle Österreichs und der Europäischen Gemeinschaft bei der internationalen Anerkennung Sloweniens

Auf Grund der Abwesenheit einiger Mitglieder des jugoslawischen Staatspräsidiums, wurde die turnusgemäß anstehenden Wahl des Kroaten Stipe Mesić zum Vorsitzenden verhindert und Jugoslawien verfügte nicht mehr über eine offizielle Staatsführung.

Mit der somit verbundenen Auflösung des höchsten Gremiums Jugoslawiens und der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens (Slowenien setzte die Bundesverfassung sofort außer Kraft), wurde der Staat in eine institutionelle Krise geworfen. Die Jugoslawienkrise wurde ein außenpolitischer Schwerpunkt für die Europäische Gemeinschaft.

3.4.1 Unterschiedliche Sichtweisen der EG-Mitgliedsländer

Konträre Bewertungen und Auffassungen der Situation in Jugoslawien führten anfänglich zu erheblichen Spannungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Frankreich und Großbritannien sahen in der Erhaltung des „einheitlichen Jugoslawiens“ die beste Lösung.⁵⁴ Auch wenn zu Beginn der Krise in Jugoslawien der Eindruck entstand, dass die Europäische Gemeinschaft geschlossen hinter den Fortbestand Jugoslawiens stand, wurden letztendlich die Bemühungen für den Fortbestand Jugoslawiens durch den aufflammenden Bürgerkrieg zunichte gemacht.

⁵⁴ Vgl.: Piotrowski, Ralph, Der Zerfall Jugoslawiens
und der Weg zur Anerkennung: <http://www.diss.fu-berlin.de/2004/23/kap3.pdf> (08 03 2009).

3.4.2 Die österreichische Sichtweise

In den Jahren 1983 – 1986, als die SPÖ mit der FPÖ eine Koalition bildete, gab es wesentliche Veränderungen in der Schwerpunktsetzung der österreichischen Außenpolitik. Unter anderem wurde der Nachbarschaftspolitik als regionale Außenpolitik besonderes Augenmerk geschenkt. Das war sicher auch einer der Gründe, warum auf der außenpolitischen Ebene die Jugoslawienkrise ein besonderes Maß an Bedeutung zugeteilt wurde.⁵⁵ Nach der Eskalation in Slowenien und den damit verbundenen Kriegsbeginn in Jugoslawien war die gesamte Staatenwelt schockiert. Insbesondere den Nachbarstaaten kam jetzt eine heikle Aufgabe in der Außenpolitik zu.

3.4.2.1 Anfängliche Unstimmigkeiten in der österreichischen Parteienlandschaft

Nur durch feines Taktgefühl konnte den jeweiligen Fraktionen die eigene Position beigebracht werden, ohne sofort zum Anhänger des Rivalen zu werden. Auch innerhalb der österreichischen Bundesregierung mussten sich die Einstellungen einzelner Minister ändern.

Durch die prekäre Situation im Nachbarland, war die österreichische Regierung zu einem raschen Handeln gezwungen – dies war z.B.: am Einsatz des Österreichischen Bundesheeres zur Sicherung des Grenzraumes ersichtlich. Die Grenzsicherung war aber eine innere Angelegenheit, nach außen hin sollte die Regierung geschlossen auftreten und dies war eben genau nicht der Fall. Einige Regierungsmitglieder – insbesondere Angehörige der ÖVP – drängten auf eine schnelle Anerkennung Sloweniens.

Die SPÖ, allen voran der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Josef Cap und der damalige österreichische Bundeskanzler, Dr. Franz Vranitzky, waren zu

⁵⁵ Vgl.: Kramer, Helmut, VII.1, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945 – 2005), In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos, (Hrsg), Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, Seite 820.

Kriegsbeginn vehement gegen eine mögliche Sezession Sloweniens von Jugoslawien und somit für den Fortbestand Jugoslawiens.

Hier war meiner Meinung nach besonderes Augenmerk auf die Sicherheit und den Fortbestand der Stabilität in dieser Region die höchste Priorität gewidmet und somit waren gewisse Schlüsselfunktionäre der SPÖ dagegen. Hintergrund dieser Anschauung war vielleicht die Idee von Hans Herman Herz, dass Sicherheit anzustreben ist, um Stabilität aufrecht zu erhalten.⁵⁶ Ein essentieller Punkt wurde aber sicher von der gesamten österreichischen Regierung geschlossen erkannt.

Der wichtigste Faktor für einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess ist die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Not und Armut. Das heißt, je entwickelter ein Land in wirtschaftlicher Hinsicht ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dort eine Diktatur existiert oder längerfristig Bestand haben kann. Die österreichische Regierung erkannte bald, dass sich das slowenische Volk von seinem Willen, Unabhängig zu werden, nicht mehr abhalten ließ und musste konkrete Schritte setzen, um am internationalen Parket mitspielen zu können.⁵⁷

3.4.2.2 Österreichs Engagement in der Anerkennungspolitik Sloweniens

Die beiden österreichischen Hauptakteure in der Anerkennungspolitik Sloweniens und Kroatiens waren unbestritten der damalige österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (SPÖ) sowie der damalige österreichische Außenminister Dr. Alois Mock (ÖVP).

Die Bundesregierung war bei ihrer Anerkennungspolitik äußerst vorsichtig und versuchte daher auch nicht im Alleingang Kroatien und Slowenien anzuerkennen. Vielmehr war sie darum bemüht, die österreichische

⁵⁶ Vgl.: Ulrich Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus – die Lehre von internationalen Beziehungen, „Nicht das hehre Ziel Frieden, sondern das bescheidenere Ziel Sicherheit ist anzustreben“, Suhrkamp Verlag, 2001, Seite 18.

⁵⁷ Vgl.: Wolfgang Merkel, Systemtransformation: Eine Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen Westdeutscher Verlag 1999, Seite 83 – 84.

Außenpolitik kalkulierbar zu gestalten. Dies war sicher auch einer der Gründe, warum Österreich in der Sezessionsfrage der beiden Republiken nicht alleine agierte. Trotzdem verstand die slowenische Führung, sanften diplomatischen Druck auf Österreich auszuüben, in dem der damalige slowenische Ministerpräsident, Lojze Peterle dem österreichischen Außenminister erklärte, dass Österreich bisher am besten verstanden habe, wo es in Jugoslawien eine Gefahr für den Demokratisierungsprozess geben könnte.⁵⁸

Gestärkt wurden solche Aussagen auch durch die serbische Seite. Aus Belgrad gab es seitens der militärischen Führung verbale Attacken gegen Österreich, da diese behauptete, dass Österreich direkt in die Kampfhandlungen in Slowenien eingriff.⁵⁹ Natürlich wurden diese Behauptungen seitens des österreichischen Bundeskanzlers sowie auch vom slowenischen Verteidigungsminister, Janez Janša, aufs schärfste zurückgewiesen.

Auch der damalige österreichische Verteidigungsminister, Dr. Werner Fasslabend, wies die Vorwürfe als absolut gegenstandslos zurück und meinte auch, dass sich die gesamte Weltöffentlichkeit davon überzeugen könne, dass sich die Aktivität des österreichischen Bundesheeres ausschließlich auf die Grenzsicherung konzentriere. Auf jeden Fall war spätestens hier ersichtlich, wie schwierig die Lage der Außenpolitik war und mit welcher Besonnenheit die Wortwahl fallen musste, um kein Erzüren der Serben hervorzurufen. Zu dieser Zeit war das Handeln der jugoslawischen Volksarmee noch nicht einschätzbar und ein Übergreifen der Kämpfe auf österreichisches Territorium war damals durchaus ein denkbare Szenario gewesen.⁶⁰

3.4.2.3 Die Anerkennung Sloweniens aus der anfänglichen Sicht des österreichischen Außenministers

„Wien soll uns anerkennen“. Mit diesen Worten zeigte der slowenische Außenminister die ungebrochene Haltung der jugoslawischen Teilrepublik

⁵⁸ Vgl.: Der Standard, 05.06.1991, „Peterle hofft auf die Vorreiterrolle Österreichs bei der Anerkennung“, Seite 1.

⁵⁹ Vgl.: Die Presse, 07.08.1991, „Massive verbale Attacken aus Belgrad: Österreich greift in die Kämpfe ein“, Seite 4.

⁶⁰ ebenda.

Slowenien zur Sezessionsfrage. Slowenien war fest entschlossen seine Unabhängigkeit durchzuführen. Für den slowenischen Außenminister kam auch nicht die von Professor Felix Ermacora geborene Idee in Frage, Slowenien als zehntes Bundesland Österreichs anzugliedern, da Slowenien von Beginn an gleichberechtigtes Mitglied eines einheitlichen Europas werden wollte.⁶¹

Schon 1987 bemühte sich der österreichische Außenminister für eine innenpolitische Umwälzung Jugoslawiens. Der damalige jugoslawische Staatspräsident, Raif Dizdarević sagte damals zu Dr. Alois Mock, dass „unsere Probleme nur politisch gelöst werden könnten“. Doch Mock hatte schon damals seine Zweifel, da er nirgendwo ein erfolgsversprechendes Bemühen entdecken konnte, jene demokratischen Strukturen zu schaffen, welche die Voraussetzung für eine solche „politische Lösung“ gewesen wären.⁶²

Hatte es zuerst den Anschein, dass Österreich in der Anerkennungspolitik Pionierarbeit leisten könne, zeigten die verschiedenen, fraktionsbedingten, Meinungen der österreichischen Politiker ein anderes Bild. Die österreichische Außenpolitik war zu Beginn an gar nicht an eine rasche Anerkennung ausgerichtet. Vielmehr hielt sich die Regierung „die Option für eine Anerkennung“ offen.⁶³ Alois Mock vertrat noch im Juli 1991 die Meinung, dass der Dialog zwischen den Republiken und Belgrad aufrechterhalten werden müsse, um zu einem konfliktfreien Konsens zu kommen. Er schlug deswegen auch die Bildung eines internationalen Weisenrates vor, um Jugoslawien operative Hilfe von außen zu geben. Dieser Vorschlag wurde sogar im Außenministerrat der europäischen Gemeinschaft besprochen, jedoch als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens gesehen. Zudem lehnte auch die Belgrader Bundesregierung mit dem Hinweis, dass sie die Probleme lieber selber lösen wollen, ab.⁶⁴

⁶¹ Vgl.: Dimitrij Rupel, „Wien soll uns anerkennen“, Profil Nr. 24, Juni 1991, Seite 58.

⁶² Vgl.: Wochenpresse, „Das Krisen-Tagebuch des Alois Mock“, 11 07 1991, Seite 19.

⁶³ Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Österreich hält sich Option für Anerkennung offen“, 05 07 1991, Seite 3.

⁶⁴ Vgl.: Weltwoche, „Außenminister Alois Mock über die Beziehungen Österreichs um ein rechtzeitiges Krisenmanagement für Jugoslawien“, 11 07 1991, Seite 3.

3.4.2.4 Unentschlossenheit in der österreichischen Anerkennungs politik

Mit unterschiedlichen Auffassungen operierten SPÖ und ÖVP in der Annerkennungsfrage Sloweniens. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (SPÖ) sprach sich deutlich gegen einen Alleingang Österreichs in der Anerkennungs politik aus. Auch wollte er – im Gegensatz zum damaligen außenpolitischen Sprecher der ÖVP, Dr. Andreas Khol, Jugoslawien keine Fristen setzen.

Unter anderem sprach sich auch der Rat der Kärntner Slowenen für eine sofortige Anerkennung der beiden Republiken aus.⁶⁵ Im September 1991 fand eine außerordentliche Nationalratssitzung statt, in der die unterschiedlichen Meinungen der beiden Regierungsparteien durch die Reden des Bundeskanzlers und des Außenministers zu Tage kamen. Während der Bundeskanzler auf dem Status quo verhaftete, betrieb Alois Mock aktive Friedenspolitik. Ein Vorwurf, der damals vom freiheitlichen Klobobmann Norbert Guggerbauer ausgesprochen wurde, aber die unterschiedlichen Linien klar aufzeigte. Während Österreich als ein wertorientiertes, moralische Außenpolitik betreibendes Land auftreten sollte, dass nicht nur im Eigeninteresse handle, war die Sichtweise der SPÖ eine andere. Der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Peter Schieder, meinte dazu, dass es nicht um die Frage der Anerkennung sondern darum ging, wie diese am besten erfolgen sollte.⁶⁶

Die „Kriegshandlungen“ auf slowenischem Territorium waren – unter anderem wegen des im Juli 1991 auf der Insel Brioni abgeschlossenen Abkommens – in der Zwischenzeit schon über einige Monate ausgesetzt und längst war der Krieg in Kroatien in den Vordergrund gerückt. Bei der österreichischen Bundesregierung war jedoch noch immer keine gemeinsame Außenpolitik im Hinblick auf die Anerkennung Sloweniens ersichtlich. Eine gewisse „Urangst“ seitens des Bundeskanzlers, Österreich als einziges außen stehendes Land in den Konflikt einzubinden, hemmte allzumal die Anerkennung. Auch die

⁶⁵ Vgl.: Salzburger Nachrichten, „Kein Alleingang bei Anerkennung Sloweniens, Kroatiens“, 30.08.1991, Seite 2.

⁶⁶ Vgl.: Der Standard, „Lediglich 41 Abgeordnete für die sofortige Anerkennung Kroatiens“, 18.09.1991, Seite 6.

Tatsache, dass gegenwärtig kein anderer europäischer Staat bei der Anerkennung mitziehen würde schürte noch Bedenken in der Frage der sofortigen Anerkennung.

Der Hauptakteur der österreichischen Volkspartei, Dr. Alois Mock, war zwar auch der Meinung, dass Österreich nicht im Alleingang Anerkennungspolitik betreiben sollte, bekräftigte jedoch, dass die Zeit für die Anerkennung Sloweniens durchaus reif sei.⁶⁷ Dies war auch der Grund, warum sein Aufruf zur Anerkennung an die Völkergemeinschaft ging. Eine stärkere Internationalisierung in der Krise würde ein gemeinsames Vorgehen erlauben und günstigere Mechanismen des Krisenmanagements nach sich ziehen.

Die FPÖ und die Grünen (sowie auch einige Abgeordnete der ÖVP) setzten sich zu diesem Zeitpunkt für eine sofortige Anerkennung Sloweniens ein. Auch die Landeshauptleute waren geschlossen für die sofortige Anerkennung Sloweniens eingetreten und forderten die Bundesregierung dazu auf, Slowenien unverzüglich völkerrechtlich anzuerkennen.⁶⁸ Nachdem am 15. Jänner 1992 Slowenien (und Kroatien) von den EG-Ländern anerkannt wurden, zogen auch Bulgarien, die Tschechoslowakei, Bulgarien, die Türkei, Ungarn und andere europäische Länder mit. Österreich war nun mit seiner Anerkennungspolitik nicht mehr alleine und konnte Slowenien als souveränen Staat anerkennen.

⁶⁷ Vgl.: Neue Zürcher Zeitung, „Parlamentsdebatte über Jugoslawien in Wien“, 19.09.1991, Seite 2.

⁶⁸ Vgl.: Salzburger Nachrichten, „Landeshauptleute einstimmig für Anerkennung Sloweniens, Kroatiens – Regierung unter Druck“, 30.11.1991, Seite 3.

4. Gesellschaftspolitische und ökonomische Entwicklungen

4.1 Gründe der absichtlich eingeleiteten Desintegration Sloweniens aus der SFR Jugoslawien

Dem Entschluss zur slowenischen Eigenstaatlichkeit lag laut Werner Pirker⁶⁹ primär ein wirtschaftlicher Faktor zugrunde. Jugoslawien war durch westliche Finanzhilfen in die Schuldenfalle geraten und die vom Ausland aufgezwungenen Reformen zersetzten das jugoslawische Modell der sozialistischen Selbstverwaltung. Jugoslawien war nur noch die Summe seiner Republiken. Slowenien, die ökonomisch am stärksten entwickelte Republik, wurde zur Antriebskraft der Abspaltung. Die slowenischen Führungskräfte der ehemaligen Selbstverwaltungsbetriebe, Entscheidungsträger, die – wie auch in den anderen Teilrepubliken – größtenteils keine Identifikation mit den Betrieben hatten und eigene Strategien entwickelten um ihre monetären Ideen zu verwirklichen, engagierten sich nun besonders am freien Kapitalmarkt.

Auf Grund mehrerer abgelehnter Anträge,⁷⁰ zog 1990 die slowenische Delegation aus dem Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aus. Slowenien wollte sein Schicksal nicht länger mit dem Balkan verbinden und provozierte somit auch den Zerfall der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Durch diese unvorhergesehene slowenische Revolution innerhalb des jugoslawischen politischen Systems und der realpolitischen Ansicht der kroatischen Delegierten, dass „Jugoslawien“ ohne „Slowenen“ über keine eingebrachten Anträge abstimmen könne, wurde der slowenische Transformationsprozess vom klassischen sozialistischen System zu einem marktwirtschaftlich demokratischen System eingeleitet. Das Monopol der kommunistischen Partei war gebrochen.

⁶⁹ Vgl.: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Slowenien/pirker.html> 02.03.2011).

⁷⁰ BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, 1995/1996, Teil 1, Der Sprengsatz.

4.2 Sloweniens ökonomische und gesellschaftliche Vorteile für den Systemwandel

Am 25. Juni 1991 wurde die Republik Slowenien proklamiert und am 8. Oktober 1991 formell anerkannt.⁷¹ Der junge Staat hatte laut Andreas Veres (im folgenden Veres) schon seit jeher auf Grund seiner umliegenden Grenzländer von den westlichen Absatzmärkten profitiert. Die ökonomischen, wirtschaftlichen und industriellen Hinterlassenschaften der ehemaligen k. und k. – Monarchie schafften zudem gute Rahmenbedingungen, in denen sich Slowenien als Produktionsstandort etablieren konnte. Vor allem Infrastruktur, Institutionen sowie Humanressourcen konnten somit auch nach dem Zerfall der Doppelmonarchie genutzt werden.⁷²

4.2.1 Erleichterung der slowenischen Eigenständigkeit durch kommunistische Hinterlassenschaften

Eine Bedeutende wirtschaftliche Rolle innerhalb Jugoslawiens, so Veres weiter, kam der slowenischen Stadt Maribor zu. Sie war Standort der jugoslawischen Schwerindustrie und Stahlwerke sowie der Fahrzeughersteller TAM machten sie zu einem industriell enorm wichtigen Standort. Im Vergleich zu den anderen Teilrepubliken war in Slowenien das industrielle Potenzial schon weitaus fortgeschrittener. Auch der während der Donaumonarchie aufgebaute Verwaltungsapparat konnte innerhalb der von Tito geschaffenen Nation weiterhin genutzt werden. In der jugoslawischen Gesellschaft galten die Slowenen als besser ausgebildet sowie auch als strebsames, pünktliches und diszipliniertes Volk. Beinahe ein Drittel des Bruttosozialproduktes Jugoslawiens wurde von der kleinsten Teilrepublik erwirtschaftet. Man darf allerdings nicht vergessen, dass die slowenische Wirtschaft unter anderem auf der Bereitstellung von montenegrinischem Erz, bosnischer Kohle, serbischen Hilfsarbeitern sowie den Aufträgen der jugoslawischen Volksarmee basierte.⁷³

⁷¹ Vgl.: Der Fischer Weltatlas 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 400.

⁷² SeiteVgl.: Veres, Andreas, Slowenien Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, 3.3 Besonderheiten der slowenischen Transformation(en) und ihre Defizite, Dissertation, Essen 2007, Seite 121 – 122.

⁷³ ebenda.

4.2.2 Sloweniens Privatisierungsmaßnahmen

Die Rückgabe, des von den Kommunisten enteigneten, gesellschaftlichen Eigentums in den Privatbesitz, bedurfte eines sehr überdachten und durchplanten Steuerungsprozesses. Zum einen können – so Silvio Korez (im folgendem Korez)⁷⁴ – falsch angelegte Rückgabemechanismen zu ungeahnten und längerfristigen Folgen innerhalb der Gesellschaft führen und zum anderen ist eine getroffene Entscheidung hinsichtlich der Verfahrensweise de-facto nicht mehr umkehrbar.

4.2.2.1 Gesellschaftlicher Unmut hinsichtlich unterschiedlicher Privatisierungsstrategien

Ein Übereinkommen bezüglich der Rückgabe des staatlichen Eigentums gestaltete sich, so Korez weiter, in Slowenien relativ schwierig, da es dabei nicht nur um die Verteilung von Besitz und Vermögen, sondern auch um die Aufteilung von Macht ging. Die Meinung in der slowenischen Bevölkerung war Gegensätzlich und führte somit zu Schwierigkeiten in der Legislative, da Gesetzesentwürfe immer wieder umgeändert werden mussten. Dies kann zwar als Fortschritt in einem beginnenden Demokratisierungsprozess gewertet werden, führte jedoch zu einem ausländischen Vertrauensverlust in die politische Stabilität der jungen Republik. Zudem kam es mehrfach zu „wilden Privatisierungen“, indem sich Insider auf Kosten gesellschaftlichem Eigentums bereicherten was klarerweise der Öffentlichkeit missfiel. Diese Umstände erzeugten für ausländische Investoren einen Vertrauensverlust sodass Direktinvestitionen erheblich erschwert wurden.⁷⁵

⁷⁴ Vgl.: Korez, Silvio, Aspekte der Transition Sloweniens, Die Gewöhnungsphase oder „habitation phase“/Die Privatisierung in Slowenien, Wien, 1997, Seite 152 – 155.

⁷⁵ ebenda.

5. Der slowenische Systemwandel

5.1 Grundlegende Voraussetzungen für eine bevorstehenden Transformation

Für eine funktionierend einzuleitende Demokratisierung und Aufrechterhaltung dieser, gibt es gewisse politische Parameter, deren Auswirkungen auf den Umwandlungsprozess nicht nur hinderlich sein können, sondern eine angestrebte Demokratie de-facto unmöglich machen. Territorien, wo es ein eigenes Volk, aber keinen eigenen Staat wie z. B.: die Palästinensergebiete gibt, oder wo religiöser Fundamentalismus vorherrscht und den Anspruch auf die politische Führung erhebt.⁷⁶

5.1.2 Sloweniens Ausgangslage

Die Situation in Slowenien war natürlich eine ganz andere. Meines Erachtens nach war die SFR Jugoslawien, insbesondere unter ihren charismatischen Führer Josip Broz Tito, zwar ein autoritär geführter Staat und es gab auch Differenzen innerhalb des multiethnischen Staatenbundes die unterdrückt wurden. Als totalitär regierten Staat bezeichne ich Ex-Jugoslawien jedoch nicht. Zu Titos Lebzeiten war er zwar als Person der oberste Entscheidungsträger, was nach seinem Tod das Staatspräsidium übernahm, jedoch gab es nicht so harte, diktatorische Züge wie z. B.: in Nordkorea, wo die gesamte Bevölkerung im eigenem Land quasi gefangen ist. Auch mit Rumänien oder vielen afrikanischen Staaten lässt sich die politische Führung Ex-Jugoslawiens kaum vergleichen, da das durch die Nation erwirtschaftete bzw. aus dem Ausland geliehene Geld, größtenteils im eigenem Land verblieb und nicht in die „eigene Tasche“ verschwand.⁷⁷

Wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt, gab es in Slowenien zudem eine ganz andere gesellschaftliche Einstellung zum Kapitalmarkt als in den anderen

⁷⁶ Vgl.: Merkel Wolfgang/Puhle Hans-Jürgen, Von der Diktatur zur Demokratie, Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Kapitel 4.1 Grundvoraussetzungen, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden, 1999, Seite 108.

⁷⁷ Quelle: Orešković, Zvonko, Landesverteidigungsakademie, Interview (24.05.2011) mit BKS – Hauptlehroffizier und Balkan Experte.

Teilrepubliken. Weiters wurden die slowenische Kultur und Traditionen nie beschnitten, was für eine schnellere demokratische Entwicklung sicher nicht bedeutungslos ist.

5.2 Transformation des sozialistischen Systems

Ziel der Transformation auf der politischen Ebene ist es, das sozialistische System mit der Einführung und Entwicklung von Marktunterstützenden Institutionen zu demokratisieren. Eine staatlich eingeleitete und gelenkte Entstaatlichung soll somit zum Wachstum der Liberalisierung beitragen.

Im Gegensatz zur kommunistischen Ideologie verschloss sich Jugoslawien nicht kapitalistischen Ländern und die Initialisierung der Transformation lässt sich daher nur schwer mit anderen Post-Kommunistischen Ländern vergleichen. Zudem hatte Slowenien auf Grund seiner geographischen Lage den Vorteil, direkten Handel mit Italien und Österreich betreiben zu können.⁷⁸

5.2.1 Erste Vorzeichen slowenischer Eigenwilligkeit

Im Grunde war die slowenische Bevölkerung dem sozialistischen System sehr zugetan, jedoch gab es Ende der 1970er Jahre erste Strömungen gewisser Gruppierungen, die von den eigentlichen sozialistischen Normen abwichen. Punkbewegungen⁷⁹ gehörten genauso dazu wie das Aufkommen von Skinheads⁸⁰, die insbesondere Ende der 1980er Jahre auftraten. Das Entstehen, bzw. die Beibehaltung solcher Jugendbewegungen wären, meiner Ansicht nach, unter einer totalitären Staatsführung unmöglich gewesen.

⁷⁸ Die in den Kapiteln 5.2 – 5.4.3 beschriebenen Ausführungen stützen sich größtenteils auf Veres, Andreas, Slowenien Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, 3.3 Besonderheiten der slowenischen Transformation(en) und ihre Defizite, Dissertation, Essen 2007, Seite 131 – 141.

⁷⁹ Vgl.: Duden, Deutsches Universalwörterbuch, Punk (...) Protestbewegung von Jugendlichen mit bewusst rüdem, exaltiertem auftreten u. bewusst auffallender Aufmachung (...), Dudenverlag, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2003, 5. Auflage, Seite 1256.

⁸⁰ Vgl.: ebenda, Skinhead, (...) Jugendlicher (...) der (auf der Grundlage rechtsradikalen Gedankenguts) zu aggressiven Verhalten neigt (...), Seite 1460.

Doch genau die Generierung solcher Subkulturen können als die ersten Innovationsprozesse für neue soziale Bewegungen gesehen werden. Diese pluralistischen Strömungen bildeten unter anderem eine Grundvoraussetzung für eine politische Reform.

5.2.2 Spezifische Aspekte der slowenischen Abwendung vom Kommunismus

Soziale Bewegungen wird ein hoher Stellenwert bei Transformationen beigemessen, da sie gute Motive für sozialen Protest und das Aufbegehren gegen die alte Ordnung bilden. Sozialer Protest gehörte in Slowenien zu den einen der drei Hauptpunkte, die zur politischen Umgestaltung beigetragen haben.

Der zweite Hauptpunkt war die Aktivierung neuer sozialer Gruppen für charakteristische politische Ziele wie z. B.: die von Bauern, Handwerkern, Privatunternehmern, der Jugend und anderen, die vom vorherrschendem Einparteiensystem ins politische Eck gedrängt wurden.

Als dritten Punkt der Veränderung Sloweniens werden Reformen „von oben“ angesehen. Die Rolle der Regierung bildete durch die Festlegung von Transformationsregeln, die Initiierung der Entstehung einer Marktwirtschaft sowie die Einführung der Trennung von wirtschaftlichen und politischen Institutionen⁸¹ mit Erlangen der Unabhängigkeit 1991 die Grundlage für ein neues politisches Regierungs- und Gesellschaftssystem.

5.2.3 Sloweniens Institutionalisierung in eine neue politische Ordnung

Bereits im April 1990 wurde die sozialistische Einparteienherrschaft durch die ersten freien und pluralistischen Parlamentswahlen aufgelöst was erstmals die Etablierung eines Mehrparteiensystems in Slowenien zur Folge hatte. Gewinner

⁸¹ Vgl.: Wilderer C. Mirka, Weidner Franziska, Die staatlich organisierte Entstaatlichung: Privatisierungspfade in Mitteleuropa, Hauptseminar Prof. M. Heidenreich, Die Osterweiterung der Europäischen Union, 2002, Seite 4.

war das Sieben-Parteien-Bündnis⁸² DEMOS, das Slowenien innerhalb eines Jahres in die staatliche Souveränität führte. 1992 wurde die neue slowenische Verfassung konstituiert, welche die junge Republik letztendlich auch formal zu einer parlamentarischen Demokratie erklärte.

5.2.3.1 Das slowenische Parlament

Die slowenische Volksvertretung besteht aus einem Zweikammersystem, der Staatsversammlung (Državni zbor) und dem Staatsrat (Državni svet) als zweite Kammer, die allerdings – ähnlich wie in Österreich der Bundesrat⁸³ – nur die Rolle eines Beratungsorgans einnimmt. Die Legislatur wird von der Staatsversammlung ausgeübt. Sie besteht aus 90 Mitgliedern die für vier Jahre gewählt werden, wobei 88 direkt gewählt werden und zwei Sitze für die Vertreter der italienischen bzw. ungarischen Minderheit vorgesehen sind. Der Staatsrat, die zweite Kammer des Parlaments, welche die strukturelle Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln soll, besteht aus 40 Mitgliedern, die sich aus kommunalen Vertretungen, sozialen Verbänden sowie Berufsverbänden zusammensetzen und auf fünf Jahre gewählt werden. Die Funktion des Staatsrats in der Gesetzgebung ist nur die eines beratenden Organs. Allerdings kann der Staatsrat ein aufschiebendes Veto einlegen sowie parlamentarische Untersuchungen verlangen und nimmt somit eine wichtige Kontrollfunktion im politischen System der Republik Slowenien ein.

5.3 Sloweniens Transformation auf der wirtschaftlichen Ebene – die Hinwendung zur kapitalistischen Marktwirtschaft

5.3.1 Das Wesen der wirtschaftlichen Transformation

Eines der Hauptmerkmale der Transformation ist die Privatisierung, das heißt die Einführung des Privatrechts und der unternehmerischen

⁸² Vgl.: Korez, Silvio, Aspekte der Transition Sloweniens, Die Gewöhnungsphase oder „habitation phase“/Freie Wahlen in Slowenien, Wien, 1997, Seite 124.

⁸³ Vgl.: Steininger, Barbara, II. Regierungssystem, II.9 Frauen im Regierungssystem, Kapitel 4.3 Der Bundesrat, „In der Gesetzgebung hat der Bundesrat nur ein aufschiebendes Veto, beim Budget überhaupt kein Mitspracherecht“, In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos, Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, Seite 257.

Eigenverantwortlichkeit in die Wirtschaft. Ziel dabei ist die Einführung von Marktbeziehungen und Wettbewerb in ein Wirtschaftssystem in der Erwartung, dadurch eine optimale Nutzung knapper Ressourcen zu erreichen⁸⁴.

5.3.2 Sloweniens Pfad zur kapitalistischen Marktwirtschaft

Sloweniens wirtschaftlicher Wandel kann in drei Punkte unterteilt werden. Die Umwandlung der slowenischen Ökonomie als ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens zur eigenen Nationalökonomie, vom jugoslawischen Selbstverwaltungsprinzip zur kapitalistischen Marktwirtschaft und von der autonomen Nationalökonomie zur Integration in die Europäische Union.

Initiator des slowenischen Transformationsprozesses war allerdings nicht die slowenische Unabhängigkeitserklärung sondern wirtschaftliche Reformen, die in den 1950er Jahren innerhalb Jugoslawiens in Form des Selbstverwaltungssozialismus Fuß fassten.

5.3.2.1 Formen des jugoslawischen Sozialismus

Der jugoslawische Sozialismus durchlebte vier wesentliche Formen. Der administrative Sozialismus war seit der Staatsgründung 1945 bis 1953 an der Tagesordnung. Ab 1953 wurde das System des Selbstverwaltungssozialismus eingeführt, welcher sich in die drei anderen Formen, nämlich administrativer Wirtschaftssozialismus bis 1963, Wirtschaftssozialismus bis 1974 und Vertragssozialismus bis 1988, unterteilte.

Im Vertragssozialismus, der letzten Sozialismusform im ehemaligen Jugoslawien, kamen einerseits der Markt als grundlegende Einheit des Mitteleinsatzes und andererseits die makroökonomische Politik als Mittel der indirekten Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten nicht zum Tragen.

⁸⁴ Vgl.: Wagener Hans-Jürgen, Privateigentum und Unternehmenskontrolle in Transformationswirtschaften, Frankfurter Institut für Transformationswissenschaften, Discussion Papers I/97, Seite 1.

Diese sollten durch Vereinbarungen in Form von Sozialverträgen, Abmachungen zur Unternehmensselbstverwaltung und Sozialplanungen, ersetzt werden. Eine Realisierung kam auf Grund innerpolitischer Diskrepanzen und des dadurch eingeleiteten und bevorstehenden Zerfall Jugoslawiens, nicht mehr zustande.

5.3.2.2 Jugoslawiens Wirtschaft – ein Nährboden für slowenische Transformationstendenzen

Die Ölkrisen 1973 und 1979 änderten die globale wirtschaftliche Lage, hinzu kamen der Tod Titos im Jahre 1980 sowie der Zusammenbruch des Vertragssozialismus.

Dies alles waren Faktoren, die Anfang der 1980er Jahre in Jugoslawien eine tiefe ökonomische, soziale und politische Krise hervorrief. Die Politik war nicht mehr imstande, das System auf die veränderten Rahmenbedingungen anzugleichen. Eine Neudefinition des Sozialismus wie in den Jahrzehnten zuvor blieb aus.

Auf Grund der desaströsen wirtschaftlichen Lage - die Inflation entwertete aus eigener Beobachtung heraus den jugoslawischen Dinar zeitweise monatlich und die Bevölkerung handelte am „Schwarzmarkt“, der unter anderem aus nicht gemeldeten Privatbetrieben bestand, sowieso nur noch mit deutscher Mark, österreichischem Schilling oder US-Dollar - sollten Reformen helfen, die Wirtschaft zu stärken und das Land vor einem politischen Kollaps bewahren. Dieser war jedoch nicht mehr aufzuhalten. In den 1970er Jahren konnten sieben jugoslawische Dinar für eine Deutsche Mark umgetauscht werden⁸⁵. Aus eigener Erfahrung heraus bekam man 1979 in Österreich für einen Schilling zwei Dinar. Zehn Jahre später sah der Wechselkurs schon etwas anders aus. 1989 wurden für eine Deutsche Mark 70.000 Dinar bezahlt.⁸⁶

⁸⁵ Vgl.: <http://de.economypoint.org/j/jugoslawische-dinar.html> (23 10 2011)

⁸⁶ <http://www.goldunze.de/Hyperinflation-Jugoslawien-1990-Z125.html> (23 10 2011)

Allerdings hatten die Reformen wie Dezentralisierung, Preisliberalisierung, die Öffnung nach Außen und die Eigentumsdiversifikation (keine vollständige Verstaatlichung von eigenem Grundbesitz, sondern die Einführung der landwirtschaftlichen Höchstgrenze von 100.000 m² Eigenbesitz) einen Vorteil. Sie waren nach der Abspaltung Sloweniens aus dem jugoslawischen Staatenbund eine wichtige Voraussetzung und Grundlage für die ökonomische Transformation der kleinsten Teilrepublik.

5.3.2.3 Slowenische Besonderheiten innerhalb der wirtschaftlichen Umwandlung

Für Sloweniens ökonomische Transformation sind drei Punkte charakteristisch. Sloweniens Transformation sollte bezüglich Geschwindigkeit, zeitlicher Abstimmung und in der Reihenfolge von Reformen nicht schockartig stattfinden, sondern einen langsamen Verlauf nehmen. Daher entschied sich die slowenische Politik für die graduelle Strategie. Des Weiteren wurde die Umgestaltung von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft parallel durch die Transformation von einer Regional- in eine Nationalökonomie begleitet. Als drittes Charakteristikum übernahm Slowenien von der SFR Jugoslawien eine Unternehmensbesitzerstruktur, die auf dem Selbstverwaltungsprinzip aufgebaut war.

5.3.3 Neoliberale Strategie (Schocktherapie) versus Institutioneller Ansatz (Gradualismus) – ein kurzer Überblick

5.3.3.1 Die Schocktherapie als rasante Form der Transformation

Grundlegende Idee der Schocktherapie ist, radikal und schnell aus dem kommunistischen System auszusteigen. Die rasante Entwicklung zur Demokratie und freien Marktwirtschaft soll einen etwaigen Rückfall zum alten System unterbinden.

Primäre Grundentscheidungen für Marktwirtschaft und Demokratie werden somit zum gleichen Zeitpunkt getroffen und durchgeführt.

Länger anhaltende Reformprozesse sind auf Grund der gegenseitigen monetären Abhängigkeit zwischen Teilbereichen der Finanzpolitik nicht möglich. Das heißt, dass beispielweise freier Wettbewerb und freier Handel sowie mikro- und makroökonomische Reformen sich gegenseitig ergänzen müssen.

Zudem kann der bestehende Verwaltungsapparat durch die neue Regierung bei schrittweisen Reformen nur schlecht entmachtet werden. Ein wirtschaftliches Chaos in Form einer Hyperinflation bildet eine zusätzliche Gefahr bei einer schrittweisen Transformation. Befürworter der Schocktherapie vertreten auch die Meinung, dass die simultane Form der Umstrukturierung ein Zwitter-System, bzw. eine Schattenwirtschaft, aus dessen Dilemma die Nationalökonomie schwer herauszuführen wäre, verhindert.⁸⁷

Allerdings verbirgt sich bei einer Schocktherapie die Gefahr von extremen Einbrüchen in Produktion und Beschäftigung, indem die Umstellung einfach zu schnell abläuft um mit den eigenen ökonomischen Ressourcen mithalten zu können.

5.3.3.2 Gradualismus als bedachte Option der Transformation - der Institutionelle Ansatz als Schrittweise Systemumwandlung

Der wesentliche Unterschied zur Schocktherapie liegt im zeitlichen Ablauf von Reformen und im Prozess der Umformung. Neigt man bei der Neoliberalen Variante durch die schnelle Umsetzung dazu, westliche Institutionen zu kopieren, geht zugleich die Gefahr einher, sozialistische Elemente wie z. B.: unbeabsichtigte Handlungsfolgen von Planungsversuchen in den Transformationsprozess einfließen zu lassen.

Bei der gradualistischen Form hingegen werden neue Institutionen erst schrittweise konzipiert um diese dann an das neue System anzupassen. Der Vorteil liegt unter anderem darin, dass soziale Härten sowie eine möglich

⁸⁷ Vgl.: <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/ritter/veranstalt/ss97/wipol/veran.htm> (11.08.2010).

entstehende Massenarbeitslosigkeit und eine daraus resultierende Protestbewegung abgemildert werden können. Teilreformen einzelner Sektoren anstatt ein schneller Übergang in allen Bereichen beruhen ebenso auf dem Konzept des Institutionellen Ansatzes.⁸⁸

Der Privatsektor soll – fein dosiert - von bürokratischen Hemmnissen gesäubert werden. Zudem werden z. B.: Staatsunternehmen während ihrer Privatisierung kontrolliert, Staatsausgaben sollen reduziert und Steuereinnahmen angehoben werden, um der Staatsverschuldung vorzubeugen. Liberalisierung von Finanzmärkten und Begrenzung des Kreditwachstums, um der Inflation vorzubeugen sowie die schrittweise Liberalisierung des Außenhandels sind ebenfalls Punkte, die eine langsamere Reform voraussetzen.⁸⁹

5.3.4 Sloweniens politische Kräfte wählen den gradualistischen Weg

Slowenien hatte – im Gegensatz zu den anderen Teilrepubliken – eine relativ starke ökonomische Stellung, doch der Verlust des jugoslawischen Markttest sowie die instabile politische Lage ließ die slowenische Führung auf den gradualistischen Weg der Transformation zurückgreifen. Somit wurden übertriebene Liberalisierungen abgefedert.

1992 wurde schließlich ein Privatisierungsgesetz (Ownership Transformation Act) beschlossen, welches eine Verknüpfung aus Dezentralisierung, Gradualismus, diversifizierter Privatisierungsmethoden und die Vergabe von Vouchers⁹⁰ beinhaltete. Die oben genannten Privatisierungspfade stellen Marko Simoneti und Andreja Böhm in einem Forschungsbericht folgend dar:

„Nach langen Debatten über die beste Methode, Unternehmen zu privatisieren, wurde ein Kombinationsmodell angenommen, das im Prinzip sowohl bezahlte als auch ungleichwertige Privatisierung (d.h.

⁸⁸ Vgl.: Massmann, Erik, Alternative Privatisierungsstrategien in MOE-Staaten, Kapitel 2.1, Langsame vs. Schnelle Privatisierung, Josef Eul Verlag GmbH, Lohmar – Köln, 2002, Seite 62

⁸⁹ ebenda.

⁹⁰ Vgl.: Massmann, Erik, Alternative Privatisierungsstrategien in MOE-Staaten, Kapitel 2.3.6, Die Voucher-Privatisierung, „Eine weitere Alternative der Unternehmensprivatisierung ist die Vergabe von Anteilen, gratis oder zu Vorzugspreisen, an die Bevölkerung mit Hilfe von Gutscheinen, die Voucher-Privatisierung (...) Die ausgegebenen Gutscheine berechtigen den Inhaber zur Teilnahme an Bietverfahren um die Aktien der einzelnen Staatsunternehmen“, Josef Eul Verlag GmbH, Lohmar – Köln, 2002, Seite 92.

Massenprivatisierung) zuließ. Das Privatisierungsgrundmodell (20% + 20% + 20% + 40%) sah, in Übereinstimmung mit dem Eigentumsumgestaltungsgesetz, (OTA) vor:

- (1) Übertragung von 20 Prozent der Aktien an halbstaatliche Fonds: 10 Prozent an den Pensionsfonds und 10 Prozent an den Restitutionsfonds;*
- (2) Übertragung von 20 Prozent der Aktien an privat geführte Privatisierungsfonds im Austausch für die von Staatsbürgern eingenommenen Eigentumszertifikate;*
- (3) 20 Prozent der Aktien im Austausch für Eigentumszertifikate von internationalen Eigentümern zu Vorzugsbedingungen (Manager, gegenwärtige und ehemalige Angestellte);*
- (4) Fakultative Verwendung von 40 Prozent der Aktien:*
 - (4i) für (mit Hilfe von Krediten finanzierte Ankäufe von Unternehmen durch internationale Eigentümer zu Vorzugsbedingungen,*
 - (4ii) im Austausch für von Staatsbürgern öffentlich angebotene Eigentumszertifikate*
 - (4iii) im Austausch für von Privatisierungsfonds eingenommene Eigentumszertifikate oder*
 - (4iv) für Ankäufe durch strategische Eigentümer.⁹¹*

5.3.5 Mechanismen der Auflösung gesellschaftlichen Eigentums

Slowenien ist Anders. Diese Tatsache spiegelte sich nicht nur innerhalb des jugoslawischen Staatenbundes auf Grund eigener Traditionen, eigener Sprache, regionalpolitischer höherer Toleranz gegenüber Meinungsfreiheiten, etc. wider, sondern zeigte sich auch nach der Abspaltung Sloweniens im Privatisierungsverfahren. Anders, als in anderen ehemaligen Kommunistischen Staaten, waren in Slowenien nämlich auch die Eigentumsverhältnisse geregelt. Der Staat war nicht Eigentümer eines Unternehmens sondern die Betriebe standen unter gesellschaftlichem Eigentum. Die Unternehmen gehörten somit niemanden und wurden, basierend auf dem Selbstverwaltungsprinzip, von der eigenen Belegschaft kontrolliert, die nicht nur alle betrieblichen Entscheidungen traf, sondern auch das Führungspersonal bestellte. Einer der größten Aufgaben der politischen Führung war es daher etwas zu privatisieren, was niemanden

⁹¹ Simoneti, Marko / Böhm, Andreja, Part I., Slovenia Mass Privatization and Barriers to Secondary Privatization, Simoneti, Marko/Böhm,Andreja/Rems, Marko/Rojec, Matija/Damijan P. Jože/Majcen, Boris (Hrsg.), In: Case Reports No. 46, Center for Social and Economic Research, Secondary Privatization in Slovenia: Evolution of Ownership Structure and Company Performance Following Mass Privatization, Warsaw 2001, Seite 7.

gehörte. Die Lösung dieses Phänomens wurde juristisch bewerkstelligt, indem private Rechtssubjekte, welche in den zu transformierenden gesellschaftlichen Unternehmen die Aufgabe von Gesellschaftern oder Aktionären übernehmen, bestimmt. Juristische Personen können unter anderen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften oder auch Stiftungen sein. Gleichzeitig musste bei der Umwandlung gesellschaftlichen Eigentums gewährt werden, dass private Rechtssubjekte in die neu organisierten und strukturierten Unternehmen investieren.

Grundsätze der slowenischen Privatisierung waren:⁹²

- Autonomie bei der Umwandlung,
- Kombination von Gratisverteilung und Verkauf (z.B.: Vouchers),
- öffentliche Verteilung,
- öffentliche Überwachung der Verteilung,
- gleiche Rechte für alle slowenischen Staatsbürger,
- verhältnismäßige Verteilung,

sowie die zeitliche Begrenzung des Privatisierungsprozesses.⁹³

Die verschiedenen Privatisierungsmodalitäten kamen aber nicht in allen Bereichen zu tragen. So wurden reine Privatbetriebe wie z.B.: ein Schuhmacher oder eine KFZ Werkstätte, die als „Ein-Mann-Betrieb“ geführt wurden bei der Denationalisierungsphase gar nicht bearbeitet. Diese, für ein kommunistisches Land eher unübliche, Möglichkeit, der Bevölkerung eine Minimarktwirtschaftliche Toleranz zu gewähren, wurde schon in der letzten Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien geschaffen und bereits in Kapitel 5.3.2.2 (keine vollständige Verstaatlichung von eigenem Grundbesitz, sondern die Einführung der agrarischen Höchstgrenze von 10 ha Eigenbesitz) kurz skizziert.

⁹² Vgl.: Ilešič, Marko, Privatization of Companies alias Distribution of Social Ownership (the Case of Slovenia), In: Borić Tomislav/Posch, Willibald, (Hrsg.) Privatisierung in Ungarn, Kroatien und Slowenien im Rechtsvergleich, Springer Verlag Wien, 1993, Seite 111 – 113.

⁹³ ebenda.

Mitarbeitenden jener Betriebe, die im gesellschaftlichem Eigentum waren, wurden Berechtigungsscheine bzw.: Obligations- und Optionspapiere ausgehändigt. Damit war die Belegschaft eines staatlichen Betriebes berechtigt, innerhalb einer bestimmten Frist Aktien zu einem bestimmten festgelegten Kurs zu erwerben. Durch diese Methode wurden staatliche Unternehmen entstaatlicht. Aktienbesitzer waren mithin nicht nur Miteigentümer eines Betriebes, sondern konnten durch erhöhtes Engagement innerhalb des Unternehmens eine Gewinnerhöhung mitgestalten und folglich ihre eigenen Aktienwerte maximieren. Anspruch auf Aktien hatten nicht nur im Berufsleben stehende Menschen sondern auch Pensionisten. Für jene Naturalien, die keiner Rückgabe unterlagen wie z.B.: Denkmäler oder Gemeindewohnungen, wurden Entschädigungsfonds eingerichtet, über welche ehemalige Eigentümer anteilmäßig abgefertigt wurden.⁹⁴

5.3.6 Zeitgleiche Abkehr von der sozialistischen Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie

Der zweite Punkt, der eine Besonderheit innerhalb der wirtschaftlichen Transformation Sloweniens darstellte, war die zeitgleich verlaufende Veränderung von einer sozialistischen Wirtschaftspolitik zu einer Marktwirtschaft und von einer Regional- zu einer Nationalökonomie.

Nach der Unabhängigkeit bezogen sich die anfänglichen Aufgaben der neuen „slowenischen“ Regierung daher nicht nur auf die wirtschaftliche Transformation, sondern auch auf die neu zuschaffenden nationalstaatlichen Institutionen, wie beispielsweise einer Zentralbank mit eigener Währung, eines eigenen Zollsystems, eines globalen diplomatischen Netzwerkes unter der Führung eines Außenministeriums, der Aufstellung einer eigenen Armee unter der Aufsicht eines Verteidigungsressorts, usw. Mit der Einführung einer eigenen Währung, dem slowenischen Tolar (SIT), wurde im Oktober 1991 der jugoslawische Dinar ersetzt. Allerdings gab es anfänglich nur ein

⁹⁴ ebenda.

Ersatzzahlungsmittel, den Lipa, der im Laufe des Jahres 1992 allmählich durch Tolar-Banknoten und 1993 durch Tolar- und Stotin-Münzen abgelöst wurde.

Der nächste große Schritt zur Gestaltung eines unabhängigen Staates war somit getan. Zugleich wurde damit eine entscheidende Voraussetzung für eine Integration in Organisationen der internationalen Gemeinschaft wie z.B.: die Weltbank und die Vereinten Nationen geschaffen.

5.3.7 Vermächtnisse der alten Ordnung

Drittes Merkmal des slowenischen Transformationsprozesses war das von der SFR Jugoslawien hinterbliebene Selbstverwaltungssystem, in dem Führungskräfte teilweise selbst verantwortlich für ihre Unternehmen waren. Dieses – jugoslawische – Modell des Sozialismus, hatte marktwirtschaftliche Züge und im Gegensatz zum Leitungspersonal anderer Planwirtschaften gab es sogar einen gewissen Grad an Wettbewerb.

5.4 Gesellschaftliche Transformation

Würde ein Vergleich zwischen der montenegrinischen und der slowenischen Bevölkerung gezogen werden, kämen sicherlich die unterschiedlichsten Traditionen, Lebenseinstellungen, Bildungsniveaus und dergleichen zum Vorschein. Trotzdem waren sie Bestandteil eines Vielvölkerstaates, der von Belgrad aus regiert wurde.

Überblick ausgewählter statistischer Daten

Arbeitslosenrate (in Personen)

Bosnien und Herzegowina	Montenegro	Kroatien	Mazedonien	Slowenien	Serbien	Kosovo	Vojvodina
Fläche 51 129km² Einwohner 4,3 Mil	Fläche 13 812km² Einwohner 0,6 Mill	Fläche 56 538km² Einwohner 4,6 Mil	Fläche 25 713km² Einwohner 2 Mil	Fläche 20 251km² Einwohner 1,9 Mil	Fläche 55 968km² Einwohner 5,7 Mil	Fläche 10 887km² Einwohner 1,7 Mil	Fläche 21 506km² Einwohner 2 Mil
188 837	30 868	107 735	123 715	15 781	266 575	86 349	90 475

Analphabetenrate (in Prozent)

Bosnien und Herzegowina	Montenegro	Kroatien	Mazedonien	Slowenien	Serbien	Kosovo	Vojvodina
Fläche 51 129km² Einwohner 4,3 Mil	Fläche 13 812km² Einwohner 0,6 Mill	Fläche 56 538km² Einwohner 4,6 Mil	Fläche 25 713km² Einwohner 2 Mil	Fläche 20 251km² Einwohner 1,9 Mil	Fläche 55 968km² Einwohner 5,7 Mil	Fläche 10 887km² Einwohner 1,7 Mil	Fläche 21 506km² Einwohner 2 Mil
14,5%	9,4%	5,6%	10,9%	0,8%	11,1%	17,6%	5,8%

Nettoeinkommen (in Dinar pro Monat)

Bosnien und Herzegowina	Montenegro	Kroatien	Mazedonien	Slowenien	Serbien	Kosovo	Vojvodina
Fläche 51 129km² Einwohner 4,3 Mil	Fläche 13 812km² Einwohner 0,6 Mill	Fläche 56 538km² Einwohner 4,6 Mil	Fläche 25 713km² Einwohner 2 Mil	Fläche 20 251km² Einwohner 1,9 Mil	Fläche 55 968km² Einwohner 5,7 Mil	Fläche 10 887km² Einwohner 1,7 Mil	Fläche 21 506km² Einwohner 2 Mil
15.056	13.270	17.316	13.127	18.259	15.063	12.783	16.155

ABBILDUNG 4: AUSGEWÄHLTE SOZIOGRAPHISCHE DATEN 1983⁹⁵

(QUELLE: STATISTIČKI GODIŠNJAK JUGOSLAVIJE 1984, BEOGRAD 1984, SEITE 409, 443,457, HARENBERGS WELTREPORT, HARENBERG LEXIKON-VERLAG, 1990, GRAFIK: PANZHOF, ALEXANDER)

Durch den slowenischen „Austritt“ aus diesem Staatenbund und die dadurch entstandene Verwirklichung einer eigenen Nation, wurde natürlich auch die politische Macht in die Eigenverantwortung getragen. Eine der Hauptaufgaben der slowenischen Regierung war und ist es zweifelsohne, einen gesamtgesellschaftlichen Umdenkprozess einzuleiten, der sich in gewissen

⁹⁵ An dieser Darstellung, ein Auszug einer Statistik aus dem Jahre 1983, werden die enormen Unterschiede Sloweniens gegenüber den anderen Republiken ersichtlich gemacht.

Bereichen auf Grund alter Denkmuster und Verhaltensweisen äußerst langwierig gestalten kann. Wie bereits weiter oben erwähnt, hatte Slowenien jedoch für die Befriedigung und Sicherstellung gemeinsamer Bedürfnisse seiner Bevölkerung eine andere Ausgangslage.

5.4.1 Aufrechterhaltung sozialistischer Ideologien im politischen Alltag Sloweniens

Es liegt klar auf der Hand, dass zwei Dekaden nach der Erlangung der slowenischen Souveränität in der pluralistischen Republik die Ausübung von Demokratie längst dem gesellschaftlichen Alltag entspricht.

Im europäischen Vergleich gibt es allerdings immer noch Segmente, in denen der Staat großen Einfluss nimmt. Vor allem die noch immer eng vorhandene Verstrickung zwischen Politik und Wirtschaft kann als Transformationsmangel aufgezeigt werden. Die Ursache dafür wird im Systemwechsel gesehen, der nicht zeitgleich mit einem Generationswechsel einherging und somit die gleichen Personen an den Schalthebeln der Macht in Wirtschaft und Politik verbleiben konnten. Aus persönlicher Erfahrung sei hier jedoch festgehalten, dass auch in der jüngeren Generation kommunistisches Gedankengut durchaus noch verinnerlicht ist.

Tatsache ist, dass durch die Verdichtung von Politik und Wirtschaft eine Atmosphäre geschaffen wird, welche ausländische Investoren von einem möglichen Erwerb an Anteilen slowenischer Unternehmen abhält und somit den notwendigen Privatisierungsprozess verlangsamt.

Zwar ging bei den ersten freien Wahlen in Slowenien, die in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage und dem beginnenden Zerfall des jugoslawischen Staatenbundes stattfanden, das oppositionelle Wahlbündnis DEMOS als eindeutiger Sieger hervor, gegen die Reorganisation der Kommunisten hatte es jedoch nichts Wirksames entgegensetzen. Ehemalige führende Politiker der

alten kommunistischen „Garde“ haben somit wichtige staatspolitische Ämter ihrem Einflussbereich aufrecht erhalten können.

5.4.2 Sloweniens vorbildliche Minderheitenpolitik

Trotz der Tatsache, dass sich ein „Alt-kommunistisches“ Netzwerk innerhalb der slowenischen Politik etabliert hat und seine möglichen Auswirkungen von der Europäischen Union im Beitrittsprozess aufgezeigt wurden, fungiert Slowenien in einem anderen Bereich als Musterland. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Transformation wurde der Umgang mit nationalen Minderheiten neu festgelegt und gilt innerhalb Europas vorbildhaft.

Die slowenische Verfassung unterscheidet prinzipiell deutlich zwischen Volksgruppen und Gemeinschaften. Nur die ungarische und italienische Volksgruppe besitzen den Minderheiten- bzw. Staatsgründungsstatus, welcher in folgenden Rechten erkennbar ist:

- Geographisch deklarierte zweisprachige Gebiete, in denen die Sprachen der Minderheiten der Sprache der Slowenen ebenso anerkannt ist wie z. B.: die Ortsbenennungen, die Benennung von Institutionen des Staates in zwei Sprachen, Verwendung der Muttersprache im öffentlichen und alltäglichen Leben, usw.,
- Keine Einschränkungen beim Gebrauch von Symbolen (Flagge, Hymne) der Volksgruppe,
- Inhalte, sowie Anzahl der ethnisch ausgerichteten Medien unterliegen genauso wie kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen, völliger Gestaltungsfreiheit,
- Ein Schulsystem, in dem in der Sprache der Minorität (italienisch) bzw. zweisprachig (ungarisch-slowenisch) unterrichtet wird,

und unbeachtet der jeweiligen Wahlergebnisse ist seitens der beiden Volksgruppen je ein Mitglied im slowenischen Parlament vertreten.

5.4.3 Verzögerte Gestaltung der inneren Transformation

Seit 1992 lenkte die Mitte-Links-Koalition DEMOS, gebildet aus Liberaldemokraten (LDS), Sozialdemokraten (ZLSD) und der Pensionistenpartei (DeSus), die politischen Geschicke des Landes. Doch mit den Wahlen am 3. Oktober 2004 wurde erstmals seit 12 Jahren eine innerpolitische Wende eingeleitet. Unter der Führung von Janez Janša wurde die Slowenische Demokratische Partei (SDS) mit 29,1% der Wählerstimmen (das entspricht 29 von 90 Parlamentssitzen)⁹⁶ stärkste Partei.

Janša ging eine Koalition mit der Volkspartei (SLS) und der Partei Neues Slowenien (NSI) ein, die im Parlament allerdings über keine sichere Mehrheit verfügte und auf die Unterstützung der Pensionistenpartei DeSus angewiesen war. Die bis dato regierenden Liberalen Demokraten mit ihrem Ministerpräsidenten Anton Rop wurde somit abgewählt.

Mit Janez Janša wurde erstmals eine Persönlichkeit, die nicht den früheren Machteliten angehörte, das Amt des Ministerpräsidenten übertragen. Der neue Regierungschef, dessen primäre Wahlkampagne dem Kampf gegen Korruption und dem Aufbruch in eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformpolitik unter dem Motto "Slowenien auf dem neuen Weg" lag, konnte seine Regierungsarbeit mit einer breiten Unterstützung beginnen. Der Regierungswechsel wurde von vielen als Chance gesehen, endlich den benötigten Generationswechsel durchzuführen um die innere Transformation einleiten zu können. Doch der erhoffte innerpolitische Umschwung blieb aus, zudem verringerte sich auch das Einverständnis der Regierungsparteien für das 2006 begonnene Reformspaket.

Wie bereits erwähnt, konnte sich die „Alt-politische Garde“ aus den Zeiten Ex-Jugoslawiens in der neuen, auf demokratischer Basis geschaffenen Regierung, halten. Ein Indiz, dass die innerpolitische Transformation bis zum Jahr 2004 eigentlich noch nicht abgeschlossen war. Zwar wurde der Systemwechsel

⁹⁶ Vgl.: Schmitz, Cristian, <http://www.kas.de/wf/de/33.5405/> (23.11.2010).

überraschend schnell durchgeführt, die innere „Innovation“ konnte allerdings auf Grund fehlender Tatkraft bis heute noch nicht ausreichend erkannt werden.

So wurden weiterhin Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft Funktionären der ehemaligen Kommunistischen Partei übertragen. Der erste Staatspräsident der 1991 entstandenen Republik Slowenien, Milan Kučan, war bis 1989 Parteichef der slowenischen Kommunisten in der ehemaligen sozialistischen Teilrepublik. Er übte das Amt des Staatspräsidenten bis 2002 aus und wurde von Janez Drnovšek abgelöst. Drnovšek war auch vom 14. Mai 1992 - 3. Mai 2000 Ministerpräsident Sloweniens. Doch auch er übte vor der Souveränität Sloweniens hohe politische Ämter im kommunistischen Ex-Jugoslawien aus. Er war im jugoslawischen Staatspräsidium, dem höchstem Entscheidungsgremium Jugoslawiens, der Vertreter Sloweniens und von Mai 1989 – Mai 1990⁹⁷ der vorletzte jugoslawische Staatspräsident.⁹⁸ Aber auch ein Großteil der slowenischen Wirtschaft war jahrelang nach der Unabhängigkeit Sloweniens, weiterhin unter der Kontrolle „roter Direktoren“, wie ehemalige kommunistische Selbstverwaltungsmanager gerne genannt werden.

Die zwei wichtigsten Banken Sloweniens sind noch immer der staatlichen Kontrolle unterworfen. Der Grund hierfür liegt meiner Meinung nach in der Wahl des gradualistischen Weges der Transformation. Die Anpassung an eine kapitalistische Marktwirtschaft in kleinen Schritten, hielt das Interesse ausländischer Investoren in Grenzen. Vielmehr wurde auf eine inländisch, und nicht selten staatlich, kontrollierte Wirtschaft größter Wert gelegt. Auch gegenwärtig stehen die zwei größten Banken Sloweniens, die Nova Ljubljanska Banka (NLB) und die Nova Kreditna Banka Maribor (NKBM), noch immer unter staatlicher Kontrolle⁹⁹. Durch die staatliche Beteiligung im Finanzsektor werden Kreditvergaben nicht selten zu einem Machtinstrument der Politik. Der Einsatz der Banken für politische Ziele ihrer staatlichen Eigentümer ruft in der

⁹⁷ Vgl.: <http://www.europa-auf-einen-blick.de/slowenien/politik.php> (02 12 2010).

⁹⁸ Vgl.: Petelin, Sascha, Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien, Bericht des BIOst Nr. 35/1997, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1997, Seite 13.

⁹⁹ Vgl.: http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/sloweniens_banken_als_spielball_der_politik_1.2630911.html/ (02 12 2010).

Bevölkerung naturgemäß Empörung hervor. Sollten sich die Banken doch an die Gegebenheiten des freien Marktes orientieren und ihre strategischen Ziele auch dort ausrichten.

5.4.3.1 Neue Schritte in Richtung innere Transformation

Im Herbst 2004 wurde unter der Schirmherrschaft der zweiten Parlamentskammer ein wichtiger Beitrag zur kritischen Bewertung des jugoslawischen Regimes erbracht.¹⁰⁰

Im Zuge eines auf privater Initiative beruhenden Projektes, wurde durch einige Wissenschaftler ein Symposium für die Disziplinen Geschichte, Recht und Philosophie zum Thema „Kriegs- und Revolutionsopfer“ organisiert. Ziel war es, die Machtübernahme nach dem zweiten Weltkrieg sowie deren undemokratischen Charakter zu analysieren und bewerten. Hatten die Teilnehmer differenzierte Weltanschauungen und politische Einstellungen, war ihnen allerdings das Interesse an Freiheit, Demokratie und wissenschaftlicher Ethik gemein. Es wurde eine Einigung getroffen, eine gemeinsame Einleitung für einen die Vorträge veröffentlichen Sammelband zu publizieren. Dieser ist gegenwärtig noch immer das kompetenteste Nachschlagewerk für die kritische Bewertung des durch die Kommunisten hervorgegangenen Jugoslawiens. Die hohe Bedeutung des Symposiums lag allerdings in der darauffolgenden politischen Entscheidung, eine Kommission einzurichten, welche für die Aufdeckung geheimer und anonymer Massengräber und für Mahnmale zur Erinnerung an die Kriegs- und Revolutionsopfer zuständig war. Eine Entscheidung, die sich definitiv gegen eine kommunistische Ideologie richtet.¹⁰¹

¹⁰⁰ Vgl.: <http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/svg/deindex.htm> (02 12 2010)

¹⁰¹ ebenda.

6. Slowenien wird International – ein Auszug der bedeutendsten Mitgliedschaften

6.1 Die Aufnahme in die Vereinten Nationen

Die einzige Einrichtung, welche globalpolitisch als internationale Gemeinschaft Bestand hat, ist die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, die Vereinten Nationen (in Folge VN) . Mit ihren internationalen Organisationen bildet die Familie der VN ein beinahe vollständiges multilaterales Interaktionsforum, dessen wesentlichstes Merkmal in der Universalität der Mitgliedschaft liegt, da sie – mit Ausnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Taiwan und den Vatikanstaat¹⁰² – alle Staaten umfasst.¹⁰³ Die Vereinten Nationen besitzen, als das qualitativ höchste Instrumentarium der internationalen Politik, folglich das Primat der völkerrechtlichen Anerkennung.

Sloweniens Aufnahme in die internationale Gemeinschaft wies gewissermaßen eine geopolitische Dualität auf, da die Bundesrepublik Jugoslawien eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen war und am 19. Oktober 1945 die Charta der UNO mitratifizierte.¹⁰⁴ Die, durch den Krieg bedingte, Neuordnung des südslawischen Raumes und daraus entstandenen veränderten Grenzen, ermöglichten der ehemaligen Teilrepublik eines Staatenbundes mittlerweile eine unabhängige Aufnahme als eigene Republik. Slowenien wurde am 22. Mai 1992 Mitglied der Vereinten Nationen. In den Jahren 1998 und 1999 war die Republik Slowenien im bedeutendsten Organ der VN, dem Sicherheitsrat, für zwei Jahre als nicht ständiges Mitglied und unterstreicht meiner Ansicht nach somit einmal mehr den Transformationswillen Sloweniens. Ist doch der Internationale Strafgerichtshof beim Sicherheitsrat angesiedelt, der unter anderem mit den Agenden der Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren

¹⁰² Vgl.: Der Fischer Weltalmanach 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 548.

¹⁰³ Vgl.: Michal-Misak, Silvia/Quendler, Franz, VII.5, Österreich in internationalen Organisationen, Kapitel 4. Die Vereinten Nationen im internationalen System, In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos, Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, Seite 908 – 909.

¹⁰⁴ Vgl.: <http://www.crp-infotec.de/06orgs/uno/mitgliederentw.html> (28.03.2010).

Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht¹⁰⁵ betraut wurde. Diese wirkten – politisch und militärisch – wiederum nicht erst ab der Unabhängigkeit Sloweniens sondern auch in einer Zeit, in der Slowenien als Teilrepublik Jugoslawiens gesamtstaatliche Mitverantwortung trug. Die Mitgliedschaft bot der kleinen Republik eine internationale Bühne für Strategien der Konfliktlösung und –verhütung.

6.1.2 World Health Organization (WHO) - Sloweniens Engagement in der Weltgesundheitsorganisation

Am 7. Mai 1992 wurde Slowenien Mitglied bei der Weltgesundheitsorganisation (in Folge WHO), deren Hauptaufgabe es ist, gesundheitspolitische Themen über den Rahmen der jeweiligen staatlichen Gesundheitsorganisationen der einzelnen Mitgliedsländer aufzugreifen und zu bearbeiten. Ziel ist es, den bestmöglichen Gesundheitszustand aller Völker herbeizuführen. Weitere Aufgaben sind unter anderem die Bekämpfung und Ausrottung von Weltseuchen und die Aufstellung internationaler Normen für Arzneimittel.¹⁰⁶

Slowenien hat eine Vorreiterrolle in der Bewältigung gesundheitlicher Ungleichheit eingenommen. Bei einem in Slowenien durchgeführten hochkarätigen Forum, welches 2011 stattfand, wurden einerseits die Teilnehmer angeregt, durch regierungsinterne Entschlossenheit und Abstimmung zu agieren und andererseits länderübergreifende Zusammenarbeit ins Auge zu fassen. Diese Aspekte wurden als elementare Voraussetzungen für den Abbau von Ungerechtigkeit und die Weiterentwicklung im Gesundheitswesen genannt. Die aktive Rolle Sloweniens in der Entwicklung der Gesundheit wurde dabei besonders hervorgehoben. Ziele der europäischen Gesundheitspolitik sind insbesondere:

- Kindheit und Jugend sowie Bildung und Familie,
- Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen,

¹⁰⁵ Vgl.: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_08/sp08-47pdf (30 03 2011).

¹⁰⁶ Vgl.: <http://www.gbe-bund.de/glossar/Weltgesundheitsorganisation.html> (30 03 2011).

- gesellschaftliche Ausgrenzung,
- Bruttoinlandsprodukt und Besteuerung sowie Einkommen und Wohlfahrt,
- Nachhaltigkeit und Gesellschaft,
- Vorbeugung und Therapie von Erkrankungen,
- Fragen der Gleichstellung,
- Senioren.¹⁰⁷

6.1.3 Vom Kreditnehmer zum Kreditgeber – Sloweniens Entwicklung innerhalb der Weltbank

Durch die Sezession wurde, wie bereits erwähnt, der Markt Sloweniens durch den Wegfall des jugoslawischen Raumes extrem minimiert. Dieser und andere marktwirtschaftliche Faktoren führten Slowenien am 15. Jänner 1993 zur Mitgliedschaft in die Weltbank. Sie ist im Grunde genommen eine durch fünf Institutionen bestehende Organisationseinheit, welche die Weltbankgruppe bilden. Diese Bankengemeinschaft umfasst die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), die Internationale Finanz-Corporation (IFC), die Internationale Investitions-Agentur (MIGA) und das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID).¹⁰⁸

Hauptaufgaben der Weltbankgruppe sind die zinsgünstige Vergabe von Krediten an ökonomisch stärkerer Entwicklungsländer zum Abbau von Armut und zur Wirtschaftswachstumsförderung, die Vergabe zinsloser Kredite, die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern, die Funktion als internationale Schlichtungsstelle von Investitionsstreitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und ihren Gastländern sowie die Initiierung ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch Garantien.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Vgl.: <http://www.euro.who.int/de/what-we-do/health-topics/health-determinants/socioeconomic-determinants/news/news3/2011/02/slovenia-committed-to-reducing-health-inequalities> (30.03.2011).

¹⁰⁸ Der Fischer Weltalmanach 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 557.

¹⁰⁹ Vgl.: Tellmann, Udo, <http://www.wirtschaftsdeutsch.de/lehrmaterialien/org-weltbank.pdf> (12.04.2011).

Obwohl meiner Ansicht nach Slowenien nicht einem klassischen Entwicklungsland¹¹⁰ zugeordnet werden konnte, nahm es die Hilfe der Weltbank in Form von Kreditvergaben in Anspruch. Die Entstehung des neuen Staates und die damit verbundenen Erneuerungen im Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsbereich machten diesen Schritt notwendig.

Mittlerweile hat es Slowenien als einziges, der 2004 zur Europäischen Union beigetretenen Mitgliedsstaaten geschafft, vom Kreditnehmer zum Kreditgeber der Weltbankgruppe zu werden. Das ehemals kommunistische Land nimmt somit die Mittel der Weltbank nicht mehr in Anspruch, sondern wirkt nunmehr als Kreditgeber bei der Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) mit, deren Hauptaufgabe die Vergabe von zinslosen Krediten an die ärmsten Mitgliedsländer ist.¹¹¹

Zudem wird Slowenien seine Vermittlerrolle zwischen der Weltbank und Südosteuropa verstärken um die eigenen Transformationserfahrungen in dieser Region weiterzugeben. Auf Grund seiner geographischen Lage wirkt die Republik außerdem noch als ökonomische Brücke zwischen der Europäischen Union und jenen Ländern im südosteuropäischen Raum, die den Weg nach Europa eingeschlagen haben und auf slowenische Erfahrungen zurückgreifen können.¹¹²

6.2 Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Am 24. März 1992 trat Slowenien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (in Folge OSZE) bei. Sie ist ein europäisch flächendeckender sicherheitspolitischer und auf gemeinsame Arbeit ausgerichteter

¹¹⁰ Vgl.: Duden, Deutsches Universalwörterbuch, 5., überarbeitete Auflage, , Entwicklungsland: „...im Vergleich zu den Industrienationen wirtschaftlich unterentwickeltes Land...“ Dudenverlag, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich, Seite 473.

¹¹¹ Vgl.: <http://www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE28E143E68888825F6/Doc~E92D717B4CFEA463AB5F64B0996F33C79~A.Tpl~Ecommon~Scontent.html> (28.03.2011).

¹¹² ebenda.

Zusammenschluss aus 56 Mitgliedsländern. Ihre Existenzberechtigung geht aus einer regionalen Vereinbarung von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen hervor. Die OSZE fungiert als Frühwarnungs-, Konfliktverhütungs-, Krisenmanagement und Konfliktnachsorgesystem, welches einer umfassenden und kooperativen Sicherheitsdoktrin unterliegt. Sie umfasst die Belange der politischen und militärischen Sicherheit, der wirtschaftlichen und ökologischen Sicherheit und der menschlichen Sicherheit. Alle Mitgliedsstaaten sind gleichberechtigt. Beschlüsse sind politisch, allerdings unterliegen sie keinem internationalen Recht.¹¹³

Der Vorsitz wird jeweils für ein Jahr von einem der 56 Teilnehmerstaaten übernommen. Das organisatorische Segment übernimmt das in Wien angesiedelte Sekretariat, geleitet vom Generalsekretär der OSZE. Hohe Bedeutung erlangen die Wahlbeobachtermissionen, welche den demokratischen Ablauf in den jeweiligen Regionen, in denen Wahlen durchgeführt werden, überprüfen und dokumentieren. Die Aufgabenerfüllung der Wahlbeobachtungen unterliegt dem in Warschau ansässigen Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), welches seit 1. Juli 2008 von einem slowenischen Diplomaten geleitet wird.¹¹⁴

Doch schon zuvor hatte Slowenien eine aktive Rolle. Am 1. Jänner 2005 übernahm Slowenien den OSZE-Vorsitz, deren oberste Priorität die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu verbessern war. Die Bekämpfung von Terrorismus und Intoleranz fielen genauso in den Aufgabenbereich der slowenischen Vorsitzperiode wie die Bearbeitung und Verbesserung von Migrations- und Integrationsfragen.¹¹⁵

¹¹³ Vgl.: <http://www.osce.org/de/secretariat/13699> (05 04 2011)

¹¹⁴ Vgl.: <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/osze.html> (05 04 2011)

¹¹⁵ Vgl.: <http://www.llv.li/amtsstellen/llv-pia-pressemitteilungen/pressemitteilungen-alt.htm?pmid=54773> (05 04 2011)

6.3 The North Atlantic Treaty Organization (NATO)

6.3.1 Die Entstehung der NATO

Mit Beendigung des 2. Weltkrieges im Jahre 1945 beobachteten die sich im militärischen Abbau befindlichen westeuropäischen Staaten und die USA die Entwicklungen in der Sowjetunion. Schon bald wurde klar, dass die UdSSR ihre eigenen Streitkräfte aber nicht verringerte und die Sorgen nach neuen Eskalationen erhöhten sich, nachdem die Unabhängigkeit einiger europäischer Staaten bedroht war. Zudem kam der Einmarsch der Sowjetarmee in die Tschechoslowakei und die widerrechtliche Blockade Berlins hinzu. Im April 1949 unterzeichneten die zwölf Gründungsstaaten den Vertrag der nordatlantischen Allianz, der auf gegenseitigen Sicherheitsgarantien und Verpflichtungen sowie der Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems der Mitgliedsstaaten ausgelegt war. Oberstes Ziel der Nato ist die Gewährleistung und Beibehaltung der Freiheit und Sicherheit - mit politischen und militärischen Mitteln - ihrer Mitgliedsstaaten, basierend auf dem Nordatlantikvertrag und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.¹¹⁶

6.3.2 Sloweniens Mitwirken in der NATO

Vorausgegangene politische Überlegungen begründeten den Aufnahmewunsch in die sicherheitspolitische Allianz. Als NATO-Mitgliedsstaat würde Slowenien einen wesentlichen Einfluss auf die regionale Sicherheitslage am Balkan haben und es würde zudem zu einer sicherheitspolitischen Entlastung im südosteuropäischen Raum kommen. Des Weiteren würde für die restliche Region ersichtlich werden, dass Slowenien die demokratischen Prinzipien einhält und schätzt. Da Slowenien – wie übrigens auch Jugoslawien – selbst nie Mitglied des Warschauer Paktes war, beweist, dass sich die Mitgliedschaft nicht gegen Russland richten würde. Auch der Aufbau der slowenischen Streitkräfte war von Beginn an auf NATO Standards ausgerichtet. Außerdem würden bei einer Aufnahme Sloweniens keine, bzw. keine hohen Kosten anfallen. Weitere

¹¹⁶ Vgl.: Nato Handbuch, 2001, Office of Information and Press, NATO -1110 Brussels –Belgium, HB0801GER, NATO 2001, KAPITEL 1, WAS IST DIE NATO?, Seite 31 – 35.

Gründe für eine positive Aufnahme waren die stabile Lage, der absehbare Abschluss des Privatisierungsprozesses, die hohe Qualität des Minderheiten-Menschenrechtsschutzes, die demokratische Kontrolle der Landesverteidigung sowie die allgemeine sicherheitspolitische Stabilität Sloweniens mit seinen Nachbarländern.¹¹⁷

Unter anderem ermöglichten die oben genannten Aspekte, sowie der Wille zur Verantwortungsübernahme, Slowenien am 29. März 2004 die Aufnahme in die NATO. Doch schon lange vor dem NATO Beitritt engagierten sich die slowenischen Streitkräfte in Form von PfP - Einsätzen im Ausland. Der erste slowenische Auslandseinsatz fand 1997 in Albanien statt, bei dem humanitäre Hilfeleistung für die lokale albanische Bevölkerung durchgeführt wurde.¹¹⁸

6.3.2.1 Sloweniens Streitkräfte in internationalen Einsätzen

Die Einbindung slowenischer Soldaten in internationale Missionen gestaltete sich auf Grundlage diverser Reformen des slowenischen Verteidigungsministeriums. Die allgemeine Sicherheitssituation sowie die nationalen Interessen waren ausschlaggebend, für den seit 1997 langsam voranschreitenden Anstieg an Auslandseinsätzen der slowenischen Armee. Die Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen unter der Führung der NATO, der EU oder der UNO bringt den Slowenen eine hohe internationale Reputation, da der Staat aktiv die Rolle als Friedensvermittler und Stabilitätsgarant vertritt.¹¹⁹

Obwohl das Kerninteresse Sloweniens, sicher auch auf Grund der Sprachähnlichkeiten, in Südosteuropa liegt, engagiert es sich auch in anderen Regionen.

¹¹⁷ Vgl.: Vgl.: Hostnik, Ivan, http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_nps_03_vid.pdf (12 05 2011).

¹¹⁸ Vgl.: Hohmann, Jens, Slowenien - Internationale Militäreinsätze - International Military Operations: <http://www.globaldefence.net/artikel-analysen/7236-slowenien-internationale-militaereinsaetze-international-military-operations.html> (11 04 2011).

¹¹⁹ ebenda.

Den Beginn der Teilnahme an internationalen Einsätzen und die dadurch den slowenischen Streitkräften zugetragenen Aufgabenbereiche führt Marko Pislar wie folgt an:¹²⁰

Die erste internationale Mission fand von Mai bis Juli 1997 in Albanien statt. Ausgestattet mit einem UN-Mandat wurde unter Kontrolle der OSZE ein slowenisches Kontingent in der Stärke von 21 Mann für die medizinische Versorgung abgestellt. Von Mai bis Juli 1999 war die zweite Mission in Albanien für slowenische Armeeangehörige durchzuführen. Diesmal unter der Schirmherrschaft der NATO und wiederum mit dem Auftrag der humanitären Hilfeleistung. Unter UN-Mandat wurden von September 1997 bis Juni 2001 slowenische Soldaten in Zypern eingesetzt, um die Überwachung des Waffenstillstandes zwischen der türkischen und griechischen Volksgruppe sicherzustellen. Ebenso wurden ab 1998 slowenische Offiziere im nahen Osten als Militärbeobachter eingesetzt, um das Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Syrien zu überwachen. Eine weiterer UN-Einsatz an der Slowenien teilnahm war die Mission UNMIK (United Nations Mission for Interim Administration in Kosovo). Von Oktober 1999 bis Dezember 2000 war ein Offizier im Koordinationszentrum für Entminung für die Planung zur Entminung des Kosovo mitverantwortlich. Unter der Führung der NATO beteiligte sich Slowenien an der Sicherung der Umsetzung des militärtechnischen Abkommens zwischen dem Kosovo und der nordatlantischen Allianz. Ebenso wurden die Agenden der zivilmilitärischen Beziehungen und der Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Ab November 2003 wurden weitere slowenische Soldaten entsandt, um operativ an einem friedensunterstützenden Einsatz mitzuwirken.¹²¹

Ebenfalls unter NATO Kommando beteiligten sich die Slowenen in Bosnien und Herzegowina, unter anderem auch mit der Bereitstellung von Fluggerät, an logistischen Aufgaben sowie an militärpolizeilichen Angelegenheiten. Ab dem Jahr 2000 kamen noch Sanitätsaufgaben hinzu, um rasche medizinische Hilfe

¹²⁰ Vgl.:Pislar, Marko, <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=127> (12.05.2011).

¹²¹ ebenda.

für andere ausländische Kontingente der Mission leisten zu können. Im Jänner 2003 wurde zusätzlich eine slowenische Kampfeinheit entsandt, um andere Kontingente beim Streifendienst, der Überwachung von Waffenlagern und Überwachung der Entminung des Geländes zu unterstützen.

Mittlerweile waren bzw. ist Slowenien im Kosovo, Afghanistan, Libanon, Syrien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien und in Somalia¹²² militärisch vertreten.

Insbesondere die Tatsache, dass sich Slowenien in zwei ehemaligen Teilrepubliken und einer autonomen Region Ex-Jugoslawiens militärisch einbringt, zeigt meiner Meinung nach nicht nur, dass sich das kleine Alpen Adria Land von seinem ehemaligen Staatenbund bereits völlig emanzipiert hat, sondern auch, dass die oben erwähnte sicherheitspolitischen Entlastung des Balkans durch slowenisches Engagement voll zum tragen kommt.

6.4 Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

In Folge der schweren wirtschaftlichen Schäden und der Neugestaltung Europas nach dem 2. Weltkrieg, entstand 1948 die Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit aus der sich 1961 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD¹²³) herauskristallisierte. Sie dient den Mitgliedsländern als Forum und Koordinationsstelle für die sich auf Grund der Globalisierung neu gestalteten Entwicklungen in den Bereichen der Sozial-, Umwelt-, und Wirtschaftspolitik. Dabei werden insbesondere Strategien entwickelt, um die Wirtschaftsentwicklungen und Beschäftigungspolitik in den Mitgliedsländern zu

¹²² Vgl.: <http://www.slovenskavojska.si/en/international-cooperation/> (12.05.2011).

¹²³ Vgl.: Duden, Das Fremdwörterbuch, OECD... "Organization for Economic Cooperation and Development"..., 9. aktualisierte Auflage, Dudenverlag, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich, 2006, Seite 721.

optimieren. Zudem sollen der Lebensstandard und das weltwirtschaftliche Wachstum verbessert bzw. erhöht werden.¹²⁴

Mit der am 27. Mai 2010 beschlossenen slowenischen Aufnahme in die OECD (gemeinsam mit Israel und Estland) erweiterte sich die Organisation auf insgesamt 34 Mitgliedsstaaten und die kleine Republik wurde zum global player in der internationalen Hochfinanz. Unter anderem führten die slowenischen Wirtschaftsreformen sowie das Engagement in der Korruptionsbekämpfung zu diesem Schritt.¹²⁵

Doch auch das tüchtige Slowenien blieb von der - 2008 durch die Lehman Brothers Investmentbank ausgelöst - beginnenden internationalen Finanzkrise nicht verschont. Trotz der Tatsache, dass das Land lange Zeit als EU-Musterschüler galt, stieg die Arbeitslosigkeit seit 2008 wieder an. Die Ursache lag in der auf zyklisch bedingten Waren ausgerichteten Exportindustrie.¹²⁶

Einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Sloweniens bildet die Automobilbranche. Die Anfertigung von Kfz-Teilen wie beispielsweise Komponenten von Bremssystemen oder Sitze, ließ die Zulieferungsindustrie in den letzten Jahren sehr stark wachsen. Mit Beginn der Finanzkrise begann sie jedoch zu stagnieren und die Erwirtschaftung aus dem Exporthandel fiel im Beobachtungszeitraum von Jänner bis Mai 2007 von ca. 3,3 Milliarden Euro und Jänner bis Mai 2008 auf ca. 1,5 Milliarden Euro hinab.¹²⁷

Im Jahr darauf stiegen die Exporte zwar wieder an, jedoch ohne erwähnenswerte Reduzierung der Arbeitslosenquote. Laut OECD gibt es dafür zwei Gründe. Einerseits unterliegt der slowenische Arbeitsmarkt einer starken

¹²⁴ Vgl.: <http://www.kooperation-international.de/oecd/themes/international/fub/multilateral/organisation/aufgaben/#subtyp187> (11 04 2011).

¹²⁵ Vgl.: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=551738&dstid=625 (04 11 2011).

¹²⁶ Vgl.: Geyer/Herbert, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/slowenien-der-musterschueler-muss-nachsitzen-460000/index.do> (11 04 2011).

¹²⁷ Vgl.: Deutsch-Slowenische Industrie und Handelskammer, Marktanalyse Slowenien 2009/2010 Umwelt, Metallverarbeitung und Zulieferindustrie, Studie im Auftrag von Baden-Württemberg International, Seite 32-33.

Regulierung, sodass der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn schon über 50% des Durchschnittslohnes ausmacht und andererseits wird die schleppende Privatisierung in der Produktionsindustrie kritisiert. In diesem Bereich fehlt es an ausländischen Direktinvestitionen.¹²⁸

Des Weiteren wird seitens der OECD festgehalten, dass es auch im Banken- und Versicherungswesen ein großes strukturelles Defizit gibt, da es zu sehr der staatlichen Kontrolle obliegt. Durch den direkten Eingriff des Staates in die slowenische produzierende Wirtschaft- insbesondere über den Restitutionsfonds sowie den Pensionsfonds – verliert Slowenien massiv an Attraktivität für ausländische Investoren. Fünf, der neun größten Unternehmen an der Börse von Ljubljana, stehen unter Kontrolle der beiden oben genannten Fonds. Dieser Umstand führt die OECD wiederum zu der Empfehlung, den staatlichen Einfluss zu minimieren und das slowenische Arbeitsrecht zu liberalisieren um die Produktivität anzukurbeln. Des Weiteren werden auch die Budgetpolitik und das Bildungssystem beanstandet. Ersteres unter anderem deswegen, weil eine nachhaltige Konsolidierung mit den bis jetzt vorgesehenen Sanierungsschritten nicht erreichbar ist und weiters das gegenwärtige Pensionssystem bis zum Jahre 2060 ein staatliches Defizit von sieben Prozent entstehen lassen würde. Im Bildungsbereich hingegen wird in der Tertiärstufe, welche Universitäten und Fachhochschulen betreffen, zu wenig Geld verwendet. Das Studieren wird dadurch erschwert - indem beispielsweise neben dem Studium mehreren Beschäftigungen nachgegangen werden muss- und die Studienzeit gegenüber anderen europäischen Ländern dadurch überdurchschnittlich lange dauern.¹²⁹

¹²⁸ Geyer/Herbert, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/slowenien-der-musterschueler-muss-nachsitzen-460000/index.do> (11 04 2011).

¹²⁹ ebenda.

7. Sloweniens Anstrengungen für einen EU-Beitritt

7.1 Frühere Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Bereits 1970 begannen Jugoslawien und die EG wirtschaftspolitische Verträge auszuhandeln, die beiden Seiten – insbesondere im Zollsystem – Vorteile brachten. Da diese Verträge temporären Charakter hatten, wurden sie nach Auslaufen der Gültigkeit zeitlich und inhaltlich erweitert. Die Abkommen betrafen im Grunde genommen nur den Handel. Vorschriften wurden erleichtert, sodass Zölle und quantitative Begrenzungen aufgehoben wurden.¹³⁰ Als damalige Teilrepublik Jugoslawiens hatte Slowenien – wie auch die restlichen Teilrepubliken – erste ökonomische Berührungen zur EG.

Das Jugoslawien nie den Warschauer Pakt Staaten angehörte und somit blockfreie Politik betrieben wurde und des weiteren, dass sich das kommunistische Land vom Sowjetkommunismus inhaltlich abwandte, trug möglicherweise dazu bei, überhaupt Verhandlungen mit einer westlich ausgerichteten Institution aufnehmen zu können.

7.2 Slowenische Überlegungen eines möglichen EU-Beitrittes - Euphorie versus Zurückhaltung

Der Hintergrund der Slowenen, der EU beizutreten, war gemäß einem Bericht von Viljem Gogala¹³¹ nicht die Gemeinschaft selbst. Obwohl Jugoslawien gegenüber anderen kommunistischen Ländern eher liberal regiert wurde und die damalige Teilrepublik Slowenien die Chance hatte, zur wirtschaftlich am stärksten entwickelte Teilrepublik zu avancieren, konnte sich Slowenien auch Jahre nach seiner Sezession ökonomisch keinen falls mit seinen Nachbarländern Italien und Österreich messen, die beide schon EU-Mitglieder waren. Aber auch andere Bereiche konnten noch nicht den Standard anderer europäischer Länder erreichen, sodass die Gesamtentwicklung noch nicht reif

¹³⁰ Vgl.: Hren, Karl, Die EU-Osterweiterung und EU-Lobbying am Beispiel der Republik Slowenien, Diplomarbeit, Wien 1998, Seite 18.

¹³¹ Vgl.: Gogala, Viljem, Südosteuropa 7-8/00, Der EU-Beitritt aus slowenischer Sicht, R Oldenbourg GmbH – Südost Institut, München 2000, Seite 346 – 357.

war, um eine staatliche „Systemerneuerung“ zu erkennen. Der durch das jugoslawische Modell verursachte Entwicklungsrückstand Sloweniens, rief ein besonderes Verlangen für eine wirtschaftliche und politische Veränderung hervor. Die Integration in die EU sollte somit einerseits die Modernisierung des Staates beschleunigen und andererseits - auf Grund der institutionellen Veränderungsforderungen der EU - einen Rückfall in ein diktatorisches System verhindern und Slowenien folglich eine demokratische Zukunft sichern.

Doch, so Gogala weiter, gab es nicht nur positive Haltungen zu einem möglichen EU-Beitritt. Da Slowenien eine sehr traditionelle Geschichte aufweist und nationale Interessen oftmals im Vordergrund stehen, hatten die Slowenen größte Bedenken gegenüber der Aufteilung der politischen Unabhängigkeit. Dies hat sicher auch damit zu tun, dass die Nation erstmals in ihrer Geschichte wirklich Souverän ist. Die dadurch entstandene Verknüpfung in die heimische Wirtschaft erschwerte es bis in die Gegenwart hinein, ausländischen Investoren in Slowenien Fuß zu fassen. Aber auch die Frage der Eigentumsverhältnisse, die Zukunft der Landwirtschaft, der Außenhandel sowie die komplette Umstrukturierung der Marktwirtschaft schürten Angst vor einem EU-Beitritt.¹³²

7.3 Anfängliche Schwierigkeiten

7.3.1 Italien blockiert

Die ersten diplomatischen Beziehungen zwischen Slowenien und der EU wurden am 13. April 1992 aufgenommen welche am 10. Juni 1996 zur Vorlage des Beitrittsantrages für die Aufnahme in die Mitgliedschaft mündeten. Am 31. März 1998 begann der reale Beitrittsverhandlungsprozess.¹³³

Wer heutzutage an die slowenische Küste reist, wird merken, dass in vielen Regionen italienisch-slowenischsprachige Ortstafeln die Gemeinden prägen.

¹³² ebenda.

¹³³ Vgl.: Tehovnik, Alexandra, Die EU-Integration der Republik Slowenien unter besonderer Berücksichtigung der Immobilienfrage, Diplomarbeit, Wien 2001, Seite 45 – 46.

Zudem spricht die lokale Bevölkerung – insbesondere die ältere Generation - auch italienisch.

Die Gründe hierfür liegen in der Tatsache, dass Slowenien während des zweiten Weltkrieges von Italien besetzt war. Nach Beendigung der Kriegsgeschehnisse kam es zur Neuordnung der Küstenregion, wobei Triest an Italien fiel. Bei den Gebieten, die bei Jugoslawien verblieben, wurde das italienische Eigentum verstaatlicht.

Italien, welches immerhin eines der sechs Gründungsmitglieder der EU ist, befand laut Michaela Binder¹³⁴ im August 1992 alle bedeutsamen Verträge, welche noch unter Jugoslawien und Italien unterzeichnet wurden, als richtig. Doch die 1994 unter Silvio Berlusconi an die Macht gelangte Regierung forderte von den Slowenen die Rückerstattung italienischen Eigentums. Dies wurde zwar in Form von Entschädigungszahlungen durchgeführt, jedoch forderte Berlusconi die Restitution von Grundbesitz was seitens der slowenischen Führung vehement abgelehnt wurde. Dies führte einerseits zur italienischen Blockade, Slowenien am Europaabkommen einzubeziehen und andererseits zum spanischen Kompromiss, der unter anderem vorsah, künftig auch Ausländern in Slowenien den Besitz bzw. Erwerb von Liegenschaften zu erlauben. Ab 1996 übernahm Romani Prodi die italienische Regierungsspitze. Die neue Politführung war mit den im spanischen Kompromiss erzielten Vereinbarungen einverstanden und ermöglichte letztendlich Slowenien, das Europaabkommen am 10. Juni mit der EU zu unterzeichnen. Der erste „diplomatische Akt“ zwischen der EG und Slowenien kann meiner Meinung nach mit der Anerkennung Sloweniens durch die EU gesehen werden.

7.3.2 Konflikte mit dem Nachbarstaat Kroatien

Schon bald nach der jugoslawischen Unabhängigkeit, war die Politik der einstigen Teilrepubliken Kroatien und Slowenien nicht mehr auf gleicher Linie,

¹³⁴ Vgl.: Binder, Michaela, „Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 13 – 16.

wie ein Bericht von Wolf Oschlies¹³⁵ erkennen lässt. Wurde bei den Souveränitätsbestrebungen noch außerordentlich kooperiert, wendete sich das „politische Blatt“ nach der Sezession. 1991 wurde von der Öffentlichkeit noch eine große Übereinstimmung wahrgenommen, verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen radikal. So wurden nach dem Zerfall Jugoslawiens kroatische Devisenguthaben auf der Ljubljanska Banka seitens der Slowenen eingezogen. Das slowenische Atomkraftwerk Krško – ein 1983 in Betrieb gegangenes slowenisch-kroatisches Projekt – lieferte ab 1998 Kroatien keinen Strom mehr. Die wohl bekanntesten Streitigkeiten betreffen allerdings die Meeres Grenze im Golf von Piran. Ein massiver innenpolitischer Fehler war auch die nicht gewollte Übernahme, mehrerer tausend – jahrelang in Slowenien lebender und arbeitender - Serben als slowenische Staatsbürger. Dies führte 2003 seitens der European Commission against Racism and Intolerance zur Feststellung, dass diesbezügliche Probleme in Slowenien noch immer Bestand haben. Die oben genannten nachbarschaftlichen Differenzen sowie innerpolitisches fragwürdiges Vorgehen in der Migrationspolitik veranlasste die EU dazu, Slowenien aufzufordern, schnelle Gesetzesänderungen herbeizuführen.

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die in Kroatien bis in die Mitte der 1990er Jahre fortbestehenden Kriegshandlungen einerseits und der im selben Zeitraum stattgefundene enorme ökonomische Aufschwung in Slowenien andererseits, dem kleinen Land einen Vorteil bei den EU Verhandlungen verschuf.

7.4 Anforderungen der EU – die Kopenhagener Kriterien

Mit dem Zerfall der politisch ideologischen Teilung der Welt zerbröselte die Weltanschauung der dem Ostblock angehörenden kommunistischen Länder. Neue, souveräne, Staaten entstanden und sie waren offenbar auf Grund des über 45 jährigen zugefügten Leides dem Westen zugeneigt. Insbesondere die

¹³⁵ Vgl.: Oschlies, Wolf, *Erweiterte EU mit slowenischen Altlasten*, Blätter für Deutsche und Internationale Politik 4/04, Blätter Verlagsgesellschaft – R Hickel U A, Köln 2004, Seite 404 – 407.

desolate wirtschaftliche Lage trieb die neuen Gebiete der Weltlandkarte zur Flucht aus den sowjetischen Fängen der Misswirtschaft hin zum Beitrittswunsch in die Europäische Gemeinschaft. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings der Wiedervereinigungsprozess Deutschlands von höchster Priorität. Die Kriegsgeschehnisse in Jugoslawien leiteten jedoch 1993, einen für die beitrittswilligen Kandidaten, entscheidenden Wandel ein. Ein deutliches Angebot wurde für die mittel- und osteuropäischen Nationen ausgearbeitet, deren Forderungen in den Kopenhagener Kriterien verankert wurden und folgendes verlangt:

Die politischen Forderungen umfassen eine institutionelle Beständigkeit, die Bindung an eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung sowie der Verpflichtung gegenüber der Einhaltung der Menschenrechte und Minderheitenschutz. Die ökonomischen Forderungen beinhalten die Existenz einer intakten Marktwirtschaft sowie die Kompetenz, den Druck des freien Wettbewerbes innerhalb der Union zu widerstehen. Dritte Forderung an die Beitrittsländer ist die Übernahme des gesamten geltenden EU-Rechts sowie deren Einhaltung auf nationaler Ebene¹³⁶ (acquis communautaire).

7.4.1 Acquis communautaire – der gemeinschaftliche Besitzstand

Auf Grund des Einmarsches der Nationalsozialisten in Jugoslawien während des zweiten Weltkrieges, wurden im November 1944 durch den Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) Gesetze beschlossen, welche sich gegen deutschsprachige Volksgruppen richteten. Ebenso betrafen sie jugoslawische Staatsbürger, die im Interesse der deutschen Besatzungsmacht zusammenarbeiteten. Die AVNOJ-Gesetze waren die gesetzliche Grundlage, Hunderttausende Deutsche und Gegner des Titoregimes zu Enteignen und zu Vertreiben. Nach der Unabhängigkeit Sloweniens wurden diese Beschlüsse mitübernommen, jedoch im Zuge der Denationalisierung gelockert. Restitutionsforderungen waren nun möglich, aber

¹³⁶ Der Fischer Weltatlas 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 32.

nur dann, wenn der Antragsteller beweisen kann, das er zu Unrecht enteignet wurde.¹³⁷

Im Sinne einer slowenischen EU-Mitgliedschaft war daher die Aufhebung dieser Beschlüsse unbedingt notwendig, entsprächen sie ja keinesfalls der Grundidee des gemeinsamen Besitzstandes innerhalb der Europäischen Union.¹³⁸

Diese, aus dem Kopenhagener Kriterien entsprungene Forderung, regelt die gesamte Rechtslage der EU und wird im gemeinschaftlichen Besitzstand – im Fachjargon unter dem Terminus „acquis communautaire“ bekannt, vereinigt.

Der *acquis communautaire* umfasst unter anderem den politischen Inhalt der Verträge (z. B.: freier Waren- und Personenverkehr), auf denen die EU aufgebaut ist, Rechtsvorschriften, Rechtsakte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Inneres und Justiz, internationale Abkommen, etc. Insgesamt besteht der *acquis communautaire* aus über fünfzehntausend Rechtsakten, auf über hunderttausend Seiten zusammengefasst, und ist für jeden Mitgliedsstaat bindend.¹³⁹

7.4.2 Kopenhagener Treffen 2002 – der Weg zum EU-Beitritt ist trotz Sloweniens Rückstand geebnet

Die EU-Beitrittsverhandlungen wurden für die zehn neuen Bewerber – unter ihnen auch Slowenien – beim europäischen Treffen in Kopenhagen abgeschlossen. Dieser Schritt ebnete den Weg zur bislang größten EU-Erweiterung da das Treffen und die daraus resultierenden Ergebnisse das Tor zur Unterzeichnung der Beitrittverträge öffnete. Doch Slowenien wurde auch mit Kritik konfrontiert. In einigen Bereichen hinkte auch der „Musterschüler“ hinten nach. Die Beseitigung der Erschwernisse für direkte Auslandsinvestitionen waren noch immer nicht erfüllt. Des weiteren musste das Amt für Nukleare Sicherheit von der Kernenergiegewinnung getrennt werden und im Transport- und Straßenbauwesen sind Adaptionen herzustellen gewesen. Auch die

¹³⁷ Vgl.: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/avnoj-bestimmungen.html> (25 05 2011).

¹³⁸ Vgl.: Olt, Reinhard, http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/03_jb00_20.pdf (25 05 2011).

¹³⁹ Vgl.: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_01/Zusatzthemen/Pdf/Acquis.pdf (25 05 2011).

Anpassung der Gesetze, welche die Migrations- und Asylpolitik sowie die Geldwäsche betreffen, mussten zu Ende gebracht werden.¹⁴⁰

7.5.1 Strukturelle Veränderungen Sloweniens – Förderungsmaßnahmen der Europäischen Union

7.5.1 Das PHARE-Programm und die INTERREG-Initiativen

Durch die Auflösung des Sowjetreiches sowie seinen Bündnissen und die dadurch entstandene Neuorientierung ehemaliger kommunistischer Staaten an den Westen bzw. deren Wunsch, der Europäischen Union beizutreten, wurde in Brüssel das PHARE-Programm ins Leben gerufen. PHARE steht für “Poland and Hungary Action for the Recovery of the Economy” und war anfänglich auch nur für Polen und Ungarn vorgesehen. In weiterer Folge wurde es allerdings auf weitere Beitrittskandidaten erweitert und als wegweisendes Instrumentarium zu einer möglichen Integration in die EU verwendet.¹⁴¹

Die drei Konzepte, welche PHARE beinhaltet und Slowenien an die EU heranführen soll, sind die innerstaatliche Umstrukturierung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ein Mehrländerprogramm.

7.5.1.1 Nationales Programm

Ersteres belief sich auf finanzielle Unterstützung zum Umbau des staatlichen Systems, welcher insbesondere öffentliche Institutionen und die Verwaltung betraf. Vor allem wurde eine Reformierung der Landwirtschaft, der Finanz, der Umwelt, Verkehr, Bildung, Forschung und Wissenschaft sowie Zusammenarbeit des Justiz- und Polizeiwesens angestrebt. Kern war natürlich das Fortschreiten der Privatisierung.¹⁴²

¹⁴⁰ Vgl.: Richter, Sandor, Die EU-Erweiterung nach Kopenhagen, Europäische Rundschau 1/03, Europaverlag GesmbH – Verein Europ Rundschau, Wien 2003, Seite 93 – 106.

¹⁴¹ Vgl.: Binder, Michaela, Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 45 – 46.

¹⁴² Vgl.: Themenpapier Nr. 9 Slowenien und die Erweiterung der Europäischen Union, http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/9a3_de.htm (16.06.2011).

Aus heutiger Sicht sind meiner Meinung nach all die Vorgaben seitens der slowenischen Führung erfüllt. Eine Ausnahme spielt dabei vielleicht der Finanzsektor. Insbesondere die slowenische Bankenlandschaft ist noch zu sehr unter staatlicher Aufsicht. Kreditvergaben an Unternehmen könnten daher politische Hintergründe beinhalten.

7.5.1.2 Grenzüberschreitende Arbeitsprogramme

Der zweite Punkt des PHARE-Programms gründete sich aus der Idee, dass eine Integration in den Europäischen Staatenbund unter anderem auch eine Verlässlichkeit zu den Nachbarstaaten voraussetzt. Das seit 1989 erklärte Ziel ist es dabei, dass nationale Grenzen für eine integrative Entwicklung zur Ausbreitung der Europäischen Vision nicht mehr eine Hürde darstellen sollten. Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erweitern, wurden 1995 die PHARE-Programme geschaffen. Zusätzlich zu den INTERREG-Initiativen sollten die PHARE-Programme die Kooperationen, an denen Österreich und Slowenien von 1995 – 1999 teilnahmen, vertiefen.¹⁴³

Zur Stärkung der Grenzregionen – sie boten beim Erweiterungsprozess besondere Chancen, aber auch Risiken – wurde im Rahmen des PHARE CBC (Cross Bordercooperation) seitens des Europäischen Parlaments ein eigener Budgettopf eingerichtet. Bei den Verhandlungen zur AGENDA 2000 wurden das PHARE-Programm sowie die INTERREG-Initiative bis zum Jahre 2006 ausgedehnt. Auf Grund der Erfahrungen in den Jahren 1995 – 1999 wurden innerhalb der Kooperationsabkommen erhebliche Defizite aufgezeigt. Diese wurden für die Periode 2000 – 2006 durch neue INTERREG-Leitlinien aufgehoben, um ein verbessertes Kooperationssystem der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zu ermöglichen.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl.: <http://event.interact-eu.net/download/application/pdf/817045> (27.05.2011).

¹⁴⁴ ebenda.

7.5.1.3 Mehrländerprogramm

Nur in bestimmten Fällen kommen Mehrländerprogramme zum Tragen. Dies betrifft vor allem jene Felder, welche zusätzlich zu den nationalen Entscheidungen der Transformationsstrategie für die Systemumwandlung eines Landes, ein besonders hoher Stellenwert beigemessen wird. Gründe dafür wären Umstände, welche eine Förderung regionaler Zusammenarbeit erfordern wie z. B.: dem Entgegenwirken einer Kostenabnahme bei gleichzeitig steigender Produktionsmenge.¹⁴⁵ Sloweniens Engagement innerhalb der Mehrländerprogramme belief sich in der Förderung der Verbesserung kleiner und mittlerer Betriebe und der Infrastruktur in den Bewerberländern.¹⁴⁶

¹⁴⁵ Vgl.: Leitlinien Für die Umsetzung des PHARE-Programms in den beitrittswilligen Ländern für den Zeitraum 2000-2006 in Anwendung des Artikels 8 der Verordnung 3906/89, http://www.forum-miast-granicznych.net/pl/files/2000_2006_phare_guidelines_de.pdf (22 08 2011).

¹⁴⁶ Vgl.: Themenpapier Nr. 9 Slowenien und die Erweiterung der Europäischen Union, http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/9a3_de.htm (16 06 2011).

8. Slowenien in der Europäischen Union (EU)

8.1 Sloweniens EU-Beitritt

Im Laufe der kurzen Lebensgeschichte Sloweniens erlebte die Republik zwar einen Krieg, die positiven Aspekte überwogen jedoch den Fortschritt des Landes. Nach der Loslösung vom hoch inflationären Jugoslawien und der damit erlangten Eigenstaatlichkeit, folgte die internationale Anerkennung. Mit der Einführung und Ausweitung der Marktwirtschaft, der Verbesserung des Ausbildungssystems sowie dem vorangetriebenen Fortschritt des Demokratieprozesses, wurde innerhalb kürzester Zeit – im Gegensatz zu Ex-Jugoslawien – die Wettbewerbsfähigkeit Sloweniens erhöht. Soziale und ökonomische Erneuerungen sowie ein starker politischer Wille machten den Staat somit zu einem angesehenen wirtschaftlichen Partner. Unter anderem erlaubten die einmalige Minderheitenpolitik sowie die Achtung der Menschenrechte Slowenien immer gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu pflegen. Im Juni 2001 wurde Slowenien für einen kurzen Augenblick die höchste Priorität der internationalen Medien beigemessen. Erstmals in der Amtsperiode des US-Präsidenten und des russischen Präsidenten, trafen sich diese persönlich.¹⁴⁷ Die kleine slowenische Ortschaft Krajn¹⁴⁸ wurde zur internationalen Politbühne als sich die beiden, damals, „mächtigsten“ Männer, George W. Bush und Vladimir Putin zu ihren ersten persönlichen Dialog trafen. Die Slowenen wollten ihren Fortschritt weiter vorantreiben und nach Erfüllung der EU-Kriterien gelang es ihnen auch.¹⁴⁹

Nach (nur) dreizehnjähriger Souveränität trat Slowenien – diesmal allerdings freiwillig – einem neuen Staatenverbund bei. Am 1. Mai 2004 war für die ehemals kleinste Teilrepublik Jugoslawiens durch den Beitritt zur Europäischen Union der Integrationsprozess in ein neues System abgeschlossen. Von den zehn neuen Mitgliedsländern die 2004 der EU beitraten, verlief der Prozess von

¹⁴⁷ Vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,139643,00.html> (14.11.2011).

¹⁴⁸ Vgl.: <http://www.stern.de/politik/ausland/gipfelgespraeche-treffen-von-bush-und-putin-in-slowenien-114330.html> (14.11.2011).

¹⁴⁹ Vgl.: Petrič, Ernest, Information über den Donauraum und Mitteleuropa, Slowenien und der Euro, IDM, Verlag & Gesamtherstellung: OSTWEST Media, Wien 2007, Seite 5.

der Antragsstellung zum Vollmitglied am schnellsten wie in der unten angeführten Darstellung ersichtlich gemacht wurde.

Die 2004 zehn neu beigetretenen EU-Mitgliedsländer

Die EU-Erweiterung 2004				
	Antrag auf EU-Mitgliedschaft	Datum der Volksabstimmung	Zustimmung zum EU-Beitritt	Wahlbeteiligung
ZYPERN	03 07 1990	keine Volksabstimmung		
MALTA	16 07 1990	08 03 2003	53,0 %	91,0 %
UNGARN	31 03 1994	12 04 2003	83,8 %	45,6 %
POLEN	05 04 1994	08 06 2003	77,4 %	58,8 %
SLOWAKISCHE REPUBLIK	27 06 1995	17 05 2003	92,5 %	52,2 %
LETTLAND	13 10 1995	20 09 2003	67,0 %	72,5 %
ESTLAND	24 11 1995	14 09 2003	66,9 %	64,0 %
LITAUEN	08 12 1995	11 05 2003	91,0 %	63,3 %
TSCHECHISCHE REPUBLIK	17 01 1996	14 06 2003	77,3 %	55,2 %
SLOWENIEN	10 06 1996	23 03 2003	89,6 %	60,3 %

ABBILDUNG 5: NEUBEITRITTE ZUR EU 2004¹⁵⁰

(Quelle: Binder, Michaela, Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 65 und 71)

¹⁵⁰ Der Zeitraum Sloweniens, war von der Antragsstellung bis zur Volksabstimmung für einen Beitritt in die Europäische Union, im Gegensatz aller anderen Bewerberländer, der kürzeste.

8.2 Erste Einbindung in den Europapolitischen Entscheidungsprozess

8.2.1 Direkte Demokratie innerhalb der EU

Alle fünf Jahre¹⁵¹ bietet das Europäische Parlament dem europäischen Wahlvolk als einziges Organ der EU, die Ausübung direkter Demokratie. Die 736 Mitglieder werden in den jeweiligen Mitgliedsstaaten vom eigenen Volk, über die nationalen Parteien, zum Europäischen Parlament gewählt.

Zu den wichtigsten Aufgaben¹⁵² des Europäischen Parlaments zählen die Verabschiedung von EU-Rechtsvorschriften, welche Bereiche wie Verbraucherschutz oder Umwelt betreffen. Aber auch von einem gewünschten Beitritt neuer Mitgliedsländer zur Europäischen Union entscheidet das EU-Parlament mit. Des weiteren fungiert es als Kontrollinstanz, um demokratische Prozesse zu überprüfen. Eine neu bestellte EU-Kommission kann beispielsweise ihre Arbeit erst dann aufnehmen, wenn sie die Zustimmung des EU-Parlaments hat. Auch die gesamten Ausgaben und Einnahmen der Europäischen Union stehen unter der Aufsicht des EU-Parlaments.

8.2.2 Europawahl 2004

Die erste „große“ Einbindung Sloweniens innerhalb des europäischen Politikprozesses war die im Juni 2004 durchgeführte Europawahl. Abhängig von den jeweiligen Parteiprogrammen der nationalen Parteien erstreckten sich die Themenbereiche von Sozialpolitik und Solidarität zwischen den Generationen über die Entwicklung ländlicher Gebiete und effiziente Verteilung von EU-Fördermitteln bis hin Wohlstand und Gerechtigkeit in Europa. Als Großereignis war der Wahlkampf allerdings nicht erkennbar, vielmehr lag laut Jernej Pikalo¹⁵³ für die großen Parteien die Strategie dahinter, die Europawahl als politische

¹⁵¹ Vgl. : Der Fischer Weltalmanach 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 515.

¹⁵² Vgl.: http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm (11.10.2011).

¹⁵³ Vgl.: Pikalo, Jernej, Slowenien in der Europäischen Union, Debeljak, Aleš / Costa Pinto, António / Pikalo, Jernej / Von Steinsdorff, Silvia / Höslér, Joachim, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2006, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 20 – 22.

Analyse für die im Oktober 2004 stattfindenden nationalen Wahlen zu verwenden. Kleinere, unscheinbare Parteien konnten jedoch auf sich Aufmerksam machen. Auch die Wahlbeteiligung war nicht besonders groß da es verabsäumt wurde, dem Wahlvolk die Bedeutung des EU-Parlaments für eigene Interessen zu veranschaulichen. Das slowenische „Bewerbungskonzept“ für das Gemeinwohl des europäischen Volkes in Form der Europawahl, lag somit hinter dem nationalen Eigenwohl. Zu diesem Zeitpunkt war in der politischen Führung Sloweniens eine Abkehr traditioneller Haltungen zu Gunsten eines erweiterten politischen Horizonts abzugeben, noch nicht erkennbar. Dennoch gab es Politiker, die sich auf der europäischen Politikbühne schon etabliert haben. Einer von ihnen ist der ehemalige slowenische Regierungschef Lojze Peterle, dessen Partei Nova Slovenija - Krščanska Ljudska Stranka (NSi) Themen wie beispielsweise Gerechtigkeit in Europa sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der slowenischen und europäischen Landwirtschaft beinhaltete. Sie errang 2004 zwei Sitze im Europäischen Parlament.

8.2.3 Slowenien führt den Euro ein

War der jugoslawische Dinar bis Ende der 1970er Jahre eine relativ stabile Währung – es gab Zeiten, in denen der Kaufwert dem Österreichischen Schilling gleichzusetzen war – änderte die starke Inflation, insbesondere nach dem Tod Titos, in Jugoslawien den Kaufwert oftmals monatlich. Aus eigener Erfahrung heraus, betrug 1985 beispielsweise der Preis einer bestimmten Ware 1000 Dinar und im darauffolgendem Jahr 10.000 Dinar. Nach der Abspaltung Sloweniens wurde in der neuen Nation der Tolar eingeführt. Allerdings unterlag auch die neue slowenische Währung starken inflationären Schwankungen, die sich bei der Bevölkerung vor allem an immer dicker werdenden Geldbörsen ersichtlich machten.

Trotzdem brillierten die Slowenen bei der Umsetzung der erforderlichen Kriterien zur Euro-Einführung und konnten somit als erstes Land, der 2004 zehn neu beigetretenen EU-Mitgliedsländer, am 1. Januar 2007 den Euro als

europäische Gemeinschaftswährung einführen. Zudem war die junge Republik der erste Postkommunistische Staat, welcher nun sein Papiergeld ebenfalls mit der Flagge der Europäischen Union versah und die zwölf Sterne die slowenischen Euromünzen zierte.

Im Gegensatz zum bisherigen slowenischen Übergang in ein neues System, der wie bereits erwähnt Graduell verlief, gestaltete sich die Einführung des Euro schockartig. Bis zum 15. Januar 2007 wurde die slowenische Landeswährung durch 94,5 Millionen Eurobanknoten und 296 Millionen Münzen ersetzt. Zudem wiesen die slowenischen Euromünzen ein Novum auf. Auf deren Ziffernseite war nun die Prägung eines erweiterten Europas, welches auch ehemalige Osteuropäische Länder umschloss, ersichtlich.¹⁵⁴

8.3 Der Vorsitz des Rates der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union ist gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die legislative Institution der EU.¹⁵⁵ Im Gegensatz zur Europäischen Kommission, welche für Gemeinschaftsinteressen eintritt, beschäftigt sich der Rat mit der Interesse der Beibehaltung nationaler Selbständigkeit.¹⁵⁶

Alle sechs Monate wird von einem EU-Mitgliedland die Präsidentschaft des Rates übernommen. Die Kernaufgaben des Ratspräsidentschaft liegen dabei in der Organisation und Durchführung jeglicher Ratstreffen, der Vertretung des Rates gemeinsam mit anderen Organen der EU und der Vertretung der Europäischen Union gegenüber Drittstaaten Internationalen Organisationen.¹⁵⁷

¹⁵⁴ Vgl.: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20070108STO01775&language=DE> (15 10 2011).

¹⁵⁵ Vgl. : Der Fischer Weltalmanach 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seite 514.

¹⁵⁶ Vgl.: Kohler-Koch, Beate/Thomas Conzelmann/Michèle Knodt, Europäische Integration – Europäisches Regieren, Kapitel III., 6.1.3 Institutionelle Balance, 2004, Wiesbaden: VS Verlag, Seite 110.

¹⁵⁷ Vgl.: <http://zukunfteuropa.at/site/5800/default.aspx> (27 10 2011).

8.3.1 Die slowenische Ratspräsidentschaft

Erstmals wurde eine Triopräsidentschaft eingerichtet, wobei Slowenien, nach Deutschland und Portugal, gemäß des Rotationsprinzips der Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2008, wiederum als erstes ehemals kommunistisches Land, dieses hohe Amt übernahm. Die drei involvierten Staaten dieser neuen Form der Zusammenarbeit, erarbeiteten ein gemeinsames Arbeitsprogramm, welches für die nächsten 18 Monate ausgelegt war.¹⁵⁸

8.3.2 Hauptanliegen des slowenischen EU-Rat Vorsitzes

Unter dem Leitspruch „Si.nergy for Europe“ lag das Hauptaugenmerk der slowenischen Regierung vor allem in den fünf unten angeführten Punkten:

- zeitgerechtes in Kraft treten des Lissaboner Vertrages voranzutreiben,
- Beginn der Umsetzung der Lissabonstrategie,
- Energie- und Klimafragen an ihr angestrebtes Ziel bringen,
- mehr Aufmerksamkeit für die Westbalkanländer,
- sowie die Unterstützung des interkulturellen Dialoges.¹⁵⁹

Als zweitkleinste Nation der Europäischen Union hatte Slowenien mit der EU-Ratspräsidentschaft die Möglichkeit erlangt, als „Global Player“ am internationalen, innereuropäischen und nationalen politischen Parkett zu agieren. Slowenien hatte laut Sabina Kajnc¹⁶⁰ in mehreren Belangen hohes Vertrauen der anderen Mitgliedsländer sowie, in gewissen Bereichen, besonders geeignete Kompetenzen. In Fragen des Klimaschutzes und der Energiepolitik konnte das kleine Land durchaus überzeugend agieren, da es selbst keine nennenswerte Schwerindustrie unterhält und somit keine

¹⁵⁸ Vgl.: http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/January/0114BMIDresden1.html (29.10.2011).

¹⁵⁹ Vgl.: <http://berlin.embassy.si/index.php?id=1022&L=2> (27.10.2011).

¹⁶⁰ Vgl.: Kajnc, Sabina, Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2008, Hurrelmann, Achim/Sundhausen, Holm/ Kajnc, Sabina/Opfer-Klinger, Björn/Calic, Marie-Janine/Brill, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32/2008, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 18 – 25.

besondere Anliegen seinerseits aufwies. Ebenso hat sich Slowenien im Laufe der Zeit auch im Bereich der Westbalkanpolitik bereits etabliert. Mit seiner Beteiligung an internationalen Einsätzen trug es schon länger zur Entspannung der sicherheitspolitischen Lage in dieser Region bei. Unter dem EU-Ratsvorsitz Sloweniens galt es nun, die Westbalkanländer an die Europäische Union anzunähern. Unter anderem erschien Slowenien auf Grund der geographischen Nähe und der Sprachverwandtschaft dafür besonders geeignet. Insbesondere die am 17. Februar 2008¹⁶¹ stattgefundenen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und die gleichzeitig forcierte Heranführung Serbiens an die EU, verlangte höchstes diplomatisches Geschick und Taktgefühl seitens der Slowenen. Strebten sie 17 Jahre zuvor selbst noch Anerkennung an, hätten sie in der jetzigen Lage Anerkennende sein können. Hauptagitator des interkulturellen Dialoges, so Kajnič weiter, war der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel. Allerdings gab es dafür keine klar definierten Richtlinien. Im Vordergrund stand die Bewusstseinsweiterung für die Mannigfaltigkeit der Kulturen. In diesem Sinne entstand an der slowenischen Küstenstadt Piran eine Europa-Mittelmeer Universität.¹⁶² Auch die beiden ersten prioritären Ziele des Mottos „Si.nergy for Europe“ wurden durchgearbeitet. Obwohl die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon eine innenpolitische Angelegenheit eines jeden Mitgliedslandes war, konnte der slowenische Vorsitz diesen Prozess vorantreiben, sodass zwanzig Mitgliedsländer den Vertrag in Kraft setzten. Beim Start der Lissabon-Strategie, das zweite Hauptaugenmerk des slowenischen EU-Vorsitzes, wurde gleich zu Beginn die fünfte Grundfreiheit der EU geschaffen. Das Zustandekommen des freien Verkehrs von Wissen konnte den Slowenen gutgeschrieben werden.¹⁶³

Den enormen logistischen und Verwaltungstechnischen Aufwand, den die junge Republik innerhalb ihrer Ratspräsidentschaft aufwenden hat müssen, lässt sich an den unten angeführten Zahlen erahnen.

¹⁶¹ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/internationaler-gerichtshof-unabhaengigkeit-des-kosovo-ist-rechtens-1.978367> (02.11.2011).

¹⁶² Vgl.: Kajnič, Sabina, Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2008, Hurrelmann, Achim/Sundhaussen, Holm/ Kajnič, Sabina/Opfer-Klinger, Björn/Calic, Marie-Janine/Brill, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32/2008, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 18 – 25.

¹⁶³ ebenda.

Für den slowenischen Vorsitz des Rates, der für 27 Mitgliedsländer mit ca. 500 Millionen Bürgern arbeitet, waren unter anderem 2720 slowenische Beamte, 133 unabhängige Experten sowie 245 Studenten miteingebunden. Mehr als 8000 Events, 283 davon in Slowenien selbst, 3285 in Brüssel und 4242 anderswo. Die bedeutsamsten Veranstaltungen waren unter anderem das Treffen zwischen der slowenischen Regierung und der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie ein Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission in Brdo, zwei Zusammenkünfte mit dem Europäischen Rat in Brüssel, die Eröffnungsfeierlichkeiten des europäischen Jahres des interkulturellen Dialoges in Ljubljana sowie 33 formelle Treffen mit dem Ministerrat. Des weiteren gab es noch 66 Treffen zwischen der EU und Drittländern, von denen der EU USA Gipfel, der EU Russland Gipfel, der EU Japangipfel sowie der EU Lateinamerika Gipfel besonders hervorgehoben werden können. Die EU-Ratspräsidentschaft kostete Slowenien 62.374.158 Euro.¹⁶⁴

8.4 Europawahl 2009

Wie schon fünf Jahre zuvor, war die slowenische Bevölkerung mit einer Wahlbeteiligung von etwa 25% nicht gerade EU-enthusiastisch gestimmt. Wiederum standen innenpolitische Themen im Vordergrund und wieder einmal überwogen eigene Interessen jenen der EU. Auch dieses Mal wurde die Europawahl als Spiegel der nationalen Parteien verwendet. Jedoch war auch in Slowenien eine EU-Skepsis erkennbar und die Wahlergebnisse waren spürbar konservativ. So war laut Christiane Wittenbecher die konservative Slowenische Demokratische Partei die klare Siegerin und bekam somit zwei Sitze im Europäischen Parlament. Auch die christliche Volkspartei erlangte zwei Sitze. Von den insgesamt sieben Sitzen, die für Slowenien im Europäischen Parlament vorgesehen waren, wurden nun vier konservativ besetzt.¹⁶⁵

¹⁶⁴ http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/June/0630UKOMstevilkePEU.html (27 10 2011).

¹⁶⁵ Vgl.: Wittenbecher, Christiane <http://balkanblick.wordpress.com/2009/06/24/analyse-slowenien-nach-der-europawahl/> (08 10 2011).

Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, den politischen Weg, die wirtschaftlichen und sozialen Mechanismen sowie die gesellschaftliche Umwandlung zu beleuchten, welche dazu beigetragen haben, einen ehemaligen kommunistischen Teilstaat in eine westlich orientierte und vollwertige Nation der Europäischen Union zu transformieren.

Seit nunmehr zwanzig Jahren existiert – erstmalig – ein eigenständiger slowenischer Staat. Slowenien war in den vorangegangenen Jahrhunderten immer nur als Teil eines Staatengebildes wahrzunehmen. War 1550¹⁶⁶ das Jahr, indem das erste Buch in slowenischer Sprache erschien, so war es das Jahr 1991, welches Slowenien in die Unabhängigkeit begleitete. Das übrige Jugoslawien startete einen Krieg gegen das kleine Slowenien der nur einige Tage andauerte, da sich das Interesse der größten Republik, nämlich Serbien, auf Kroatien verlagerte.

Der Grund dafür war, dass in Kroatien mehrere hunderttausend Serben lebten und der damalige serbische Präsident, Slobodan Milošević, sich eher als Serbenführer und nicht als jugoslawischer Präsident sah. Laut seinen eigenen Aussagen war ihm die slowenische Abspaltung egal, da es sich um eine ethnisch homogene Region handelt, welche de-facto Serbenfrei ist. Andere Hypothesen – welche nicht verifiziert wurden - bestanden in der Annahme, dass sich Slowenien als reichste Teilrepublik von Jugoslawien frei kaufte. Aus meiner Sichtweise klingen allerdings die Aussagen Milošević' plausibler. Die Slowenen hatten nie wirkliches Interesse an einer zentralistisch, serbisch geführten Regierung. Vielmehr waren sie in Jahrhundert alten Traditionen vertieft, die unter anderem ihre Einzigartigkeit im jugoslawischen Staatenbund zum Vorschein brachte. Allerdings trug zum Sieg über die früher oft Hochgelobte jugoslawische Volksarmee (JVA), die extrem motivierte Einsatzbereitschaft der slowenischen Territorialverteidigung bei. Durch Sperren und logistisches

¹⁶⁶ Vgl.: Prunk, Janko, Fakten über Slowenien, Geschichte, Herausgeber und Verleger: Kommunikationsamt der Regierung der Republik Slowenien, Ljubljana, 2009, Seite 12

taktieren (z. B.: wurden Tankstellen nicht befüllt) wurde die JVA zerrieben. Auch unzählige desertierte Soldaten der JVA trugen wesentlich zum Ende des militärischen Einsatzes bei. Meines Erachtens nach hatte es Slowenien alleine geschafft, die Unabhängigkeit von Jugoslawien zu erlangen. Jedoch sicher auch deswegen, da es weitaus weniger Mischehen als in den anderen Teilrepubliken gab und deswegen seitens der „serbischen Führung“ als ethnisch homogen angesehen wurde.

Die offene und liberale „Teilstaatsführung“ sowie die Grenze zum Westen, öffneten meiner Meinung nach den Slowenen einen anderen Blickwinkel in die politische Vielfalt. Dies führte auch zu einer anderen Auffassung des slowenischen Volkes im Bildungs- und Wirtschaftsbereich. Die wirtschaftliche Flexibilität, der rasche Ausbau der Infrastruktur sowie die klug angelegte Strategie, Slowenien so bald als Möglich in die Europäische Union zu integrieren, waren meiner Ansicht nach wesentliche Punkte, welche die Systemumwandlung beschleunigten.

Trotz des – im Vergleich zu anderen ehemaligen kommunistisch geprägten Nationen – überdurchschnittlich schnell und unproblematisch durchgeführten Systemwandels, ist meiner Ansicht nach nicht in allen Bereichen die Transformation zu hundert Prozent abgeschlossen. Insbesondere im innenpolitischen System gibt es noch immer eine starke Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft, die oftmals auf beiden Seiten von ehemaligen Entscheidungsträgern des „alten Systems“ besetzt sind.¹⁶⁷ Dieses Manko ergibt sich unter anderem auch durch die Form der Privatisierung, indem durch den Erwerb von Aktien durch Betriebsmitarbeiter verstaatlichte Betriebe entstaatlicht wurden. Insbesondere Führungskräfte solcher Betriebe trugen zwar zur „ökonomischen Denationalisierung“ bei, was aber nicht heißt, dass damit auch unbedingt ein politisch-ideologisches Umdenken einher ging. Wäre der Prozess der neuen sozialen und politischen Orientierung in der gesellschaftlichen

¹⁶⁷ Vgl.: Veres, Andreas, Slowenien Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, 3.3.3 Gesellschaftliche Transformation: Alte Seilschaften als Transformationsdefizit, Dissertation, Essen 2007, Seite 138.

Alterstruktur homogener abgelaufen, hätten jüngere Personen¹⁶⁸, welche sich mit westlichen Ideologien sicherlich besser identifizieren konnten, im heutigen Slowenien mehr Einfluss auf Politik und Wirtschaft erlangt. Fakt ist jedoch, dass noch immer eine Art kommunistischer Flair innerhalb der Staatsführung, der Gesellschaft und in der Wirtschaft erkennbar ist und insbesondere in gewissen Bereichen höherer Führungspositionen „Brüderlichkeit und Einigkeit“ vorherrscht. Demzufolge bin ich der Ansicht, dass es nicht verifizierbar ist, ob der hohe Bildungsstand und die ehemalige, eher weltoffene, Regionalpolitik Sloweniens innerhalb Jugoslawiens ein ideologisches Umdenken nach Erlangen der Souveränität in der slowenischen Gesellschaft gefördert hat. Vielmehr wird der Eindruck vermittelt, dass die anfängliche Euphorie zu Beginn der 1990er Jahre mittlerweile eine politische und gesellschaftliche Stagnation erreicht hat. Aus der persönlichen Erfahrung heraus, ist die kommunistische Denkweise öffentlich nicht mehr wahrnehmbar – Wohnhäuser, Straßenverbindungen, Autos, Bildungssystem, etc. sind westlich, bzw. „europäisch“, jedoch sehnt sich so mancher nach der guten, alten Zeit.

Trotzdem hatte es Slowenien mit seinen jeweiligen Regierungen geschafft, sich im Zirkel der Beitrittskandidaten der Europäischen Union zum Musterschüler aufzuarbeiten. Ich glaube, dass der Grund dafür im erhöhten Engagement der slowenischen Gesellschaft im wirtschaftlichen Bereich lag bzw. liegt. Ausschlaggebend für diese Einstellung war hier sicherlich auch die „Territoriale Nähe“ der ehemaligen Teilrepublik an den Westen. Marktwirtschaftliche Strukturen wurden dadurch rasch aufgefasst und innerhalb Sloweniens umgesetzt. Makroökonomisches Denken beschleunigten z. B.: den Ausbau des Autobahnnetzes und kurbelte somit wiederum die Tourismusbranche oder aber auch den Warenverkehr an. Dies war, bzw. ist deshalb so wichtig, da das slowenische BIP großteils von Exporten und Dienstleistungen abhängig ist. Die politische Strategie hinter dem wirtschaftlichen und strukturellen „Aufleuchten“ gegenüber den anderen EU-Beitrittskandidaten war hingegen eine rasche Integration in den europäischen Staatenbund. Doch auch Slowenien war an

¹⁶⁸ ebenda.

Vorgaben und Finanzhilfen seitens Brüssels gebunden und konnte meiner Meinung nach dadurch nicht alleine den Systemwandel herbeiführen.

Die seit 2008 öffentlich wahrgenommene internationale Wirtschaftskrise ließ auch Slowenien nicht verschont. Einst als Lichtblick in der Entwicklung ehemaliger kommunistischer Staaten in der westlichen Welt gehandelt, zeigt die gegenwärtige Wirtschaftslage auch der jungen Republik die volle Härte der freien Marktwirtschaft. Die Schulden des Landes betragen gegenwärtig schon 43,3 % des BIP, die Zahlungsfähigkeit führender Betriebe ist in Frage gestellt, staatsnahen Banken drohen Milliardenverluste¹⁶⁹ und die Arbeitslosigkeit lag im März 2011 bei 12,2 Prozent.¹⁷⁰

Meines Erachtens nach hat Slowenien den Systemwandel positiv vollzogen. Kommunistische Gesinnungen sind– insbesondere in der älteren Generation – zwar noch spürbar, aber eine gesamtgesellschaftlich gewünschte Rückkehr in das alte System ist nicht zu beobachten. Auf Grund der europäischen Finanzkrise versucht die Führung in Brüssel einzulenken. So sollte beispielsweise das Pensionsantrittsalter in Slowenien erhöht werden. Eine Maßnahme, die bei der Bevölkerung verständlicherweise nicht gut ankommt. Fakt ist, dass am 21. Oktober 2011¹⁷¹ das slowenische Parlament vorzeitig aufgelöst wurde. Der slowenische Premierminister Borut Bahor verlor ein Monat zuvor¹⁷² sein Vertrauensvotum und für den 4. Dezember 2011 sind Neuwahlen in Slowenien angesetzt. Mittlerweile ist auch der griechische Ministerpräsident zurückgetreten und aller Wahrscheinlichkeit nach wird der italienische folgen. Ereignisse, die möglicherweise nicht gewünscht sind, aber in einer gut funktionierenden Demokratie – welche Slowenien unbestritten lebt – ausführbar sind. Eine 35-jährige Alleinherrschaft, wie jene unter Tito, wird es im neuen politischen Systems Sloweniens wohl nicht mehr geben.

¹⁶⁹ Vgl.: Der Standard, „Nach Nein zur Pensionsreform neuer Sanierungsplan in Ljubljana – Auch den Slowenen stehen härtere Zeiten bevor“, 7. Juni 2011, Seite 4.

¹⁷⁰ Vgl.: Kleine Zeitung, „Nicht sattelfest – einst Musterschüler, kämpft Slowenien seit zwei Jahren mit der Krise – und stellt dabei seine politischen Eliten infrage“, 19. Juni 2011, Seite 16 – 17.

¹⁷¹ Vgl.: <http://news.orf.at/stories/2085410/> (07 11 2011).

¹⁷² Vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/702869/Slowenisches-Parlament-erstmal-vorzeitig-aufgeloesst-from=rss> (07 11 2011).

Literaturverzeichnis

Adomeit, Hannes / **Höhm**ann, Hans-Hermann / **Wagenlehner**, Günther, (Hrsg.), Die Sowjetunion als Militärmacht, Kohlhammer GmbH, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz, 1987.

Bebler, Anton, Zur Lage in Jugoslawien, Österreichische Militärische Zeitschrift 5/1992, Seite 404 – 405.

Behnke, Joachim, Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs, In: Brodocz, André/Schaal S. Gary (Hrsg) Politische Theorien der Gegenwart II, Kapitel XIV, Leske + Budrich, Opladen 2001, Seite 434 – 441.

Binder, Michaela, „Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 13 – 16.

Binder, Michaela, „Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 45 – 46.

Binder, Michaela, Zur Entwicklung der Europakompetenz des politisch – administrativen Systems Sloweniens“, Diplomarbeit, Wien, im Oktober 2008, Seite 65 und 71.

Bußman, Hadumod, Lexikon der Sprachwissenschaft, 2., völlig neu bearbeitete Auflage, Kröner Verlag, 1990 Stuttgart, Seite 688.

Courtois, Stéphane / **Werth**, Nicolas / **Panné**, Jean-Luise / **Paczkowski**, Andrzej / **Bartosek**, Karel / **Margolin**, Jean-Luise, Das Schwarzbuch des Kommunismus, Piper Verlag GmbH, München, 2. Auflage 1999.

Djurić Rajko / **Bengsch** Bertolt, Der Zerfall Jugoslawiens, 1. Auflage, Morgenbuch Verlag Volker Spiess, Berlin 1992, Seite 76.

Duden, Das Fremdwörterbuch, 9. aktualisierte Auflage, Dudenverlag, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich, 2006, Seite 721.

Duden, Deutsches Universalwörterbuch, 5., überarbeitete Auflage, Dudenverlag, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich, 2003, Seiten 473, 1256, 1460, 1827.

Fejtő, Francois, Die Geschichte der Volksdemokratien, Band I, Styria Verlag, 1972, Seite 267.

Fejtő, Francois, Die Geschichte der Volksdemokratien, Band II, Styria Verlag, 1972, Seite 67 – 74.

Fischer, Weltalmanach 2005 Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 2004, Seiten 32, 400, 514, 515, 548, 557.

Fritzsche, Klaus, Sozialismus: Geschichte und Perspektiven gesellschaftlicher Egalität, In: Neumann, Franz, (Hrsg.), Handbuch politische Theorien und Ideologien, 2. Auflage, Verlag Leske + Buderich GmbH, 2000, Seite 27 – 32.

Gogala, Viljem, Südosteuropa 7-8/00, Der EU-Beitritt aus slowenischer Sicht, R Oldenbourg GmbH – Südost Institut, München 2000, Seite 346 – 357.

Gustenau, Gustav, Zur Lage in Jugoslawien, Österreichische Militärische Zeitschrift 5/1991, Seite 390.

Harenbergs Weltreport, Harenberg Lexikon-Verlag, 1990

Homberger, Dietrich, Sachwörterbuch zur Sprachwissenschaft, Reclamverlag, Stuttgart 2003, Seite 498.

Höpken, Wolfgang, Die Balkanstaaten 1918 – 1989. In: Hinrichs, Uwe (Hrsg.), Handbuch der Südosteuropa-Linguistik, Slavistische Studienbücher, Neue Folge Band 10, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1999, Seite 886 – 887.

Hren, Karl, Die EU-Osterweiterung und EU-Lobbying am Beispiel der Republik Slowenien, Diplomarbeit, Wien 1998, Seite 18.

Ilešič, Marko, Privatization of Companies alias Distribution of Social Ownership (the Case of Slovenia), In: Borić Tomislav/Posch, Willibald (Hrsg.), Privatisierung in Ungarn, Kroatien und Slowenien im Rechtsvergleich, Springer Verlag Wien, 1993, Seite 111 – 113.

Kajnič, Sabina, Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2008, Hurrelmann, Achim/Sundhaussen, Holm/ Kajnič, Sabina/Opfer-Klinger, Björn/Calic, Marie-Janine/Brill, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32/2008, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 18 – 25.

Kladnik, Tomaž, Slovenian Armed Forces in the Service of Slovenia, Defensor, Ljubljana 2006.

Kohler-Koch, Beate / **Conzelmann** Thomas / **Knodt** Michèle, Europäische Integration – Europäisches Regieren, Kapitel III., 6.1.3 Institutionelle Balance, 2004, Wiesbaden: VS Verlag, Seite 110.

Korez, Silvio, Aspekte der Transition Sloweniens, Diplomarbeit, Die Gewöhnungsphase oder „habitation phase“ / Freie Wahlen in Slowenien, Wien, 1997, Seite 124.

Korez, Silvio, Aspekte der Transition Sloweniens, Diplomarbeit, Die Gewöhnungsphase oder „habitation phase“ / Die Privatisierung in Slowenien, Wien, 1997, Seite 152 – 155.

Kornai, János, The Socialist System, The Political Economy of Communism, Princeton University Press, 1992.

Kramer, Helmut, VII.1, Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945 – 2005), In: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálos, (Hrsg), Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006 Seite 820.

Lah, Avguštin, SFR Jugoslavija – naravno in družbenogeografski oris, Mladinska knjiga, Ljubljana 1976.

Lampe, John R., Yugoslavia as History: Twice there was a country, Cambridge University Press, 1996.

Markert, Werner, Osteuropahandbuch Jugoslawien, Böhlau Verlag KÖLN/GRAZ, 1954, Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung, Seite 141 – 144.

Massmann, Erik, Alternative Privatisierungsstrategien in MOE-Staaten, Kapitel 2.1, Langsame vs. Schnelle Privatisierung, Josef Eul Verlag GmbH, Lohmar – Köln, 2002, Seite 62.

Menzel, Ulrich, Zwischen Idealismus und Realismus – die Lehre von internationalen Beziehungen, Suhrkamp Verlag, 2001, Seite 18.

Merkel, Wolfgang / **Puhle** Hans-Jürgen, Von der Diktatur zur Demokratie, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden 1999, Seite 21 – 25.

Merkel, Wolfgang, Systemtransformation: Eine Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen Westdeutscher Verlag 1999, Seite 83 – 84.

Michal-Misak, Silvia / **Quendler**, Franz, VII.5, Österreich in internationalen Organisationen, Kapitel 4. Die Vereinten Nationen im internationalen System, In: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálos, Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, Seite 908 – 909.

Münch, Richard, **Talcott** Parsons, Modernisierungstheorien, In: Kaesler, Dirk, Klassiker der Soziologie, Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu, Band II, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1999, Seite 40.

Nato Handbuch, 2001, Office of Information and Press, NATO -1110 Brussels – Belgium, ISBN 92-845-0169-5, HB0801GER, NATO 2001, KAPITEL 1, WAS IST DIE NATO? Seite 31 – 35.

Oschlies, Wolf, Erweiterte EU mit slowenischen Altlasten, Blätter für Deutsche und Internationale Politik 4/04, Blätter Verlagsgesellschaft – R Hickel U A, Köln 2004, Seite 404 – 407.

Petelin, Sascha, Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien, Bericht des BIOst Nr. 35/1997, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1997, Seite 13.

Petrič, Ernest, Information über den Donauraum und Mitteleuropa, Slowenien und der Euro, IDM, Verlag & Gesamtherstellung: OSTWEST Media, Wien 2007, Seite 5.

Pikalo, Jernej, Slowenien in der Europäischen Union, Debeljak, Aleš / Costa Pinto, António / Pikalo, Jernej / Von Steinsdorff, Silvia / Hösler, Joachim, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2006, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 20 – 22.

Prunk, Janko, Fakten über Slowenien, Geschichte, Herausgeber und Verleger: Kommunikationsamt der Regierung der Republik Slowenien, Ljubljana, 2009, Seite 12.

Richter, Sandor, Die EU-Erweiterung nach Kopenhagen, Europäische Rundschau 1/03, Europaverlag GesmbH – Verein Europ Rundschau, Wien 2003, Seite 93 – 106.

Schubert, Klaus / **Bandelow**, Nils C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2003.

Segert, Dieter (Hrsg.), Postsozialismus, Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.h., Wien 2007.

Simoneti, Marko / Böhm, Andreja, Part I., Slovenia Mass Privatization and Barriers to Secondary Privatization, Simoneti, Marko / Böhm, Andreja / Rems, Marko / Rojec, Matija / Damijan P. Jože/Majcen, Boris (Hrsg.), In: Case Reports No. 46, Center for Social and Economic Research, Secondary Privatization in Slovenia: Evolution of Ownership Structure and Company Performance Following Mass Privatization, Warsaw 2001, ISSN 1506-1647, Seite 7.

Stanojević, Tihomir / Marković, Dragan, Tito, Življene in Delo (1892 – 1980), Državna založba Slovenije, Ljubljana 1982.

Steininger, Barbara , II. Regierungssystem, II.9 Frauen im Regierungssystem, Kapitel 4.3 Der Bundesrat, „In der Gesetzgebung hat der Bundesrat nur ein

aufschiebendes Veto, beim Budget überhaupt kein Mitspracherecht“, In: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálós, Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, Seite 257.

Stimmer, Gernot, Zum Begriff des Staates, Staatsdefinitionen, „Staat im soziologischen Sinne ist die mit ursprünglicher Herrschaftsmacht ausgestattete, auf einem bestimmten Gebiet zusammenlebende und –wirkende Verbandseinheit“, Materialien zur Vorlesung Politik und Recht, Seite 11.

Ströhm, Carl Gustaf, Zur Lage in Jugoslawien, Österreichische Militärische Zeitschrift 1/1990, Seite 45.

Tehovnik, Alexandra, Die EU-Integration der Republik Slowenien unter besonderer Berücksichtigung der Immobilienfrage, Diplomarbeit, Wien 2001, Seite 45 – 46.

Veiter, Theodor, Die jugoslawische Verfassung 1974: Gesellschaftspolitik – Grundrechte - Nationalitätenpolitik. In: Ermacora, Felix/Mayer, Franz (Hrsg.) Der Donauraum 20. Jahrgang, 1./2. Heft, Braumüller Verlag, 1975, Seite 1.

Veres, Andreas, Slowenien Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, Dissertation, Essen 2007, Seite 121 – 122.

Veres, Andreas, Slowenien Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, Dissertation, Essen 2007, Seite 131 – 141.

Weißbacher, Rudy, Jugoslawien Politische Ökonomie einer Desintegration, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien 2005, Seite 141.

Wiener, Friedrich, Truppendienst Taschenbuch, Partisanenkampf am Balkan, 2. Auflage, Herold Verlag, Wien 1987, Seite 91.

Wilderer C. Mirka, Weidner Franziska, Die staatlich organisierte Entstaatlichung: Privatisierungspfade in Mitteleuropa, Hauptseminar Prof. M. Heidenreich, Die Osterweiterung der Europäischen Union, 2002, Seite 4.

Internetquellen

Botschaft der Republik Slowenien, Die slowenische Präsidentschaft, Link:
<http://berlin.embassy.si/index.php?id=1022&L=2> (27 10 2011).

Bundeskanzleramt, EU-Ratspräsidentschaft, Link:
<http://zukunfteuropa.at/site/5800/default.aspx> (27 10 2011).

Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten, OSZE, Link:
<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/osze.html>
(05 04 2011).

Demokratiezentrum Wien, Avnoj – Bestimmungen, Link:
<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/avnoj-bestimmungen.html> (25 05 2011).

Die Presse.com, Slowenisches Parlament erstmals vorzeitig aufgelöst, Link:
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/702869/Slowenisches-Parlament-erstmalig-vorzeitig-aufgeloest-?from=rss> (07 11 2011).

Einwohner der EU, Link:
http://www.allesgelingt.de/blog/wie_viele_einwohner_hat_die_europaeische_uni_on_eu.html (09 04 2010).

EU 2007, Erste EU-Trio-Präsidentschaft der Innen- und Justizminister hat ihre Arbeit aufgenommen, Link:

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/January/0114BMIDresden1.html (29 10 2011).

EU 2008, Slovenian EU Council Presidency 2008 in Figures, Link: http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/June/0630UKOMstevilkePEU.html (27 10 2011).

Europa auf einen Blick, Politik, Ministerien von Slowenien, Link:

<http://www.europa-auf-einen-blick.de/slowenien/politik.php> (02 12 2010).

Europa- Das Portal der Europäischen Union, Institutionen und Einrichtungen, Europäisches Parlament, Link:

http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-parliament/index_de.htm (11 10 2011).

Europäisches Parlament, Slowenien und die Erweiterung der Europäischen Union, Themenpapier Nr. 9, Link:

http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/9a3_de.htm (16 06 2011).

Europäisches Parlament, Euro löst Tolar ab, Link:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20070108STO01775&language=DE> (15 10 2011).

Frankfurter Allgemeine, EU-Osterweiterung Slowenien braucht Weltbank nicht mehr, Link:

<http://www.faz.net/s/RubC9401175958F4DE28E143E68888825F6/Doc~E92D717B4CFEA463AB5F64B0996F33C79~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (28 03 2011).

Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Weltgesundheitsorganisation, Link:
<http://www.gbe-bund.de/glossar/Weltgesundheitsorganisation.html> (30 03 2011).

Geyer, Herbert, Slowenien: Der Musterschüler muss nachsitzen, Link:
<http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/slowenien-der-musterschueler-muss-nachsitzen-460000/index.do> (11 04 2011).

Gipfelgespräch, Treffen von Bush und Putin in Slowenien, Link:
<http://www.stern.de/politik/ausland/gipfelgespraech-treffen-von-bush-und-putin-in-slowenien-114330.html> (14 11 2011).

Historische Währung, Der Jugoslawische Dinar, Link:
<http://de.economypoint.org/j/jugoslawische-dinar.html> (23 10 2011).

Hohmann, Jens, Slowenien - Internationale Militäreinsätze - International Military Operations, Link:
<http://www.globaldefence.net/artikel-analysen/7236-slowenien-internationale-militaereinsaetze-international-military-operations.html> (11 04 2011).

<http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/Jugoslawien> (13 08 2008).

<http://lexikon.meyers.de/meyers/Marxismus> (11 05 2008).

<http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/svg/deindex.htm> (02 12 2010).

Hyperinflation Jugoslawien 1990, Die Situation in Jugoslawien, Link:
<http://www.goldunze.de/Hyperinflation-Jugoslawien-1990-Z125.html> (23 10 2011).

Landesverwaltung Fürstentum Lichtenstein: Teilnahme von Regierungsrat Walch am OSZE Ministerrat von Sofia, Link:
<http://www.llv.li/amtsstellen/llv-pia-pressemitteilungen/pressemitteilungen-alt.htm?pmid=54773> (05 04 2011).

Luchterhandt, Otto,
http://209.85.135.104/search?q=cache:tfeXX2l_a9cJ:www2.jura.uni-hamburg.de/ostrecht/ostrecht/ArbeitspapiereO1.doc+jugoslawische+verfassung+1946&hl=de&ct=clnk&cd=28&gl=at (13 08 2008).

Neue Zürcher Zeitung, Sloweniens Banken als Spielball der Politik, Link:
http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/sloweniens_banken_als_spielball_der_politik_1.2630911.html/ (02 12 2010).

OECD, Aufgaben und Struktur, Link:
<http://www.kooperation-international.de/oecd/themes/international/fub/multilateral/organisation/aufgaben/#subtyp187> (11 04 2011).

ORF, Slowenisches Parlament erstmals vorzeitig aufgelöst, Link:
<http://news.orf.at/stories/2085410/> (07 11 2011).

OSZE, Was ist die OSZE, Link:
<http://www.osce.org/de/secretariat/13699> (05 04 2011).

Pirker, Werner, Der Weg Sloweniens von der Desintegration Jugoslawiens zur europäischen Integration, Link:
<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Slowenien/pirker.html> (02 03 2011).

Pislar, Marko, Die slowenischen Streitkräfte in Friedensunterstützenden Einsätzen, Link:
<http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=127> (12 05 2011).

Politik und Zeitgeschichte, Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen 1945 – 2011, Link:

<http://www.crp-infotec.de/06orgs/uno/mitgliederentw.html> (28 03 2010).

Politschach in Slowenien, Putins erste Partie gegen Bush, Link:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,139643,00.html> (14 11 2011).

Schmitz, Christian, Regierungswechsel in Slowenien Die EVP-Mitgliedsparteien sind die Gewinner der Parlamentswahlen vom 3. Oktober 2004, Link:

<http://www.kas.de/wf/de/33.5405/> (23 11 2010).

Slowenisches Verteidigungsministerium, Internationale Kooperationen, Link:

<http://www.slovenskavojska.si/en/international-cooperation/> (12 05 2011).

Süddeutsche, Unabhängigkeit des Kosovo ist rechtens, Link:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/internationaler-gerichtshof-unabhaengigkeit-des-kosovo-ist-rechtens-1.978367> (02 11 2011).

Universität Frankfurt, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Link:

[http://www.wiwi.uni-](http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/ritter/veranstalt/ss97/wipol/veran.htm)

[frankfurt.de/Professoren/ritter/veranstalt/ss97/wipol/veran.htm](http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/ritter/veranstalt/ss97/wipol/veran.htm)

(11 08 2010).

Weltgesundheitsorganisation, Slowenien zum Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich entschlossen, Link:

<http://www.euro.who.int/de/what-we-do/health-topics/health-determinants/socioeconomic-determinants/news/news3/2011/02/slovenia-committed-to-reducing-health-inequalities> (30 03 2011).

Wikipedia, Geschichte Jugoslawiens, Link:

http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Jugoslawiens (16 04 2008).

[http://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_I._\(Jugoslawien\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_I._(Jugoslawien)) (03 07 2008).

WKO, Slowenien tritt OECD bei, Link:

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=551738&dstid=625 (04 11 2011).

Wittenbecher, Christiane, Slowenien nach der Europawahl, Link:

<http://balkanblick.wordpress.com/2009/06/24/analyse-slowenien-nach-der-europawahl/> (08 10 2011).

Onlinedokumente

Calic, Marie-Janine, Gescheiterte Idee Jugoslawiens, Link: <http://www.mgfa-potsdam.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meubihii14.pdf?PHPSESSID=92bb8> (28 09 2008).

Acquis communautaire, Zusatzinformationen zu Modul 1 Struktur der Europäischen Union und Modul 3 Sekundärrecht der EU, Link:

http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_01/Zusatzthemen/Pdf/Acquis.pdf (25 05 2011).

Hostnik, Ivan,

Der Verlauf der innenpolitischen Diskussion in Slowenien bezüglich der NATO Beitrittsfrage, Link:

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/01_nps_03_vid.pdf (12 05 2011).

Leitlinien Für die Umsetzung des PHARE-Programms in den beitrittswilligen Ländern für den Zeitraum 2000-2006 in Anwendung des Artikels 8 der Verordnung 3906/89, Link:

http://www.forum-miast-granicznych.net/pl/files/2000_2006_phare_guidelines_de.pdf (22 08 2011).

Olt, Reinhard, Slowenien auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration, Link:

http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/03_jb00_20.pdf (25 05 2011).

Österreich – Slowenien, INTERREG III A – PHARE-CBC Gemeinsames Programmplanungsdokument 2000-2006, Link:

<http://event.interact-eu.net/download/application/pdf/817045> (27 05 2011).

Piotrowski, Ralph, Der Zerfall Jugoslawiens und der Weg zur Anerkennung, Link: <http://www.diss.fu-berlin.de/2004/23/kap3.pdf> (08 03 2009).

Tellmann, Udo, Aufgaben der Weltbank, Link:

<http://www.wirtschaftsdeutsch.de/lehrmaterialien/org-weltbank.pdf> (12 04 2011).

Vereinten Nationen, Sicherheitsrat - Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats, Link:

http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_08/sp08-47pdf (30 03 2011).

Druckschriften

Austria Presse Agentur, vom 12. Dezember 1990, 1740 Uhr, Jugoslawien/Krise/Armee, APA 206.

Deutsch-Slowenische Industrie und Handelskammer, Marktanalyse Slowenien 2009/2010 Umwelt, Metallverarbeitung und Zulieferindustrie, Studie im Auftrag von Baden-Württemberg International, Seite 32-33.

Der Standard, vom 5. Juni 1991, Seite 1, in: „Peterle hofft auf die Vorreiterrolle Österreichs bei der Anerkennung“.

Der Standard, vom 18. September 1991, Seite 6, in: „Lediglich 41 Abgeordnete für die sofortige Anerkennung Kroatiens“.

Der Standard, vom 7. Juni 2011, Seite 4, in: „Nach Nein zur Pensionsreform neuer Sanierungsplan in Ljubljana – Auch den Slowenen stehen härtere Zeiten bevor“.

Die Presse, vom 7. August 1991, Seite 4, in: „Massive verbale Attacken aus Belgrad: Österreich greift in die Kämpfe ein“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 26. November 1990, Seite 6, in: „Slowenien und Kroatien fühlen sich bedroht – Dubiose Aktivitäten der jugoslawischen Generäle/Kritik an Markovič“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 5. Juli 1991, Seite 3, in: „Österreich hält sich Option für Anerkennung offen“.

Kleine Zeitung, vom 19. Juni 2011, Seite 16 – 17, in: „Nicht sattelfest – einst Musterschüler, kämpft Slowenien seit zwei Jahren mit der Krise – und stellt dabei seine politischen Eliten infrage“.

Neue Zürcher Zeitung, vom 19. September 1991, Seite 2, in: „Parlamentsdebatte über Jugoslawien in Wien“.

Profil, Nr. 24, Juni 1991, Seite 58, in: „Dimitrij Rupel, Wien soll uns anerkennen“.

Salzburger Nachrichten, vom 30. August 1991, Seite 2, in: „Kein Alleingang bei Anerkennung Sloweniens und Kroatiens“.

Salzburger Nachrichten, vom 30. November 1991, Seite 3, in: „Landeshauptleute einstimmig für Anerkennung Sloweniens, Kroatiens – Regierung unter Druck“.

Weltwoche, vom 11 Juli 1991, Seite 3, in: „Außenminister Alois Mock über die Beziehungen Österreichs um ein rechtzeitiges Krisenmanagement für Jugoslawien“.

Wochenpresse, vom 11 Juli 1991, Seite 19, in: „Das Krisen-Tagebuch des Alois Mock“.

Filmquellen

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 1, Der Sprengsatz, 1995/1996.

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 2, Die Lunte brennt, 1995/1996.

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 3, Die Explosion, 1995/1996.

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 4, Flächenbrand, 1995/1996.

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 5, Sicherheitszonen, 1995/1996.

BBC/ORF, Bruderkrieg – Der Kampf um Titos Erbe, Teil 6, Der kalte Friede, 1995/1996.

TV Slovenija, Programm 1, vom 28. Juni 1991, Sondersendung zur Lage in Slowenien.

TV Slovenija, Informativni program, Julij 1991, „Slovenija na Barikadah“

Persönliche Gespräche

Orešković, Zvonko Landesverteidigungsakademie, Interview mit BKS –
Hauptlehroffizier und Balkan Experte (24 05 2011)

Abstract

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der darauffolgenden Auflösung der Sowjetunion, änderte sich die Weltkarte. Es entstanden Staaten und alte Ideologien wurden durch neue ersetzt. Auch Slowenien, als ehemalige Teilrepublik des kommunistischen Jugoslawiens, entwickelte sich fortan nach kapitalistischen Mustern. Die Ereignisse in der ehemals Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawiens bewegten Slowenien zur Abspaltung. Seit 1991 begab sich die slowenische Bevölkerung in eine ideologische Umwandlung. Nach den Kriegseignissen wandte sich die slowenische Führung ökonomischen Themenschwerpunkten zu. In einem gradualistisch durchgeführten Transformationsprozess wurde das alte „Selbstverwaltungssystem“ aufgelöst. Die Politik war gefragt, eine staatliche Denationalisierung öffentlichen Eigentums durchzuführen. Dieser Weg war gleichzeitig mit einer Institutionellen Erneuerung des „Staatsapparates“ verbunden. Für das slowenische Volk bedeutete dies auch eine große Umstellung. Der Übergang zu einer neuen Ordnung konnte nicht nur politisch und wirtschaftlich bewerkstelligt werden, sondern ein Umdenkprozess in der Gesellschaft selbst musste herbeigeführt werden. Im Gegensatz zu anderen Postkommunistischen Staaten, gelang dies in Slowenien relativ rasch. Dies ermöglichte der kleinen Republik das politische Engagement nicht nur im eigenen Land anzuwenden, sondern auf dem Parkett der internationalen Bühne auszuweiten. Das hohe Vertrauen der europäischen Machthaber in die Slowenen wurde mit der am 1. Mai 2004 stattgefundenen Integration in die Europäische Union ersichtlich. Von den zehn neuen Mitgliedsländern, die 2004 beitraten, war Slowenien das erste Land, welches die europäische Gemeinschaftswährung einführte. Mit 1. Jänner 2007 war somit auch in Slowenien der Euro das offizielle Zahlungsmittel. Das wahrscheinlich bislang größte Ereignis nach der Unabhängigkeitserklärung war die EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2008. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union, wurde die Verantwortung für beinahe 500 Millionen EU-Bürger einem ehemaligen kommunistischen Land übertragen. Mit der 2010 stattgefunden Aufnahme in die OECD wurde Slowenien endgültig Mitspieler in der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Allerdings blieb auch Slowenien

von der internationalen Finanzkrise nicht verschont und Vorhaben der Regierung, das Staatsdefizit zu verringern, mündeten im Vertrauensverlust des slowenischen Premierministers. Dieser unvorhergesehene Schritt fordert noch im Dezember 2011 das slowenische Volk auf, die Wahllokale zu besuchen.

Abstract

With the fall of the Berlin Wall and the ensuing disintegration of the Soviet Union the world map has changed. New states have emerged and old ideologies have been replaced by new ones. Also Slovenia, a former constituent republic of communist Yugoslavia embarked on a course based on capitalist principles. The events taking place in the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia prompted Slovenia to break away. As of 1991, the Slovenian population underwent an ideological shift. After the war actions had come to an end, the Slovenian leadership started to concentrate on economic issues. In a gradual transformation process the old system of “self-administration” was abolished and the politicians were called upon to carry out a governmental denationalization of public property. This went hand in hand with an institutional renewal of the “state machinery”. For the Slovenian people that was a big turn-about. The transition to a new order required more than just a political and an economic change but called for an overall rethinking process within society. As opposed to other post-communist states, this worked relatively fast in Slovenia and enabled the small republic to not only use its political engagement at home but also to extend it to the international level. The profound trust the European heads of state vested in the Slovenians became evident with Slovenia’s integration into the European Union, on May 1, 2004. Out of the 10 new member states that acceded to the EU in 2004, Slovenia was the first one to introduce the European common currency, so that as of January 1, 2007 the Euro has been the official currency in Slovenia. The probably most important event since its Declaration of Independence was its EU Council Presidency in the first half of 2008. For the first time in the history of the European Union, a former communist country was entrusted with the responsibility for almost 500 million EU citizens. With its accession to the OECD in 2010 Slovenia established itself as a player in international economic and social politics, once and for all. Nevertheless, also Slovenia was affected by the international financial crisis and the government’s intention to reduce the state deficit led to a loss of confidence in the Slovenian Prime Minister. This unforeseeable step will cause the Slovenian people to go to the polls, still in December 2011.

Curriculum Vitae

Name: Alexander PANZHOF
Geburtsdatum/Geburtsort: 26. Juli 1972 in Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich
Familienstand: ledig
E-Mail: panzhof@gmx.org

Berufspraxis:

seit 1992 Bediensteter im öffentlichen Dienst
1991 – 1992 Grundwehrdienst
1987 – 1991 KFZ Technikerlehre

Ausbildung:

2003 – 2011 Studium der Politikwissenschaft
2001 – 2003 Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft und
Politikwissenschaft und der Politikwissenschaft
2001 Beamtenaufstiegsprüfung
1996 – 1999 Bundesrealgymnasium für Berufstätige
1987 – 1991 KFZ-Techniker Lehre
1986 – 1987 Handelsschule/Polytechnischer Lehrgang
1982 – 1986 Hauptschule
1978 – 1982 Volksschule

Sprachen:

Deutsch, Englisch, Slowenisch